

Heft 93 enthält u.a. folgende Beiträge:

- Heinz Sünker: Elitendiskurse und politische Kultur in Deutschland
- Michael Hartmann: Eliten und Demokratie
- Joe Kincheloe und Heinz Sünker: Begabungsideologie, Hegemonie der Eliten und Bildungspolitik
- Hauke Brunkhorst: Die Intellektuellen und Europa
- Joachim Weber: Fanatismus verstehen. Ein philosophischer Beitrag zum pädagogischen Umgang mit (Rechts-)Extremismus



Eliten-Schwindel Gesellschaft zwischen Demokratisierung und Privilegierung



Kleine Verlag

WIDERSPRÜCHE



Widersprüche

Herausgegeben vom Sozialistischen Büro

Redaktion: Michael May (Bad Homburg); Christof Beckmann, Fabian Kessl, Holger Ziegler (Bielefeld); Henning Schmidt-Semisch (Bremen); Uwe Hirschfeld (Dresden); Friedel Schütte (Essen); Karl August Chassé, Helga Cremer-Schäfer (Frankfurt); Margret Bülow-Schramm, Frank Düchting, Timm Kunstreich, Michael Lindenberg, Tilman Lutz, Wilfried Manke, Barbara Rose, Wolfgang Völker, Heiner Zillmer (Hamburg); Dietlinde Gipser (Hannover); Kirsten Huckenbeck (Offenbach); Heinz Bartjes, Maria Bitzan, Eberhard Bolay (Reutlingen); Günter Pabst (Schwalbach/Ts.); Gertrud Oelerich, Andreas Schaarschuch, Heinz Sünker (Wuppertal).

Redaktionsadresse: Sozialistisches Büro, „Widersprüche“, Holger Adam, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach, Telefon (0 69) 88 50 06, Fax (0 69) 82 11 16, e-mail: widersprueche@gmx.de

Verlag: Kleine Verlag GmbH, Postfach 10 16 68, 33516 Bielefeld, Telefon (05 21) 1 58 11, Fax (05 21) 14 00 43, e-mail: KV@Kleine-Verlag.de,
Widersprüche im Internet:
<http://www.widersprueche-zeitschrift.de>

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift *Widersprüche* erscheint viermal jährlich. Die *Widersprüche* können als Einzelhefte oder im Abonnement bezogen werden. Bestellungen über den Buchhandel oder direkt an den Verlag. Jahresabonnement € 36,00, SFr 62,10; StudentInnenabonnement (Studienbescheinigung beilegen) € 23,50, SFr 41,20; Einzelhefte € 11,00, SFr 19,80, jeweils zuzügl. Zustellgebühren. Abbestellungen müssen spätestens acht Wochen vor Ablauf des Jahresabonnements erfolgen, anderenfalls verlängert sich das Abonnement jeweils um ein Jahr.

Anzeigenannahme, Verwaltung,

Herstellung und Auslieferung: Kleine Verlag GmbH, Postfach 10 16 68, 33516 Bielefeld

© Kleine Verlag GmbH: Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Auch jede weitere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Verlages unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Speicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Von einzelnen Beiträgen oder Teilen von ihnen dürfen nur einzelne Kopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch hergestellt werden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Manuskripte zur Veröffentlichung nimmt die Redaktion gerne entgegen. Für unverlangt eingesandtes Material wird keine Gewähr übernommen.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Widersprüche

Gesellschaft als „Diskurs der Wünsche“ meint das Verfertigen des Sozialen im Prozess des sozialen Diskurses, nicht Unterwerfung unter vorgefertigte Normierungen.

Niko Diemer (1952–1992)

Wir über uns

1981/82 gründeten Mitglieder der Arbeitsfelder Gesundheit, Sozialarbeit und Schule des Sozialistischen Büros die Zeitschrift „Widersprüche“. In dieser Zeit des grünen Aufbruchs und der radikalisierten konservativen Wende versuchten wir eine erste Standortbestimmung als Redaktionskollektiv: „Verteidigen, kritisieren, überwinden zugleich“. Unter dieser Programmatik wollten wir als Opposition dazu beitragen, die materiellen Errungenschaften des Bildungs- und Sozialbereichs zu verteidigen, dessen hegemoniale Funktion zu kritisieren und Konzepte zu ihrer Überwindung zu konkretisieren. Zur Überzeugung gelangt, dass eine alternative Sozialpolitik weder politisch noch theoretisch ausreichend für eine sozialistische Perspektive im Bildungs- und Sozialbereich ist, formulierten wir unseren ersten Versuch einer Alternative zur Sozialpolitik als Überlegungen zu einer „Politik des Sozialen“. An der Präzisierung dieses Begriffes, an seiner theoretischen und politischen Vertiefung arbeiteten wir, als die Frage nach der „Zukunft des Sozialismus nach dem Verschwinden des realen“ 1989 auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Das Kenntlichmachen der „sozialen Marktwirtschaft“ als modernisiertem Kapitalismus im Westen und Kapitalismus „pur“ im Osten erleichtert uns zwar die Analyse, gibt aber immer noch keine Antwort auf die Frage nach den Subjekten und Akteuren einer Politik des Sozialen, nach Kooperationen und Assoziationen, in denen „die Bedingung der Freiheit des einzelnen die Bedingung der Freiheit aller ist“ (Kommunistisches Manifest). Wer in diesem Diskurs der Redaktion mitstreiten will, ist herzlich eingeladen.

Widersprüche

24. Jahrgang, September 2004

*Knochenbrüche
Z'ammenbrüche
Bibelsprüche
Lehrerflüche
Mutters Küche
sind 'ne Menge
Widersprüche
(Volksmund)*

Inhalt

Schwerpunktthema

Eliten-Schwindel

Gesellschaft zwischen Demokratisierung und Privilegierung

Editorial

Heinz Sünker

Elitendiskurse und politische Kultur in Deutschland 3

Michael Hartmann

Eliten und Demokratie 13

Joe Kincheloe und Heinz Sünker

Begabungsideologie, Hegemonie der Eliten und Bildungspolitik 29

Hauke Brunkhorst

Die Intellektuellen und Europa 45

Forum

Joachim Weber

Fanatismus verstehen. Ein philosophischer Beitrag zum
pädagogischen Umgang mit (Rechts-)Extremismus 57

Magazin

Rezensionen

Heinz Sünker

über *Michael Hartmann: Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft. Frankfurt/M., Campus 2002, 208 S., 19,90 Euro* 75

Kristina Popova

über *Sabine Hering, Kurt Schilde (Hrsg.): Die rote Hilfe. Die Geschichte der internationalen kommunistischen „Wohlfahrtsorganisation“ und ihrer sozialen Aktivitäten in Deutschland (1921–1941). Opladen 2003, 326 Seiten, zahlreiche Abbildungen, 24,90 Euro* 77

Stefan Borrmann

über *Oliver Geden: Männlichkeitskonstruktionen in der Freiheitlichen Partei Österreichs. Eine qualitativ-empirische Untersuchung. Opladen 2004, 133 Seiten, 14,90 Euro* 79

Nadja Rakowitz

über *Winfried Beck: Nicht standesgemäß. Beiträge zur demokratischen Medizi. VAS – Verlag für Akademische Schriften, Frankfurt am Main 2003, 169 Seiten, 14,80 Euro* 82

Bernd Dollinger

über *Thomas Enke: Sozialpädagogische Krisenintervention bei delinquenten Jugendlichen. Eine Längsschnittstudie zu Verlaufsstrukturen von Jugenddelinquenz. Weinheim/München Juventa 2003, 248 S., 22 Euro* 85

Informationen, Materialien, Termine 89

Bildnachweise

Titelfoto sowie Fotos im Innenteil: © Walburga Freitag, Bielefeld

Heinz Sünker

Elitendiskurse und politische Kultur in Deutschland

Eine Einführung in den Themenschwerpunkt

*Lächelnd scheidet der Despot,
Denn er weiß, nach seinem Tod
Wechselt Willkür nur die Hände,
Und die Knechtschaft hat kein Ende.*
Heinrich Heine

I.

Elite ist „Abschaum“, so Plot und Titel des Bremer *Tatort* vom 4.4.04 und auch M. Hartmanns fulminante Elitenstudie verweist u.a. auf „das hässliche Gesicht der Bourgeoisie“ (2002: 129)¹, das im deutschen Fall aufgrund der ‚Eliten‘-Verantwortung für zwei Weltkriege, Massenmord und Völkermord im 20. Jh. besonders hervortritt.²

Deutlich wird hiermit, dass aus sehr unterschiedlichen Perspektiven die vorgeblichen „Eliten“ – und ihr Status – nicht unumstritten sind, so dass die Fragen, in wessen Interesse und zu wessen Nutzen das Thema politisch auf die Tagesordnung gebracht wird, welche Instrumentalisierung im Rahmen einer kapitalistischen Klassengesellschaft damit verbunden ist, welche historischen Einschätzungen vorzunehmen sind, sich stellen.

Sicher ist es so, dass vor dem Hintergrund des „Klassenkriegs von oben“, der „Rückkehr zum Raubtierkapitalismus“ (Chomsky 1998, S. 12ff) die Frage der Legitimation des herrschenden Systems sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit, damit das Problem der Sicherung von Massenloyalität, sich verstärkt stellt. Denn im Widerspruch zu allen Reden über Integration, mit denen der soziale Konflikt geleugnet werden soll, „ist der objektive Antagonismus nicht verschwunden. Nur seine Manifestation im Kampf ist neutralisiert. Die ökonomischen Grundprozesse der Gesellschaft, die Klassen hervorbringen, haben aller

Integration der Subjekte zum Trotz sich nicht geändert“ (Adorno/Jaerisch 1968, S. 8). Dieser Befund ist historisch nicht obsolet, sondern wird noch einmal durch die neueste Sozialstrukturanalyse zur deutschen Gegenwart bestätigt, wenn Vester et al. gegen die individualisierungstheoretischen Thesen von Beck und Giddens herausstellen, es seien nicht die klassenbasierten Milieus, die heute zerfielen: „Die Klassenstrukturen des Alltags sind vielmehr, gerade *wegen* ihrer Umstellungs- und Differenzierungsfähigkeit, außerordentlich stabil. Was bis zu einem bestimmten Grade zerfällt, sind die Hegemonien bestimmter Parteien (und Fraktionen der Intellektuellen) über ihre Anhänger in den ideologischen Lagern. Daher haben wir auch heute *keine Krise der Milieus* (als Folge des Wertwandels), sondern *eine Krise der politischen Repräsentation* (als Folge einer zunehmenden Distanz zwischen Eliten und Milieus)“ (2001, S. 103f.; vgl. S. 58ff). Dies führt die Autoren zur These einer „Pluralisierung der Klassengesellschaft“ (2001, S. 45).

Hinzu kommen zu verallgemeinernde Erkenntnisse über das gegenwärtige „Staatsversagen“ als Folge der „Krise einer Produktionsweise“ und der „Rigiditäten einer Machtkonstellation“ (Jänicke 1986: 132), die zu vermitteln sind mit jenen über die Grenzen der „Erwerbsgesellschaft“, deren unterschiedliche Entwicklungspfade (Bonß 2000). Angesichts von Einsichten in das Verhältnis von Wohlfahrtsstaat, hegemonial strukturierten Klassenverhältnissen und Prozessen der Reproduktion sozialer Ungleichheit (Wright 1997), der Einsicht in die politische, ökonomische und kulturelle Bedeutung des Wohlfahrtsstaates als „Gesellschaftsersatz“ im Rahmen des fordistischen Kompromisses (Gorz 1989: 261ff) stellt sich heute entweder die Frage nach den Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Alternative oder die nach einer „verbesserten“ Verteidigung des Status quo, damit von Macht und Herrschaft.

Da der alte Wohlfahrtsstaat der herrschenden Klasse und ihren Dienern angesichts der Weltlage nach 1989 wie des Postfordismus als offensichtlich überholt, weil ihre Profitraten tangierend, gilt, kommen diese gerade im Kontext einer pseudorot/pseudogrünen Regierungspolitik dazu, die angesichts der ‚Krise der Repräsentation‘ besonders veraltete „Eliten“-Semantik³ hervorzuholen. Der „Masse“, denn dies ist das Gegenstück zu „Elite“, soll unter den Bedingungen einer Mixtur von Neoliberalismus und Neokonservatismus die Notwendigkeit von „Eliten“ verkauft werden (vgl. zur Leitmotivik Schumacher 1972: Kap. 10, 16).⁴ In Deutschland ist dies vor dem Hintergrund der Geschichte des 20. Jahrhunderts und der darin vielfach eingelassenen Verbrechen von „Eliten“ besonders umkämpft und bedarf/bedurfte offensichtlich einer besonderen Unterstützung durch die heutige Regierung.⁵

II.

In diesem Kontext ist die besondere Widersprüchlichkeit entscheidender Traditionslinien in deutscher Geschichte, damit auch der Geschichte der politischen Kultur herauszustellen. Handelt es sich auf der einen Seite, der der demokratisch interessierten wie engagierten Minderheiten, um die mit der französischen Revolution einhergehende Einsicht, „Ein Volk muss seine Freiheit selbst erobern“ (Grab 1984), mehrdimensional im 19. Jahrhundert verlängert in Entwicklungen von Vormärz und Nachmärz (Koebner/Weigel 1996; Würffel 1986; Schneider 1980; Kohlhammer 1973), so verbindet sich mit der anderen Seite, der der konservativen und reaktionären Kräfte, das Gegenteil. Dementsprechend beginnt H.-U. Wehler seine „Deutsche Gesellschaftsgeschichte“, die der Entwicklung der deutschen Lande seit dem 18. Jahrhundert gewidmet ist, mit dem Satz: „Am Anfang steht keine Revolution“. Und in komparativer Perspektive formuliert er: „Während die Geschichte Englands, Frankreichs, der Vereinigten Staaten von Nordamerika durch ihre Revolutionen im 17. und 18. Jahrhundert in einem so fulminanten Sinn geprägt worden ist, dass eine Darstellung ihrer modernen Entwicklung mit dieser Zäsur einsetzen kann, fehlt der deutschen Geschichte jener Zeit ein derart dramatischer Einschnitt“ (1987, S. 35). Damit kennzeichnet Wehler nicht nur eine entscheidende Differenz deutscher Geschichte zu der anderer Nationen, mit diesem Manko verbindet sich zudem ein spezifisch deutsches Problem in Sachen Theorie und Praxis von Demokratie – verweist so auf einen allgemeinen Makel deutscher ‚Eliten‘.

Für das Kaiserreich als undemokratische Gesellschaft besonderer Art ist von Beginn an das Fehlen eines selbstbewussten bürgerlichen Liberalismus (Wehler 1988a, S. 38f.), die „Klassensymbiose von Junkertum und Bourgeoisie“ (Machtan/Milles 1980) zu konstatieren. Dies führte u.a. zur Militarisierung des Alltagslebens im Wilhelminischen Reich, was wiederum hierarchisches Denken und Untertanengeist sowie eine Präferenz für gewaltförmige Lösungen bei gesellschaftlichen Konflikten unterstützte. Bedeutsamer aber noch für die deutsche Entwicklung wird in den späten 70er Jahren die Ersetzung eines frühen liberal-emanzipatorischen durch einen konservativen Nationalismus im deutschen Bürgertum, dem die Aufgabe, als Integrationsideologie zu wirken, zukommt. Hieraus resultiert der „Beginn der fatalen Pathogenese des Bürgertums“, damit derer, die sich gerne als ‚Elite‘ apostrophieren lassen: „Unter den neuen Bedingungen findet der extreme Nationalismus und Rechtsradikalismus seine Einbruchstellen, wuchert die Illiberalität, wächst der Fremdenhass: gegen polnische Staatsbürger im Inneren, gegen Slawen und Gallier im ‚Vorfeld des Reiches‘, steigert sich vor allem die erbitterte Feindschaft gegen die ‚vaterlandslosen Gesellen‘, gegen ihre Utopie des freien, republikanischen ‚Volksstaats‘. ... Wägt man die Faktoren ab, scheint vom konservativen, imperialistischen, illiberalen Nationalismus der stärkste Einfluss aus-

gegangen zu sein“ (Wehler 1988b, S. 214). Somit gehe die auf vielen Gebieten erstaunliche Modernität des Kaiserreichs, die zum größten Teil eine bürgerliche Leistung verkörpere, einher mit der damals einsetzenden Pathologie verschiedener Sozialformationen des Bürgertums, die im Nationalsozialismus ihren absoluten Tiefpunkt erreichten (Wehler 1988b, S. 192).⁶

Diese Pathologie verlängert sich in die Weimarer Republik hinein, wenn – wie hier exemplarisch zu nennen – die Verantwortung von ‚Eliten‘ für politischen Mord und Umgang damit herausgestellt wird. Emil Julius Gumbel hat bereits 1922 in seiner Analyse „Vier Jahre politischer Mord“ auf den Zusammenhang von politischen Morden, Klassenjustiz und Formierung der öffentlichen Meinung hingewiesen. Wesentlich für die Einschätzung der Qualität politischer Kultur in Weimar ist die Differenz in der Behandlung politischer Morde von rechts und links durch Gerichte: 354 politischen Morden von rechts stehen 22 von links in vier Jahren gegenüber. Einer Gesamtsühne auf der rechten Seite von 90 Jahren, zwei Monaten Einsperrung, 730 Mark Geldstrafe und einer lebenslänglichen Haft (für den Mord an Eisner) steht als Gesamtsühne auf der Linken gegenüber: zehn Erschießungen, 248 Jahre, neun Monate Einsperrung, drei lebenslange Zuchthausstrafen (Gumbel 1980, S. 78ff).

Insgesamt gehört dies in einen Kontext, in dem durch Untertanengeist bürgerliche Positionen sowie durch ‚Etatismus‘ der SPD und ‚Bolschewisierung‘ der KPD die Seite der Arbeiterbewegung insgesamt zur Fragilität einer demokratischen politischen Kultur beitragen.

III.

Vor diesem Hintergrund ist es dann nur analytisch konsequent, wenn Lepsius (1990; S. 63) zu dem Urteil kommt, dass eine demokratische politische Kultur im Kaiserreich nur bei Minderheiten aufzufinden war, diese sich in Weimar nicht durchsetzen konnte und in der Zeit des Nationalsozialismus, der deutschen Gestalt von Faschismus, mit allen Mitteln bekämpft und ihre Vertreter verfolgt, terrorisiert und ermordet wurden. Verbinden lässt sich dies mit der Einschätzung Wehlers, unter dem Krisendruck (vor allem seit 1929) seien die seit einem halben Jahrhundert wirkenden Integrationsideologien so radikalisiert worden, dass der neue Rechtsradikalismus – vor allem in bürgerlichen Schichten (vgl. Bollenbeck 1999) – ständig an Attraktivität gewonnen habe: „Insofern präsentiert 1933 auch die Quittung für bürgerlichen Konservatismus und Nationalismus, für bürgerliche Scheu vor der riskanten Machtprobe, für das *Defizit an liberal-bürgerlicher Kultur*, an erfolgreicher bürgerlicher Prägung von Staat und Gesellschaft überhaupt“ (Wehler 1988b, S. 217; Hervorh. d.V.).

Für die Aufgabe, Elemente einer Sozial- wie Mentalitätsgeschichte der deutschen Entwicklung – als Verlängerung der Erkenntnis, dass der Nationalsozialismus die Form einer imperialistischen Expansion von Krisenlösung verkörpert (Neumann 1984, S. 60f.) – zu entziffern, um die historisch-gesellschaftliche Besonderung des NS jenseits des Wissens darum, dass die Krise des Kapitalismus in den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jh. universell war, nicht aber die Krise demokratischer Regierungen (Feldman 1986, S. 25), zu erfassen, ist die Befassung mit der ‚Eliten-Frage‘ unabdingbar.

Vor allem handelt es sich dabei um die Verantwortung der herrschenden Eliten für die Etablierung der nationalsozialistischen Terrorherrschaft⁷; das „Bündnis der Eliten“ (Fischer 1979), ein Bündnis zwischen den alten Eliten und der neuen Elite der NSDAP, ist hier maßgeblich in der Verknüpfung mit der Konstruktion der „Volksgemeinschaftsideologie“ (Otto/Sünker 1991). Peukerts Darstellung macht die Konstellation deutlich: „Als Hindenburg der am 30.1.1933 gebildeten ‚Regierung der nationalen Konzentration‘ die Möglichkeit gab, sich in Neuwahlen eine Mehrheit unter Einsatz des Staatsapparats und inzwischen reichlich fließender Industriespenden zu erringen, löste er die Dynamik der sogenannten ‚Nationalen Revolution‘ aus, die die Machtübertragung nach dem Zähmungskonzept in wenigen Monaten zur ‚Machtergreifung‘ transzendierte. Davon wenig betroffen war das inzwischen etablierte Elitenkartell der Wirtschaft, der Armee und der NSDAP, die unter den gemeinsamen Zielen der Zerschlagung der Arbeiterbewegung, der Etablierung des ‚Führerstaats‘ und der Forcierung der Aufrüstung die Machtstruktur und Entwicklungsdynamik des ‚Dritten Reiches‘ ausformten. ... Aber bei aller Differenzierung bleibt am Ende das Faktum, dass das Deutsche Reich, nachdem seine politisch und gesellschaftlich Mächtigen die republikanischen Institutionen und die Kompromisse der Demokratiegründung von 1918 wie eine verschlissene Hülle abgeworfen hatten, bewusst einen Ausweg aus der absichtlich verschärften Krise gesucht hat, der die zerstörerische Dynamik des Nationalsozialismus freisetzte“ (1987: 264f.).⁸

Auch die Diskretierung von „Eliten“ in der Folge der mehr als aktiven Beteiligung an mörderischen Politiken des deutschen Faschismus ist bekannt, wenngleich de facto ihrer Integration und Beförderung im Postfaschismus nur wenig entgegenstand.⁹

IV.

„Im Anfang war Auschwitz“, so der Titel der Studie von F. Stern zur postfaschistischen Gesellschaft in Deutschland; „es prägt sie, wenngleich oft negiert ...“ (1991, S. 342). Und er belegt den Versuch der deutschen ‚Eliten‘, sich aus der Verantwortung zu stehlen, exemplarisch an der ersten Regierungserklärung des Kanzlers Adenauer im September 1949: „Kriegsgefangene, Vertriebene, Ver-

schleppte, Leid der Angehörigen nehmen nun breiten Raum ein, die Ansprüche auf die abgetrennten Ostgebiete des ehemaligen Reiches werden geltend gemacht. ... Kein Wort über Auschwitz, Maidanek, Treblinka, kein Wort über Schuld oder Scham des deutschen Volkes. ... Die historische Verantwortung für das an den Juden verübte Verbrechen dingt nicht bis in die Eröffnung des ersten Bundestages des neuen Deutschland. ... Diese erste westdeutsche Regierungserklärung beweist, dass es der politischen Führungsspitze in Bonn zum Zeitpunkt der Gründung der Bundesrepublik nicht angebracht schien, sich mit der deutschen Vergangenheit und den Verbrechen an den Juden Europas kritisch und selbstkritisch auseinanderzusetzen“ (1991, S. 307).

Die sog. „Entnazifizierung“ verläuft weitgehend im Sande; die Sorge politischer, ökonomischer und kirchlicher ‚Eliten‘ gilt mehrheitlich verurteilten oder angeklagten Kriegsverbrechern und anderen Mördern (Klee 1991; Gieffer/Gieffer 1991).

Darüber hinaus entpuppt sich die sog. „Währungsreform“ von 1948 als Enteignung von – vor allem – kleinen Geldbesitzern; denn der Wert von Produktivvermögen (Fabriken, Grund und Boden, Aktien) wird kaum angetastet: die Absicherung der ökonomischen Eigentumsverhältnisse und die Fixierung der herrschenden Klassenstrukturen war damit vollkommen (vgl. Hochhuth 1971a, S. 44ff; Schneider 1985).

Die Adenauer-Ära war somit auf gesellschaftlichem und politischem Gebiet überwiegend eine restaurativ-reaktionäre Periode, mit Ausbruchversuchen im Kulturellen (s. Rühmkorf 1972). Erst 1968 schlägt die Stunde der Intellektuellen¹⁰, werden demokratische Alternativen zu herrschenden Positionen in Politik, Gesellschaft, Kultur allgemein diskutiert und als Herausforderung der herrschenden Verhältnisse verstanden.

V.

Wenn also heute den „Eliten“, ihrer „Notwendigkeit“ im internationalen Konkurrenzkampf durch Bezug auf den Leistungsbegriff¹¹, das Wort in hegemonialen Kämpfen geredet wird, so stellt sich das Problem der Alternative im Anschluss an die Erfahrungen von 1968.

Es könnte eine Vorstellung von Intellektuellen, ihrer gesellschaftlichen Funktion und Rolle, sein, wie H. Brunkhorst (1987) dies in der Gegenüberstellung von Intellektuellen und ihren elitären Gegenspielern, den Mandarinen, entfaltet hat. Die in der deutschen Geschichte insgesamt wie der der politischen Kultur im besonderen feststellbare Hegemonie der Mandarine, der konservativen Ideologieproduzenten und -planer, ist das Ergebnis einer normativ überhöhten Identifikation von Wahrheits- mit Machtansprüchen. Die darin enthaltene ideologi-

sche Kompensation für nicht vorhandene demokratische Verständigungsverhältnisse, die einer demokratischen, d.h. auf egalitäre öffentliche Diskussionen ausgerichteten Gesellschaft entsprächen, soll heute durch die Elite-Vorstellung geleistet werden. Es lassen sich daher die bis heute geltenden entscheidenden gesellschaftlichen Konfliktlinien benennen: Einem Elitenmodell der rechten Gesinnung mit Führer- und Gefolgschaftsvorstellungen steht der emanzipatorische Anspruch auf eine Demokratisierung aller Lebensbereiche und Institutionen entgegen; einem privilegierten Erkenntnisanspruch, der Weisheit, Wahrheit und Macht verknüpft, wird mit der Auffassung von der Autonomie der Vernunft, der Bildsamkeit aller widersprochen; Herrschafts- und Machtansprüchen wird mit freiheits- und rechtverbürgenden universalistischen Prinzipien der Beteiligung aller an gesellschaftlich bedeutsamen Entscheidungen begegnet.¹²

Auch dafür gibt es eine deutsche Tradition, die sich als anti-elitär, egalitär orientiert, lesen lässt: Selbstverständnis wie politische Perspektive einer Orientierung, die alternativ zum Eliten-Motiv in der Olympier-Gestalt sich verhält, kommen – kontrastiv formuliert – in ihrer Öffentlichkeit durch Debatten und gleichberechtigte Teilnahme und Teilhabe aller konstituierenden Weise in der Darstellung Wienbargs bereits vor 170 Jahren zum Ausdruck: „Welches Merkmal ist es also, das die Ästhetik der neuesten Literatur, die Prosa eines Heine, Börne, Menzel, Laube, von früherer Prosa unterscheidet? Ich möchte ein Wort dafür geben und sagen, dies Merkmal ist die Behaglichkeit, die sichtbar aus der Goetheschen und Jean Paulschen Prosa spricht und die der neuesten fehlt. Jene früheren Großen unserer Literatur lebten in einer von der Welt abgeschiedenen Sphäre, weich und warm gebettet in einer verzauberten, idealen Welt und sterblichen Göttern ähnlich auf die Leiden und Freuden der wirklichen Welt hinabschauend und sich vom Opferduft der Gefühle und Wünsche des Publikums ernährend. Die neuern Schriftsteller sind von dieser sichern Höhe herabgestiegen, sie machen einen Teil des Publikums aus, sie stoßen sich mit der Menge herum, sie eifern sich, freuen sich, lieben und zürnen wie jeder andere, sie schwimmen mitten im Strom der Welt, und wenn sie sich durch etwas von den übrigen unterscheiden, so ist es, dass sie die Vorschwimmer sind und, sei es nur trocken und elegant auf dem Rücken eines Delphins wie Heine oder naß und bespritzt wie Börne, den Gestaden der Zukunft entgegenneilen, welche die Zeit für ‚ihre hesperischen Gärten glücklicher Inseln‘ ansieht“ (1967: 117).

„Whose Millennium? Theirs or Ours?“ fragt D. Singer (1999) angesichts gegenwärtiger Weltverhältnisse und hegemonialer Auseinandersetzungen.¹³ Mit ‚kritischer Intellektualität‘ im Rücken könnte eine Anti-Eliten-Politik im Interesse aller, ausgerichtet auf die Demokratisierung unserer Gesellschaft möglich werden.

Anmerkungen

- 1 Neben soziologischen Analysen kommen für diesen Zusammenhang anschaulicher Literatur und Film zum Tragen.
- 2 Dass ‚Eliten‘ wie Bourgeoisie insgesamt immer gerne von historischer Verantwortung ablenk(t)en und sich zu exkulpieren suchten, darauf verweist bereits im Falle des 1. Weltkriegs einerseits der Versuch, den „Griff nach der Weltmacht“ (Fritz Fischer) zu leugnen – also anderen Nationen die Schuld zuzuschreiben –, andererseits verbindet sich mit der Erfindung des „Geistes von 1914“ (Verhey 2000) der Versuch, ‚alle‘ schuldig aussehen zu lassen.
- 3 Dabei wird selbst in der „normalen“ Soziologie darauf hingewiesen, welche übertragende Bedeutung wirtschaftlichen Interessengruppen, also „Eliten“, bei der Bestimmung und Durchsetzung ökonomischer und politischer Ziele zukommt (Hoffmann-Lange 1992: 40ff); zur verbreiteten Manager-Kriminalität s. Brenner (2003).
- 4 Gesellschaftspolitisch zu überprüfen wäre hier die Bedeutung des Formwandels, der im „Übergang vom Bildungsbürgertum zur Funktionselite“ liegt (Heydorn 1979: 297).
- 5 Allerdings macht bereits vor mehr als 30 Jahren Hochhuth klar, dass sowohl die „Klassenkrieg“-Tradition (1971a) für die BRD nichts Neues darstellt als auch die SPD mehrheitlich auf der Seite der Herrschenden zu finden ist (1971a: 75; 1971b: 130f.).
- 6 Wehler geht weiterhin in seiner Analyse des Kaiserreichs davon aus, dass in vielen gesellschaftlichen Bereichen die alte Machtelite des Adels ihre Vorherrschaft aufrecht erhielt – und dies auch in einer für die Gestaltung der politischen Kultur entscheidenden Weise über 1918 hinaus: „Welche Durchsetzungsfähigkeit er trotz der für ihn katastrophalen Niederlage von 1918 behält, zeigt seine verhängnisvolle Rolle in den Krisensituationen der Weimarer Republik bis hin zum 30. Januar 1933. Der ‚diskrete Charme‘ des ostelbischen Adels degeneriert zwischen 1914 und 1944 zu einer abgrundtiefen politischen Verantwortungslosigkeit, welche die Nemesis mit Vernichtung beantwortet“ (1988b, S. 203).
- 7 Zusammenfassend zu neueren Forschungsergebnissen zu Gesellschaftsgeschichte und Terror im NS s. die Darstellung von Nelles/Rübner/Sünker (2002).
- 8 Zu Funktion und Rolle des Bildungsbürgertums bei der Machtübergabe an die Nazis s. die grundlegende Studie von Bollenbeck (1999); zu „Funktionseleiten“ im NS s. Lüdtkke (1991); zu Aspekten von „Wissenschaft“ s. Dickinson (2004); zur Debatte um Arbeiter und Arbeiterbewegung s. Geary (2002).
- 9 In diesen Kontext gehört sowohl die Debatte um die „Verwandlungspolitik“ (Loth/Rusinek 1998), nicht nur von unmittelbaren NS-Eliten, als auch die Erinnerung an den Skandal der Renten für Kriegsverbrecher und Mörder aller Art, bei Diffamierung des Widerstands (vgl. Hochhuth 1971a: 44), sowie die „Sorge“ bürgerlicher Kreise und Institutionen um die Mörder in der postfaschistischen Ära (Klee 1991).
- 10 Zu deren Kontextualisierung s. Würffel (1986, S. 5): „Von der modernen Intellektuellenschelte, die nach dem Zweiten Weltkrieg mit den Wellen eines erstarkenden Neokonservatismus einherging, über den Vorwurf des Vaterlandsverrats und des Defätismus, der Liebkecht 1914 nach dem Widerspruch gegen die Bewilligung der Kriegskredite traf, bis zum Verbot des ‚Jungen Deutschland‘ durch den von Metternich gelenkten Deutschen Bundestag im Jahre 1835 entrollt sich ein leicht um weitere Beispiele zu

ergänzender roter Faden der Diffamierung und Verunglimpfung eines Geistes, der sich nicht als affirmativer, sondern als kritischer und widersprechender begreift“.

- 11 Zur Entmythologisierung der Vorstellung eines Zusammenhangs von Elite und Leistung s. instruktive Beispiele wie Analyse bei Hartmann (2002: 15ff, 179f).
- 12 Zudem ist in diesem Kontext zum einen die Vermittlung von demokratischer Bildung und der Bildung von Demokratie (vgl. Sünker 2003, Kap. X), zum andern das antagonistische Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus (vgl. Meiksins Wood 1995) zu diskutieren
- 13 Auch hier ist noch einmal auf Besonderheiten der politischen Kultur Deutschlands abzuheben; s. dazu die historische Einschätzung von Kohlhammer (1973, S. 9): Gerade in Deutschland musste die Tatsache der nationalen Zersplitterung und eines gewaltsam – wie auch immer notdürftig – restaurierten vorrevolutionären Zustands der Gesellschaft das Gefühl des transitorischen Charakters des Bestehenden verstärken; was aber eben nicht notwendig zu politischem Aktivismus, zur Revolte gegen die objektiv unvernünftige Wirklichkeit führte, sondern im Gegenteil Verunsicherung und ratlose Passivität zur Folge haben konnte“.

Literatur

- Adorno, Theodor W./Jaerisch, Ursula 1968: Anmerkungen zum sozialen Konflikt heute, in: H. Düker et al.(Hg.): Gesellschaft, Recht und Politik. Neuwied, 1–20
- Bollenbeck, Georg 1999: Tradition, Avantgarde, Reaktion. Frankfurt/M.
- Bonß, Wolfgang 2000: Was wird aus der Erwerbsgesellschaft?, in: U. Beck (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt/M., 327–415
- Brenner, Robert 2003: Schwungvoll auf Talfahrt. Ursachen und Mechanismen der US-amerikanischen Wirtschaftskrise, in: *lettre international* Frühjahr, 50–57
- Brunkhorst, Hauke 1987: Der Intellektuelle im Land der Mandarine. Frankfurt/M.
- Chomsky, Noam 1998: Haben und Nichthaben. Bodenheim
- Dickinson, Edward R. 2004: Biopolitics, Fascism, Democracy: Some Reflections on Our Discourse about „Modernity“, in: *Central European History* 37 (No. 1), 1–48
- Fischer, Fritz 1979: Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871–1945. Düsseldorf
- Geary, Dick 2002: Nazis and Workers before 1933, in: *Australian Journal for Politics and History* 48 (No. 1), 40–51
- Giefer, Renate/Giefer, Thomas 1991: Die Rattenlinie. Fluchtwege der Nazis. Frankfurt/M.
- Goetz, André 1989: Kritik der ökonomischen Vernunft. Berlin
- Grab, Walter 1984: Ein Volk muß seine Freiheit selbst erobern. Zur Geschichte der deutschen Jakobiner. Frankfurt/M.
- Gumbel, Emil J. 1980 (1922): Vier Jahre politischer Mord. Heidelberg
- Hartmann, Michael 2002: Der Mythos von den Leistungseliten. Frankfurt/M.
- Heydorn, Heinz Joachim 1979: Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft. Frankfurt/M.
- Hochhuth, Rolf 1971: Krieg und Klassenkrieg. Studien. Reinbek
- Hochhuth, Rolf 1971a: Der Klassenkampf ist nicht zu Ende, in: ders., 21–86
- Hochhuth, Rolf 1971b: Die Sprache der Sozialdemokraten, in: ders., 130–141

- Hoffmann-Lange, Ursula 1992: Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik. Opladen
 Jänicke, Martin 1986: Staatsversagen. München
 Klee, Ernst 1991: Persilscheine und falsche Pässe. Frankfurt/M.
 Koebner, Thomas/Weigel, Sigrid (Hg.) 1996: Nachmärz. Der Ursprung der ästhetischen
 Moderne in der nachrevolutionären Konstellation. Opladen
 Kohlhammer, Siegfried 1973: Resignation und Revolte. Immermanns „Münchhausen“:
 Satire und Zeitroman der Restaurationsepoche. Stuttgart
 Loth, Wilfried/Rusinek, Bernd (Hg.) 1998: Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der west-
 deutschen Nachkriegsgesellschaft. Frankfurt/M.
 Lüdtke, Alf 1991: Funktionseelten: Täter, Mit-Täter, Opfer? Zu den Bedingungen des
 deutschen Faschismus, in: ders. (Hg.): Herrschaft als soziale Praxis. Göttingen,
 559–590
 Machtan, Lothar/Milles, Dietrich 1980: Die Klassensymbiose von Junkertum und Bour-
 geoisie. Zum Verhältnis von gesellschaftlicher und politischer Herrschaft in Preußen-
 Deutschland 1850–1878/79. Frankfurt/M.
 Meiksins Wood, Ellen 1995: Democracy Against Capitalism. Renewing Historical Mate-
 rialism. Cambridge
 Nelles, Dieter/Rübner, Hartmut/Sünker, Heinz 2002: Organisation des Terrors im Natio-
 nalsozialismus, in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau 25 (H. 45), 5–28
 Otto, Hans-Uwe/Sünker, Heinz 1991: Volksgemeinschaft als Formierungsideologie des
 Nationalsozialismus, in: dies. (Hg.): Politische Formierung und soziale Erziehung im
 Nationalsozialismus. Frankfurt/M., 50–77
 Peukert, Detlev 1987: Die Weimarer Republik. Frankfurt/M.
 Rühmkorf, Peter 1972: Die Jahre die ihr kennt. Reinbek
 Schumacher, Joachim 1972 (1937): Die Angst vor dem Chaos. Über die falsche Apoka-
 lypse des Bürgertums. Frankfurt/M.
 Schneider, Manfred 1980: Die kranke schöne Seele der Revolution. Heine, Börne, das
 „Junge Deutschland“, Marx und Engels. Frankfurt/M.
 Schneider, Michael 1985: Die Wiedergutmachung oder wie man einen verlorenen Krieg
 gewinnt. Köln
 Singer, David 1999: Whose Millennium? Theirs or Ours? New York
 Sünker, Heinz 2003: Politik, Bildung und soziale Gerechtigkeit. Frankfurt/M.
 Verhey, Jeffrey 2000: Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft.
 Hamburg
 Vester, Michael et al. 2001: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frank-
 furt/M.
 Wehler, Hans-Ulrich 1987: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 1 München
 Wehler, Hans-Ulrich 1988a: Die deutsche Frage in der europäischen Politik 1648–1986, in:
 ders.: Aus der Geschichte lernen? München, 34–43
 Wehler, Hans-Ulrich 1988b: Wie „bürgerlich“ war das Deutsche Kaiserreich?, in: a.a.O.,
 191–217
 Wienbarg, Ludolf 1967 (1834): Heine als Vorbild eines witzigen Stils, in: J. Hermand (Hg.):
 Das Junge Deutschland. Texte und Dokumente. Stuttgart, 114–124
 Wright, Erik O. 1997: Class Counts. Cambridge/Paris
 Würffel, Stefan B. 1986: Der produktive Widerspruch. Heinrich Heines negative Dialektik.
 Bern

Michael Hartmann

Eliten und Demokratie¹

Der Ruf nach einer „Expertokratie“, nach einer „Herrschaft der Funktionseliten“ ist immer wieder (und verstärkt wieder in jüngster Zeit) in den öffentlichen Debatten zu vernehmen. Dabei suggeriert der Diskussion um die Eliten – wo sie für jene Partei ergreift –, dass es sich bei den Eliten um Leistungseliten handle, über den Zugang zu ihnen also das individuelle Vermögen entscheide. Der folgende Beitrag räumt nicht nur mit der scheinbar demokratischen Leistungsideologie auf, sondern er zeigt u.a., dass *Vermögen* – nämlich *finanzielles* – sehr wohl nach wie vor eine Rolle spielt. Alles in allem kann man die Entwicklung in den USA, aber nicht nur dort, treffend mit den Worten von Warren Buffett, dem zweitreichsten Mann der Welt, charakterisieren, der in seinem Aktionärsrundbrief 2004 kurz und knapp schreibt: „In Amerika wird ein Klassenkrieg geführt und meine Klasse gewinnt eindeutig.“

Im Mai diesen Jahres forderte ein Kommentar im ManagerMagazin eine „Expertokratie, die befristete Herrschaft der Funktionseliten“ für Deutschland. Unabhängige und überparteiliche Experten sollten das Land für zwei Jahre regieren, um endlich alle „notwendigen Reformen durchzusetzen: Zurückstutzen des Sozialstaats und der Subventionen; Öffnung des Arbeitsmarkts; Entmachtung der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände ...; Einführung des Mehrheitswahlrechts“. Diese Forderung passt in eine politische Landschaft, in der alle von Eliten reden oder träumen. Seit die SPD Anfang des Jahres den Begriff in die öffentliche Diskussion warf, fordern Politiker, Manager und Journalisten fast unisono Elitehochschulen. Deutschland bedürfe dringend handlungsfähiger Eliten, wolle es im internationalen Wettbewerb Schritt halten und nicht im Mittelmaß versinken, so ihr Argument.

Das mediale Dauerfeuer zeitigt inzwischen auch in der breiten Bevölkerung Wirkung. So konnte die FAZ im letzten Oktober stolz vermelden, dass inzwischen 54 % der Bundesbürger dafür seien, besonders begabte Schüler in Eliteklassen oder Eliteschulen zu fördern, und nur noch 33 % dagegen. Das ist eine beachtliche Veränderung innerhalb weniger Jahre. Dennoch bleibt bei der Mehrheit der Bevölkerung ein Unbehagen, wenn von Eliten die Rede ist. Man assoziiert

WIDERSPRÜCHE. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 93, 24. Jg. 2004, Nr. 3, S. 13–26

damit doch immer noch in erster Linie ungerechtfertigte Privilegien, Abgehobenheit und Arroganz der Macht.

Ist von Elite die Rede, dann beeilen sich die Befürworter deshalb auch stets zu versichern, es dürfe sich dabei auf keinen Fall um Herkunftseliten handeln, die nur ihre Privilegien zu verteidigen suchten. Man wolle vielmehr Leistungseliten. Damit knüpft man an die Ursprünge des Elitebegriffs an. Historisch gesehen wurde er im 18. Jahrhundert vom aufstrebenden französischen Bürgertum als demokratischer Kampfbegriff gegen Adel und Klerus entwickelt. Die individuelle Leistung sollte an Stelle der familiären Abstammung die entscheidende Voraussetzung für die Bekleidung gesellschaftlicher Spitzenpositionen bilden. Im 19. Jahrhundert veränderte sich die Verwendung des Elitebegriffs dann allerdings tief greifend. Er wurde nun als Gegenbegriff zu dem der Masse benutzt. Das Bürgertum und mit ihm die bürgerlich akademische Intelligenz waren damals zutiefst beunruhigt über das Phänomen der städtischen Massen, die mit der Bevölkerungsexplosion in Europa entstanden waren und einhergingen mit der Entstehung der industriellen Arbeiterklasse. Sie sahen die herrschende Ordnung durch politische Unruhen und revolutionäre Bestrebungen der Massen gefährdet. Die auf diesem Hintergrund formulierten klassischen Elitetheorien von Mosca und Pareto bildeten mit ihrer Gegenüberstellung von Elite und Masse später eine wichtige ideologische Grundlage für den aufkommenden Faschismus in Italien und Deutschland. Die von ihnen vertretene Überzeugung, dass die Herrschaft einer kleinen Elite über die große Mehrheit unumgänglich sei, wurde von den faschistischen Parteien als zentrale Begründung für das Führerprinzip benutzt.

Die Diskreditierung des Elitebegriffs durch den Faschismus und der Konflikt mit dem sozialistischen Lager führten nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer umfassenden Neubestimmung. Die funktionalistischen Elitentheorien begannen ihren Siegeszug. Ihnen zufolge gibt es keine einzelne Elite oder gar herrschende Klasse mehr, die der Masse gegenübersteht, sondern nur noch miteinander konkurrierende gleichgewichtige Teileliten, die sozial offen sind, weil der Zugang zu ihnen nicht mehr über die Herkunft, sondern vorwiegend über die individuelle Leistung erfolgt. Der für das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie erforderliche Konsens unter diesen Funktionseliten werde mangels sozialer Homogenität in demokratischen Auseinandersetzungen zwischen ihnen hergestellt.

Diese Sichtweise dominiert bis heute, obwohl in jüngster Zeit gerade unter den Angehörigen des akademischen Bürgertums wieder stärkere Anklänge an die klassische Dichotomie von Elite und Masse zu vernehmen sind. Das lässt sich an einer Reihe von Stellungnahmen im Rahmen der Diskussion über die Eliteuniversitäten ablesen. Typisch ist in dieser Beziehung der Prorektor der Universität

Heidelberg, Karlheinz Meier, der seine Forderung nach einer freien Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen mit der Aussage zu untermauern suchte: „Elite und Masse passen nicht zusammen“.

Eliten und Leistung

Die Kernaussage aller funktionalistischen Elitetheorien, der Zugang zu den Teil-Eliten basiere ganz überwiegend auf Leistung, wird durch die Karrieren der Eliten in den wichtigsten Sektoren, d.h. den Spitzenmanagern und -politikern sowie den obersten Verwaltungsbeamten und Richtern nicht bestätigt. In allen fünf führenden Industrieländern lässt sich eine hoch selektive soziale Rekrutierung beobachten. Die übergroße Mehrzahl der Elitepositionen wird von Personen besetzt, die aus dem Bürgertum stammen (Hartmann 2002).

Die funktionalistischen Eliteforscher versuchen diesen Sachverhalt mit zwei Argumentationen in ihr Theoriegebäude zu integrieren. Zum einen weisen sie darauf hin, dass die disproportionale soziale Rekrutierung der Eliten in erster Linie mit unterschiedlichen Bildungserfolgen zu erklären sei, dem Leistungsprinzip als entscheidendem Zugangskriterium im Grundsatz also nicht widerspreche. Zwar leugnen sie den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und dem Erwerb von hohen Bildungstiteln nicht, sie erklären ihn aber vorwiegend mit individuellen Leistungsunterschieden und Bildungsmotivationen. Zum anderen gehen sie von einer eindeutigen Tendenz zu einer weiteren Meritokratisierung, d.h. auch sozialen Öffnung der Eliten aus. Noch existierende Verbindungen zwischen sozialer Herkunft und Elitenzugang würden durch die starke Expansion des höheren Bildungswesens weitgehend gelockert, wenn nicht sogar endgültig gelöst.

Beide Argumentationen haben auf den ersten Blick zwar etwas für sich, halten einer genaueren Überprüfung dann aber doch nicht stand. Betrachtet man zuerst den Zusammenhang von Bildungserfolg und Elitenzugang, dann ist ein solcher Zusammenhang selbstverständlich existent. Auch die Behauptung, dass die für die Besetzung von Spitzenpositionen zumeist erforderlichen exklusiven Bildungsabschlüsse ohne überdurchschnittliche Leistungen nicht zu erwerben sind, ist erst einmal nicht von der Hand zu weisen. Doch selbst wenn man die herkunftsbedingten Gründe für die Leistungsstärken und -schwächen bestimmter Schülergruppen außer Betracht lässt, muss man sehen, dass die Studienplätze an den renommierten Elitebildungsinstitutionen nicht nur nach Leistungsgesichtspunkten vergeben werden. Bei den Auswahlverfahren spielt die soziale Herkunft der Kandidaten mittels des Kriteriums Persönlichkeit auch ganz unmittelbar eine entscheidende Rolle. Das gilt für alle exklusiven Bildungseinrichtungen, seien es die berühmten Privatuniversitäten der USA, die renommierten Grandes

Écoles, die angesehenen Public Schools oder die Topuniversitäten in Japan (Hartmann 2001; Hartmann 2002: 152 ff.).

Wie ausschlaggebend ein bürgerliches Elternhaus für den Zugang zu den Eliten ist, zeigt sich auch in Deutschland, wo solche Elitebildungsstätten bisher fehlen. Wie die beiden internationalen Vergleichstests PISA und IGLU unübersehbar demonstriert haben, sorgt eine Vielzahl von Auslesemechanismen innerhalb des deutschen Bildungssystems dafür, dass die schulischen Bildungskarrieren in hohem Maße durch die soziale Herkunft der Kinder bestimmt werden. Wer es aus den so genannten „bildungsfernen Schichten“ trotz all dieser Hürden bis an die Hochschulen geschafft hat, wird auch dort mit den höchst wirkungsvollen „inoffiziellen“ Lehrplänen und den von den „bildungsnahen Schichten“ bestimmten Verhaltensmustern konfrontiert. Alles in allem sind die Studienaussichten für den Nachwuchs aus Arbeiterfamilien oder den Haushalten normaler Angestellter und Beamter trotz der sozialen Öffnung der Hochschulen weit schlechter als für die Bürgerkinder. So kommt von den Promovierten in den für die Elitenrekrutierung wichtigen Fächern über die Hälfte der Absolventen aus dem Bürgertum, d.h. den oberen 3,5 % der Bevölkerung.

Wenn die Annahmen einer auf Leistung beruhenden Elitenauslese zumindest im Grundsatz stimmen sollten, dann müsste der Nachwuchs aus der breiten Bevölkerung wenigstens nach dem Erwerb eines Dokortitels die gleichen Chancen auf eine Topposition haben wie die Promovierten, die in bürgerlichen Verhältnissen aufgewachsen sind. Kinder aus Arbeiter- oder Angestelltenfamilien dürften mit der Promotion zumindest dasselbe Maß an Fähigkeiten und Bemühungen nachgewiesen haben wie ihre Kommilitonen aus dem Bürgertum. An ihrer Leistungsfähigkeit und -bereitschaft kann es jedenfalls nicht liegen, sollten die Aussichten auf eine Spitzenkarriere immer noch schlechter sein als beim Nachwuchs aus bürgerlichen Kreisen.

Genau das aber ist sowohl in den Großkonzernen der Fall als auch bei den großen Wirtschaftsverbänden oder in den obersten Gerichten, wie die Untersuchung der vier Promotionskohorten von 1955, 1965, 1975 und 1985 (Hartmann 2002) eindeutig zeigt. Der Sohn eines leitenden Angestellten hat eine zehnmal so große Chance, in die erste Führungsebene eines großen Unternehmens aufzusteigen, wie der Sohn eines Arbeiters, auch wenn beide in der gleichen Zeit und mit auch ansonsten gleichen Studienmerkmalen ihren Dokortitel erworben haben. Selbst durch den Erwerb des höchsten Bildungstitels ist es nicht möglich, das Handicap einer nichtbürgerlichen Herkunft auch nur annähernd auszugleichen. Das Elternhaus wirkt bei der Rekrutierung der Eliten also nicht nur indirekt auf dem Wege über Bildungsabschlüsse, sondern auch ganz unmittelbar über persönlichkeits- und damit herkunftsbezogene Auswahlkriterien. Das gilt dabei umso mehr, je größer die mit einer Position verbundene Macht ist, in den Chefetagen

der führenden Großkonzerne oder an den Bundesgerichten also stärker als in eher mittelständischen Firmen oder den Oberlandesgerichten.

Berücksichtigt man die große Bedeutung, die den persönlichkeitsgebundenen Kriterien auch in den Aufnahmeverfahren der Elitebildungseinrichtungen zukommt, zeigt sich die grundlegende Schwäche des funktionalistischen Ansatzes ganz deutlich. Zwar spielt die individuelle Leistung eine wichtige Rolle, doch selbst wenn man von sozialen Bedingtheit dieser Leistung einmal absieht, bleibt als zweiter mindestens so entscheidender Karrierefaktor der herkunftsspezifische Habitus, dessen Aneignung durchaus mit dem Prozess der Vererbung verglichen werden kann. Dies gilt für Deutschland ebenso wie für die anderen großen Industriestaaten. Unterschiedlich sind nur die konkreten Mechanismen. Erfolgt die soziale Selektion in Ländern wie Frankreich oder den USA ganz überwiegend über die Aufnahmeverfahren der exklusiven Bildungsinstitutionen, so findet die entscheidende Auslese hierzulande erst im Verlauf der beruflichen Karriere statt. Der Effekt ist in letzter Konsequenz aber der gleiche. Der Zugang zu den wichtigen Eliten bleibt größtenteils für den Nachwuchs des Bürgertums und noch stärker des Großbürgertums reserviert.

Eine gewisse Ausnahme von dieser Regel bildet nur der politische Sektor. Hier gibt es in puncto soziale Herkunft der Spitzenpolitiker doch größere Differenzen zwischen den einzelnen Ländern, weil die Struktur der Parteien zum Teil sehr unterschiedlich ausfällt. Die Extreme stellen dabei Deutschland auf der einen und Frankreich und Japan auf der anderen Seite dar. Während der Auswahlprozess in den großen deutschen Volksparteien bislang dazu geführt hat, dass die Kandidaten aus der breiten Bevölkerung hier erheblich bessere Aufstiegschancen besitzen als in den anderen wichtigen Gesellschaftsbereichen, begünstigen die in Frankreich wie Japan typischen Honoratioren- und Klientelparteien ganz eindeutig die Politiker mit einem bürgerlichen Hintergrund. Für eine erfolgreiche Bewerbung um Spitzenämter ist der Besuch der Elitebildungsinstitutionen des jeweiligen Landes ausschlaggebend und nicht die soziale Nähe zur Wählerschaft. Die soziale Herkunft der politischen Elite unterscheidet sich dementsprechend nur relativ wenig von der der Wirtschafts- oder Verwaltungselite.

Die Macht der Wirtschaftselite

Während die funktionalistischen Elitentheorien von relativ gleichgewichtigen Teileliten ausgehen, die durch ihre Konkurrenz untereinander für das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie sorgen, zeigt die Realität ein erhebliches strukturelles Übergewicht der Wirtschaftselite, das in erster Linie auf ihrer Verfügung über das Produktivkapital beruht. Die rasche Internationalisierung der Wirtschaft hat die daraus schon immer resultierende Macht in den letzten

zwei Jahrzehnten deutlich vergrößert. Sie ermöglicht es den großen Konzernen, zunehmend aber auch mittelständischen Firmen, alle anderen gesellschaftlichen Bereiche unter enormen Druck zu setzen.

Wie die heftige Konkurrenz um Investitionsstandorte zeigt, sehen sich die einzelnen Kommunen nicht mehr in der Lage, den Unternehmen Bedingungen welcher Art auch immer zu stellen. Sie übertreffen einander vielmehr an Zusagen, was direkte oder indirekte Beihilfen, Infrastrukturleistungen oder die Kooperation mit örtlichen Hochschulen angeht. Trotz riesiger Finanzprobleme ködern die Städte potentielle Investoren mit allen möglichen (legalen, halblegalen und teilweise auch illegalen) Vergünstigungen.

In der Steuerpolitik lässt sich eine ähnliche Entwicklung beobachten. Es findet seit etlichen Jahren auf nationaler wie internationaler Ebene so etwas wie ein Wettbewerb um die attraktivsten Steuersätze und -modelle für die Wirtschaft mit teilweise verheerenden Folgen für das Steueraufkommen und damit auch die öffentlichen Dienstleistungen statt. Der ganz wesentlich durch die Änderung der Körperschaftssteuergesetzgebung verursachte dramatische Einbruch der kommunalen Einnahmen und die daraus resultierenden, teilweise katastrophalen Konsequenzen für die städtische Infrastruktur (Straßen, Schulen, Theater, Bibliotheken etc.) und die Bediensteten stellen nur ein Beispiel dafür dar.

Die strukturell bedingte Überlegenheit des Kapitals und seiner Spitzenrepräsentanten schlägt sich in stetig wachsendem Maße auch in direkten Einflussnahmen seitens der Spitzen der großen Konzerne nieder. Man sucht den unmittelbaren Kontakt zur Bundesregierung und vor allem zum Bundeskanzler und man wird umgekehrt von diesen auch gesucht. Spitzengespräche werden zur Regel. Das gilt nicht nur in wirtschaftspolitischen, sondern zunehmend auch in nichtökonomischen Fragen. So hat Kanzler Schröder zu seinem Anfang dieses Jahres einberufenen Ideengipfel zu Bildung und Wissenschaft mehrheitlich nicht etwa Wissenschaftler oder Bildungspolitiker eingeladen, sondern bekannte Topmanager und Unternehmensberater. Drei Wissenschaftlern standen mehr als doppelt so viele Vertreter der Wirtschaft gegenüber.

Zu den formellen und informellen Kontakten zwischen der Wirtschafts- und der politischen Elite kommen die Aktivitäten einer stetig und schnell wachsenden Zahl an Lobbyisten. Gesetzesvorhaben werden durch intensive Gespräche mit wichtigen Ministerialen, Parlamentariern oder Ministerialbeamten nicht mehr nur beeinflusst, sie werden zum Teil sogar direkt initiiert. Außerdem erhalten die Lobbyisten die Gesetzesentwürfe bisweilen noch vor den Abgeordneten, um „alternative Formulierungsvorschläge“ machen zu können.

Die Entwicklung in Deutschland lässt erahnen, wie es inzwischen in Ländern wie Japan oder den USA aussieht, wo die Verbindungen zwischen Wirtschaft und

Politik traditionell sehr viel enger sind als hierzulande. Zu der Form direkter und indirekter Einflussnahme auf die Politik, wie wir sie aus Deutschland kennen, kommt dort noch die sehr umfangreiche finanzielle Unterstützung der Politiker bei ihren Wahlkämpfen. Das klassische Land der großen Wahlkampfspenden sind die USA. Hier gaben die erfolgreichen Bewerber für einen Senatsposten bereits 1976 durchschnittlich 610.000 \$ für ihren Wahlkampf aus. Binnen der nächsten zehn Jahre stieg der Betrag dramatisch um das Fünffache auf 3 Millionen \$, um sich dann bis zum Jahre 2000 mit 7,7 Millionen \$ noch einmal mehr als zu verdoppeln. Ein Sitz im Repräsentantenhaus ist zwar deutlich billiger, kostet aber immer noch 840.000 \$, auch das eine Verdoppelung im letzten Jahrzehnt. Die Summen sind so enorm angestiegen, weil derjenige, der mehr Geld für seinen Wahlkampf ausgeben kann, in ungefähr 90 % der Fälle auch gewinnt. Auch für die Präsidentenwahlen haben sich die eingeworbenen Summen zwischen 1992 und 2000 von 331 Millionen auf 529 Millionen \$ erhöht (Phillips 2003: 374ff.). Allein George W. Bush, der keinerlei Vorwahlen zu bestreiten hat, wird im anstehenden Präsidentschaftswahlkampf auf eine „Kriegskasse“ von fast 200 Millionen \$ zurückgreifen können. Die zehn größten Spender sind dabei ausschließlich Großbanken oder Investmenthäuser. Berücksichtigt man zudem, dass die Spenden von Privatpersonen zu etwa drei Vierteln von Leuten stammen, die mit mehr als 200.000 \$ Jahreseinkommen zu den oberen 1,5 % der Bevölkerung zählen, und dass die Kandidaten selbst eigenes Geld in den Wahlkampf stecken, das fast den Umfang der staatlichen Finanzierung erreicht, dann wird der Einfluss der Wirtschaftselite und der Upper Class auf die Besetzung wichtiger politischer Ämter unübersehbar. Ähnliches gilt im Übrigen auch für die hohen Positionen in der Justiz. Da sie im US-System ebenfalls in der Regel durch Wahlen besetzt werden, spielen auch hier Spenden eine immer größere Rolle. So musste ein erfolgreicher Kandidat für den Obersten Gerichtshof von Michigan 1994 durchschnittlich 287.000 \$ für seinen Wahlkampf aufwenden, sechs Jahre später bereits 1,3 Millionen \$ (ebd.: 376). Auch wenn sich die größeren Gesetzesvorhaben sicherlich nicht allein mit direkten finanziellen Zuwendungen an die Politiker und intensiver Lobbyarbeit der Unternehmen und Wirtschaftsverbände erklären lassen, sondern ganz entscheidend mit der strukturellen Überlegenheit des Kapitals zu tun haben, so darf man die Spenden und Lobbyisten in ihrer Wirksamkeit dennoch nicht unterschätzen.

Auf jeden Fall ist es sinnvoller, den Einfluss der Wirtschaftselite „anhand einer Reihe von Schlüsselentscheidungen“ abzuschätzen, wie es von Beyme empfiehlt (Beyme 1971: 203), als ihn über Netzwerkanalysen bestimmen zu wollen, wie es die funktionalistisch orientierten Untersuchungen in der Regel machen. Selbst wenn man dabei jene unternehmensbezogenen Entscheidungen unberücksichtigt lässt, die z.T. erhebliche Auswirkungen auf ganze Regionen und Länder haben, von den Unternehmensspitzen in der Regel aber dennoch ohne Einbeziehung

oder Vorinformation anderer getroffen werden, ist die Dominanz der Wirtschaftselite auch bei direkt politischen Entscheidungen unübersehbar. Die Steuerpolitik, die die finanzielle Grundlage für die Handlungsfähigkeit des Staates und damit das zentrale Element jeglicher Politik bildet, bietet dafür ein gutes Beispiel. In den USA als dem Vorreiter einer kapitalfreundlichen Steuerpolitik ist der Anteil der Unternehmenssteuern am gesamten Steueraufkommen in den letzten Jahrzehnten drastisch gesunken, die steuerliche Belastung der breiten Bevölkerung dagegen deutlich gestiegen. Aus einem Gleichstand zwischen Lohn- sowie Sozialsteuern (FICA) auf der einen und Unternehmenssteuern auf der anderen Seite hat sich binnen 30 Jahren eine Relation von 3:1 entwickelt, und dies trotz einer Steigerung der Unternehmensgewinne um das Vier- bis Fünffache in den letzten zwei Jahrzehnten (Phillips 2002: 149f.). Neben zahlreichen Möglichkeiten der Firmen, Steuerschlupflöcher zu nutzen, machen sich hier vor allem die Steuerreformen unter Präsident Reagan bemerkbar.

Ähnlich sieht es auch in Deutschland aus. Im Zeitraum zwischen 1970 und 2000 steht beim Gesamtaufkommen auch hier einer Verdoppelung des Lohnsteueranteils mehr als eine Halbierung von Körperschafts- und Gewerbesteuer gegenüber. Seither ist die Körperschaftsteuer noch einmal massiv eingebrochen, wie die Klagen vieler Kommunen über ausbleibende Steuerzahlungen seitens großer Konzerne oder gar Rückzahlungen an eben dieselben zeigen. Allein bei den Aktiengesellschaften und GmbHs sind die Gewinnsteuern von 2000 auf 2002 von fast 24 Milliarden Euro auf nur noch knapp 3 Milliarden Euro geschrumpft.

Die veränderte Steuerpolitik hat aber nicht nur die Unternehmen begünstigt, sondern auch die Bezieher hoher Einkommen und die Besitzer großer Vermögen. Während das Realeinkommen (nach Steuern) für die Durchschnittsverdiener in den USA zwischen 1977 und 1999 leicht rückläufig war, hat es sich beim obersten Prozent der Einkommensbezieher mehr als verdoppelt, auf inzwischen über 500.000 \$. Allein in den neunziger Jahren haben sie ihren Anteil am Gesamteinkommen von 8,2 auf 16,3 % steigern können und verdienen damit mehr als die unteren 40 % der Bevölkerung. Auf die obersten 0,1 Promille, d.h. ungefähr 13.000 Familien, entfallen allein drei Prozent, auf das unterste Fünftel gerade einmal fünf Prozent. Bei den Vermögen sieht es noch krasser aus. Das oberste Prozent besitzt mittlerweile über 40 % allen Vermögens, doppelt soviel wie Ende der siebziger Jahre. Sie teilen sich über 60 % des Geschäfts- und Anleihe- sowie die Hälfte des Aktien- und Treuhandvermögens, nur die obersten fünf Promille schon fast ein Drittel der Aktien und fast die Hälfte der Anleihen. Eine wichtige Rolle bei dieser Einkommens- und Vermögenskonzentration hat die Steuerpolitik gespielt. Am stärksten hat sicherlich die Senkung des Spitzensteuersatzes durch die Reagan-Administration von 50 auf unter 30 % gewirkt (Henwood 1998: 67; Krugman 2002; Phillips 2003: 135, 158 ff., 167, 188).

In Deutschland zeigt sich, obwohl man hier angesichts mangelnder statistischer Erhebungen stärker auf Schätzungen angewiesen ist, ein im Großen und Ganzen ähnliches Bild. Auf weniger als 0,1 Promille der Erwerbstätigen, ganze 3.000 Personen, entfällt mit knapp 2,3 % aller Einkommen ein vergleichbar hoher Anteil wie in den USA (Becker/Hauser 2003: 241). Mit gut einem Viertel des deutschen Vermögens, so der *German Wealth Report* der Investmentbank Merrill Lynch und der Beratungsgesellschaft Cap Gemini Ernst & Young, erreicht das oberste Prozent der Bevölkerung ebenfalls einen sehr hohen, wenn auch nicht ganz den USA vergleichbaren Wert. Allein die obersten 0,1 Promille, die 3.700 so genannten „Ultra High Net Worth Individuals“, verfügen dabei über 7,9 %. Zu dieser Konzentration von Einkommen und Vermögen hat die Steuerpolitik der Regierungen Kohl und Schröder ebenfalls ihren Teil beigetragen, zum Beispiel mit der Abschaffung der Vermögenssteuer und der deutlichen Senkung des Spitzensteuersatzes.

Die Steuergesetzgebung zeigt den enormen Einfluss der Wirtschaftselite auf wesentliche politische Entscheidungen. Ihre Interessen sind dabei weitgehend identisch mit denen des Großbürgertums beziehungsweise der Upper Class. Beide profitieren gleich doppelt von den Steuerreformen. Zum einen werden ihre persönlichen Einkommen deutlich niedriger besteuert, zum anderen können auch die Unternehmen aufgrund der gesunkenen Steuerlasten mehr Gewinne ausschütten, deren Hauptnutznießer wiederum Großbürgertum und Topmanager sind. Letztere haben ihre Einkommen in den letzten zwei Jahrzehnten dramatisch steigern können, in den USA vom Fünzigfachen eines Arbeiterverdienstes auf mehr als das Vierhundertfache. In Deutschland ist die Kluft mit dem 100fachen noch nicht so tief, der Trend ist aber derselbe. Allein zwischen 1997 und 2002 haben die Vorstände der 30 DAX-Konzerne ihre Vergütungen um ungefähr zwei Drittel erhöhen können. Die umfangreichen Aktienoptionspakete, die zu den Gehältern noch hinzukommen, machen die Vorstände außerdem selbst zu wichtigen Aktionären. Sollten beispielsweise alle Vorstandsmitglieder von Daimler-Chrysler ihre Optionen einlösen, gehörten ihnen knapp 10 % des Unternehmens. Den wichtigsten Führungskräften der Deutschen Bank, dem Group Executive Committee, besitzen bereits über 7 % der Aktien ihres Instituts.

Die herrschende Klasse und die Demokratie

Die enorme Konzentration von Produktivvermögen in den Händen weniger Promille der Bevölkerung, die Höhe der Vorstandsgehälter und die vor allem diesen Personenkreis begünstigenden Steuerreformen zeigen nicht nur die enge Verknüpfung von Wirtschaftselite und Großbürgertum und deren enormen politischen Einfluss, sie lassen darüber hinaus auch allgemeine Schlussfolgerungen zum Verhältnis von Eliten und Demokratie zu.

Zunächst kann man bei den maßgeblichen Eliten aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung, zum Teil auch Justiz und Medien, in allen großen Industriestaaten eine spürbare Intensivierung im Sinne von gegenseitigen Verflechtungen konstatieren. In Ländern wie Frankreich und weniger ausgeprägt auch Japan oder den USA ist dieser Prozess inzwischen relativ weit fortgeschritten. Es existieren zwar weiterhin unterschiedliche Elitepositionen, der regelmäßige personelle Wechsel eines wesentlichen Teils der Positionsinhaber lässt die Grenzen zwischen den einzelnen Eliten aber zunehmend verschwimmen. Am weitesten geht das derzeit in Italien. Die Verflechtungen haben dort in der Person von Silvio Berlusconi ein Ausmaß erreicht, das vor 20 Jahren wohl als besonders realitätsfernes Zerrbild linker Propaganda abgetan worden wäre. Wohl kaum jemand hätte sich Ende der achtziger Jahre vorstellen können, dass in einem der größten Industriestaaten der reichste Mann des Landes zugleich Regierungschef sein und nicht nur die privaten, sondern auch die öffentlichen Fernsehsender kontrollieren würde. Eine solche Machtfülle in den Händen einer einzigen Person schien damals für eine moderne Industriegesellschaft ebenso undenkbar wie die Tatsache, dass ein Parlament zahlreiche Gesetze ganz offensichtlich ausschließlich zugunsten der wirtschaftlichen Interessen dieser einen Person verabschieden könnte. Auch wenn dieser oberflächliche Eindruck etwas täuscht, so deutet er doch an, wie eng die Verbindungen zwischen den einzelnen Teileliten sowie zwischen ihnen und dem Großbürgertum auch heutzutage sein können.

Obwohl Kellers grundsätzliche Unterscheidung zwischen Eliten und herrschender Klasse analytisch richtig ist, verschwimmen die Grenzen in der Realität doch immer stärker. So gibt es eine erhebliche Anzahl von Personen, die zumindest fast gleichzeitig Elitepositionen in verschiedenen Sektoren bekleiden. Die regelmäßigen Wechsel zwischen unterschiedlichen Elitepositionen, wie sie unter den Begriffen *Pantouflage* und *Amakudari* in Frankreich und Japan üblich sind, weisen in dieselbe Richtung. Von einer klaren Trennung zwischen den einzelnen Eliten kann man hier jedenfalls nicht sprechen. Außerdem verbindet einen großen Teil der maßgeblichen Eliten auch die Herkunft aus demselben bürgerlichen und (wichtiger noch) großbürgerlichen Milieu. Sie sorgt in Form eines gemeinsamen klassenspezifischen Habitus auch bei ihnen für gleiche oder ähnliche „Gewohnheiten, Sitten und kulturelle Verhaltensmuster“, so dass sie nicht nur ihre „beruflichen und funktionalen Positionen“ teilen, wie Keller behauptet (Keller 1963: 57). Die ausschlaggebende Bedeutung eines bürgerlichen beziehungsweise großbürgerlichen Habitus für die Rekrutierung der Eliten macht darüber hinaus auch deutlich, dass der Zugang zu den Elitepositionen weit geschlossener ist, als die funktionalistische Eliteforschung behauptet. Die mit einer bürgerlichen Herkunft verknüpften wesentlichen Vorteile werden nicht nur materiell, sondern auch habituell von Generation zu Generation weitervererbt. Schließlich wachsen mit der zunehmenden Komplexität der modernen Industriegesellschaft weder

zwangsläufig die funktionale Autonomie der einzelnen Eliten noch, wie von Beyme in seiner Ablehnung des Machtelitebegriffs von Mills als wesentliches Argument anführt, die „Kommunikationsschwierigkeiten der wirtschaftlichen und politischen Eliten“ (Beyme 1971: 206).

Alles in allem ist es recht schwierig, deutlich „zwischen den strategischen Eliten und derjenigen Klasse zu unterscheiden, aus der die meisten ihrer Mitglieder stammen“. Es spricht daher viel dafür, statt wie die funktionalistischen Elitetheorien von konkurrierenden pluralistischen Teileliten in Anlehnung an Giddens von der „Governing Class“, einer abgeschwächten Variante der herrschenden Klasse auszugehen. Sie zeichnet sich für Giddens durch eine relativ geschlossene soziale Rekrutierung (vorwiegend aus der Upper Class) und ein relativ hohes Maß an Integration aus. Von den klassischen „Ruling Classes“ unterscheidet sie sich vor allem durch die deutlich eingeschränkte Reichweite ihrer Macht, weil diese im Rahmen der parlamentarischen Demokratie doch (mehr oder weniger) stark von unten eingeschränkt werden, sie Rücksicht auf die breite Bevölkerung nehmen müsse (Giddens 1974: 5 ff.).

Führt man Giddens Überlegungen fort, dann ist unter der herrschenden Klasse nicht einfach die Bourgeoisie, die Upper Class oder das Großbürgertum zu verstehen. Es handelt sich bei ihr vielmehr – und in diesem Sinne ist die Kritik von Mills (1962: 309) an einer zu direkten Verknüpfung zwischen wirtschaftlicher Macht und politischer Herrschaft zutreffend – um einen Personenkreis, der aus dem Großteil der maßgeblichen Eliten und dem Kern des Bürgertums gebildet wird. Er umfasst nicht alle Mitglieder der wichtigen Eliten und auch nicht alle Angehörigen des Großbürgertums, weil die Besetzung einer Spitzenposition oder die Geburt in ein großbürgerliches Elternhaus allein dazu nicht ausreicht. Um wirklich zur herrschenden Klasse zu gehören, muss man auch dauerhaft sozial in sie eingebunden sein und damit maßgeblichen Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung nehmen können.

Dafür gibt es drei Möglichkeiten. Erstens kann man eine Spitzenposition über einen so langen Zeitraum inne haben, dass die Integration in diese Klasse auch unabhängig von der eigenen sozialen Herkunft gelingt. Politiker wie Helmut Kohl zählen zu dieser Kategorie, nicht aber beispielsweise Landes- oder auch Bundesminister (vor allem der SPD) aus normalen Elternhäusern, die nach einer Legislaturperiode oder weniger aus ihrem Amt ausscheiden und danach wieder als einfacher Bundestagsabgeordneter tätig sind oder in ihren Beruf zurückkehren. Die zweite Möglichkeit liegt darin, qua Geburt zur herrschenden Klasse zu gehören. Sie steht aber nur einem kleinen Kreis von Erben sehr großer Vermögen (wie etwa den Kindern von Herbert Quandt) offen, die einfach aufgrund ihres Kapitalbesitzes zur Wirtschaftselite gehören. Für den Sohn eines Landgerichtspräsidenten oder Chefarztes bleibt dieser Weg in der Regel verschlossen.

Er muss zumindest für eine gewisse Zeit auch selbst eine Spitzenposition besetzen. Das ist die dritte Variante. Man kann den Zugang zur herrschenden Klasse auch finden, wenn man Toppositionen zwar nur für eine kürzere Zeit bekleidet, um danach eine Ebene tiefer einer immer noch gehobenen Führungstätigkeit nachzugehen, dafür aber schon in einem bürgerlichen oder (besser noch) großbürgerlichen Elternhaus geboren worden ist. Das kürzt den Prozess der Integration nämlich entscheidend ab.

Innerhalb der herrschenden Klasse stellen die maßgeblichen Repräsentanten des Kapitals, d.h. die Spitzenmanager der großen Unternehmen und die wichtigsten Aktionäre sowie Einzelunternehmer, die mächtigste Einzelgruppe. Aber selbst ihre Interessen setzen sich durchaus nicht immer und auch nicht auf dem direkten Wege durch. Allgemein, und das ist der blinde Fleck der meisten Elitetheorien und -untersuchungen, hängen Erfolge oder Misserfolge für die Wirtschaftselite ebenso wie für die ganze herrschende Klasse in erster Linie von den gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab. Das zeigen die Änderungen im Steuerrecht sehr deutlich. Auf der einen Seite haben sie sich nur deshalb in diesem Umfang durchsetzen lassen, weil die potentiellen Gegenkräfte in den Parteien, aber vor allem in den Gewerkschaften durch andere Entwicklungen bereits stark geschwächt waren. Entscheidend waren dabei zwei Prozesse. Die Internationalisierung der Wirtschaft und die damit real oder auch nur vermeintlich verbundenen umfassenden Handlungs- und Wahlmöglichkeiten des Kapitals haben den Einfluss sowohl der Gewerkschaften als auch linker oder klassisch sozialdemokratischer Parteien und Organisationen erheblich reduziert. Diese schon seit den späten siebziger Jahren laufende Entwicklung wurde in ihrer Wirkung dann ab 1989 noch substanziell verstärkt durch den Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“. Die dramatische Schwächung der Gewerkschaften und der doch recht schnelle Untergang der einzigen *real vorhandenen* gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus haben den scheinbar unaufhaltbaren Siegeszug neoliberaler Ideen und Konzepte in der Politik erst ermöglicht.

Auf der anderen Seite zementieren und verstärken die Veränderungen im Steuerrecht, die ein, wenn nicht sogar *das* Kernelement dieses Siegeszugs bilden, die Verschiebung der Kräfteverhältnisse dann weiter. Die aktuelle Diskussion um Arbeitszeitverlängerungen im öffentlichen Dienst zeigt das sehr deutlich. Die Anhebung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 42 Stunden wird von den Landesregierungen mit den leeren öffentlichen Kassen begründet, die zu einem erheblichen Teil die Konsequenz der in den letzten zwei Jahrzehnten verfolgten Steuerpolitik sind. Sollte man diese drastische Arbeitszeitanhebung für den gesamten öffentlichen Dienst tatsächlich durchsetzen können, werden die privaten Unternehmen über kurz oder lang nachziehen. Das würde die Kräfteverhältnisse noch weiter zu Lasten der breiten Bevölkerung verschieben, den Handlungsspielraum der herrschenden Klasse noch mehr vergrößern.

All diese Veränderungen beeinflussen auch die Gewichtsverteilung zwischen den einzelnen Eliten ganz massiv, und zwar eindeutig zugunsten der Wirtschaftselite und zu Ungunsten der politischen Elite. Wie schon Mills (1962: 304f.) am Beispiel des New Deal zeigt, hat die politische Elite immer dann relativ großen Einfluss und Handlungsspielraum, wenn gesellschaftliche Bewegungen und Kräfte die Macht des Kapitals einschränken. Genau das Gegenteil aber ist in den letzten Jahren zu beobachten. Die Wirtschaft gibt daher die Orientierungspunkte für die wesentlichen politischen Entscheidungen vor und der eigenständige Einfluss der Politik schwindet. Bei politischen Entscheidungen spielt der parlamentarische Prozess eine immer geringere Rolle. Sie werden mehr und mehr geprägt durch mediale Inszenierungen (die Runde bei Christiansen und nicht das Parlament als Hauptschauplatz politischer Diskussion), Sachverständigenausschüsse (wie Hartz- und Rürup-Kommission) und Aktivitäten von Stiftungen wie dem CHE (Centrum für Hochschulentwicklung) als quasi inoffiziellem Nebenministerium für Bildung und Wissenschaft. Da Gegenkräfte in der Gesellschaft entscheidend an Einfluss verloren haben, kann das Parlament mehr und mehr an den Rand gedrängt, können Entscheidungsprozesse in kleinen Zirkeln konzentriert werden. Die Wirtschaftselite trifft die wesentlichen Entscheidungen lieber im intimen Kreis zusammen mit einigen wenigen Spitzenpolitikern. Für die erforderlichen parlamentarischen Mehrheiten sorgen dann die Disziplinierungsinstrumente der Parteien.

Es setzt sich eine Spirale in Gang, die die politischen Parteien immer weiter schwächt. Wenn die Politik sowieso kaum noch Handlungsspielräume mehr hat, weil sie, so die verbreitete Logik, den Gesetzen des Weltmarktes letztlich wohl oder übel folgen muss, dann lohnt sich politisches Engagement auch nicht mehr. Der massive Mitgliederschwund bei den großen deutschen Volksparteien – allein in den neunziger Jahren bei der CDU um über ein Fünftel, bei der SPD sogar um mehr als ein Viertel – zeigt das ebenso wie die stetig zurückgehende Wahlbeteiligung in allen großen Industrieländern. In den USA liegt sie mittlerweile selbst bei den wichtigsten Wahlen nur noch zwischen gut 40 % (Kongress) und knapp 50 % (Präsident). Um US-Präsident zu werden, reicht heute weniger als ein Viertel der Stimmen aller Wahlberechtigten aus.

Das hat noch eine weitere Konsequenz. Weil die Wahlbeteiligung je nach Einkommen und Bildungsabschluss erheblich variiert, wächst der Einfluss der Wohlhabenden und Reichen auch auf diesem Wege. Nach Daten des U.S. Census Bureau weist das obere Viertel der Erwerbstätigen eine Wahlbeteiligung von knapp 80 % auf, das untere knappe Fünftel dagegen eine von nur ungefähr 30 %. Damit stellt das obere Viertel fünfmal so viele tatsächliche Wähler wie das untere Fünftel. Zugespitzt formuliert genügen die Stimmen der oberen 25 % schon fast aus, um als Präsident gewählt zu werden.

Resümee

Alles in allem kann man die Entwicklung in den USA, aber nicht nur dort, treffend mit den Worten von Warren Buffett, dem zweitreichsten Mann der Welt, charakterisieren, der in seinem Aktionärsrundbrief 2004 kurz und knapp schreibt: „In Amerika wird ein Klassenkrieg geführt und meine Klasse gewinnt eindeutig.“ Wer wie Keller und mit ihr der gesamte Mainstream der funktionalistischen Eliteforschung einzig auf die Einsicht der Eliten setzt, wenn es um die Schaffung besserer Lebensbedingungen geht (Keller 1963: 279), und die Rolle der breiten Bevölkerung, der so genannten Masse, in diesem Prozess weitgehend passiv definiert, dürfte dementsprechend einer Illusion aufsitzen. Die herrschende Klasse wird den Spielraum, der ihr durch die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse geboten wird, in der Regel zu ihren Gunsten nutzen.

Anmerkung

- 1 Bei diesem Aufsatz handelt es sich um eine stark gekürzte und veränderte Fassung des Schlusskapitels aus Hartmann 2004

Literatur

- Becker, I./Hauser, R. 2003: Anatomie einer Einkommensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1969–1998. Berlin
- Beyme, K. v. 1971: Die politische Elite in der Bundesrepublik Deutschland. München
- Giddens, A. 1974: Elites in British Class Structure, in: Stanworth, P./Giddens, A. (Eds.): Elites and Power in British Society. Cambridge, 1–21
- Hartmann, M. 2001: Bildung und andere Privilegien, in: Kursbuch 143: Der Neid. Berlin, 39–53
- Hartmann, M. 2002: Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft. Frankfurt a. M.
- Hartmann, M. 2004: Elitesozioogie. Eine Einführung. Frankfurt a. M. (im Erscheinen)
- Henwood, D. 1998: Wall Street. How it works and for whom. London/New York
- Keller, S. 1963: Beyond the Ruling Class. Strategic Elites in Modern Society. New York
- Krugman, P. 2002: For Richer. The New York Times, October 20th
- Mills, C. W. 1962: Die amerikanische Elite. Gesellschaft und Macht in den Vereinigten Staaten. Hamburg
- Phillips, K. 2003: Die amerikanische Geldaristokratie. Eine politische Geschichte des Reichtums in den USA. Frankfurt a.M.

*Prof. Dr. Michael Hartmann, Technische Universität Darmstadt,
Institut für Soziologie, Residenzschloß, 64283 Darmstadt
E-Mail: Hartmann@ifs.tu-darmstadt.de*





Joe Kincheloe und Heinz Sünker

Begabungsideologie, Hegemonie der Eliten und Bildungspolitik

Angesichts der Reproduktion sozialer Ungleichheit mithilfe des Bildungssystems, bei steigender Bedeutung von Bildung für Individuen und Gesellschaft, stellt sich die Frage nach hegemonialen Strategien der Eliten und Ideologemen, die dies absichern (sollen). Abgesichert wird das herrschende System der Bildungsapartheid – am besten im deutschen dreigliedrigen, ständestaatlichen Ursprüngen entstammenden Schulsystem verkörpert – in entscheidender Weise durch die Ideologie der Begabung, mit der Einzelnen ihr gesellschaftlicher Platz zugewiesen wird. Diskutiert wird in diesem Artikel deshalb zum einen der gesellschaftspolitische, bildungsmäßig vermittelte, Ort dieser Strategie, zum anderen geht es um eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit Positionen der pädagogischen Psychologie, dem von ihr produzierten legitimatorischen wissenschaftlichen Schein.

I.

Bildung und soziale Ungleichheit

Angesichts der PISA-Ergebnisse, die einmal mehr die hohe soziale Selektivität – d.h. den Ausschluß größerer Bevölkerungsteile von Bildung – des deutschen Bildungssystems herausstellen, und dem Unwillen entscheidender Teile der herrschenden wie beherrschten Fraktionen im Rahmen einer Ursachenanalyse bildungspolitische Konsequenzen in einer Weise zu diskutieren, mit der sie die Analysen über die Reproduktionsfunktion des Bildungssystems für die Aufrechterhaltung von Klassenstrukturen und damit sozialer Ungleichheit ernstnehmen.¹, gilt es, der Frage nachzugehen, welche Ideologeme wie hegemoniale Strategien hier wirken. Denn erklärungsbedürftig ist, wie sich in Gesellschaften mit demokratischen Ansprüchen – bei Anerkennung der hohen Bedeutung von „Bildung“ für individuelle wie gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten – Systeme der Bildungsapartheid ohne größeren Widerstand haben durchsetzen und aufrechterhalten lassen.²

Am offensichtlichsten wird diese Bildungsapartheid vom dreigliedrigen deutschen System verkörpert, dem nicht allein die vormoderne, ständestaatliche Verankerung (Becker 1957: 27f.) eingeschrieben ist, das zudem auch noch die hegemonialen Interessen der privilegierten Eliten besonders deutlich zum Ausdruck bringt. Entscheidend ist dabei die Absicherung dieser Art von Berechtigungswesen durch Herrschende wie Beherrschte mithilfe der Ideologie der „Begabung“, mit der eine Zuweisung Einzelner zu den je besonderen Schulformen – auch „begabungsgerechte Auslese“ oder „Profilbildung“ genannt – verbunden ist.³

Vor diesem Hintergrund analysiert, „funktioniert“ Schule hierzulande im Sinne des Systemerhalts bestens; denn die Benachteiligten und Betrogenen schreiben sich (zumindest mehrheitlich bislang) ihre schulischen Misserfolge selber zu – unterstützt durch das Zeugnissystem, mit dem Auskunft gegeben werden soll über Leistungsstand und -fähigkeiten, vor allem aber Leistungsbereitschaft und -willen, damit konformes Verhalten, bewertet werden. Ginge es also realiter im Kontext der alteuropäischen Bildungstradition, in der von der Bildungsfähigkeit und Vernunftbegabung aller ausgegangen wird, in der Bildungsforschung um die Frage nach den Bedingungen der Produktion von „Dummheit“, so versteht diese es – vor allem in der Folge der Obsessionen ‚pädagogischer Psychologie‘, die sich den Anschein von Wissenschaftlichkeit gibt (s.u.) –, derartigen gesellschaftstheoretisch wie -politisch akzentuierten Fragen mehrheitlich auszuweichen. Dabei wäre es insbesondere praktisch wichtig wie machbar, die Systemlogik von Schule als Ausdruck einer „Winner-Loser-Logik“ in den differenten Konsequenzen – vor allem den lebensgeschichtlich katastrophalen – für alle Betroffenen aufzuschlüsseln (Aronson 2000).⁴

Das entscheidende „Einfallstor“ für den Erhalt des herrschenden bundesdeutschen dreigliedrigen Schulsystems, dessen Abschaffung allein die real existierende Klassenstruktur noch nicht überwände, gleichwohl die Chancen dazu verbessern könnte, stellt die Begabungsideologie dar, deren unwissenschaftlicher Charakter in den letzten Jahrzehnten zwar immer stärker herausgestellt wurde, die aber trotzdem in hegemonialen Auseinandersetzungen immer noch sehr wirksam und funktional ist. Mit dieser Ideologie, die in Deutschland wesentlich das Gymnasium absichert, legitimieren primär Oberschicht und Bildungsbürgertum – über dessen katastrophale Rolle in der deutschen Geschichte gesondert zu handeln wäre (vgl. Bollenbeck 1999) – im Kampf um knappe Güter, d.h. gesellschaftlich privilegierte Positionen, Einkünfte etc., ihre Wettbewerbsvorteile. Dabei handelt es sich um die schulisch vermittelte Absicherung von Statuszuweisungen in hegemonialen Kämpfen durch Zuschreibungen von Begabung, Intelligenz und Leistung, mit denen – wie bildungssoziologische Analysen zur hohen sozialen Selektivität des Schulsystems seit langem aufweisen – über Lebenschancen und Lebensqualitäten wie politisches Engagement bereits in einem sehr frühen Alter entschieden wird (vgl. Deutsches PISA-Konsortium 2001: 32).⁵

Gerade weil sich logisch wie politisch aus vorliegenden empirischen Bildungsforschungsergebnissen, in die auch die IGLU-Ergebnisse zu Schülerleistungen in der Grundschule einzubeziehen sind (Bos et al. 2003)⁶, die Forderung nach einem grundlegenden Strukturwandel im Schulsystem, d.h. nach einer „Einheitschule“, ergibt, um zunächst einmal systemimmanente „Leistungen“ – Bildungsniveau aller, Demokratiefähigkeit – einzufordern, ist ein Blick in bildungspolitische Debatten aus der Zeit der *ersten* Bildungsreform sinnvoll – dies nicht nur weil Erstaunliches zutage tritt, sondern auch, um weiter auf der Frage zu beharren, warum sich allen Erkenntnissen zum Trotz und angesichts der steigenden Bedeutung von Bildungsabschlüssen für Lebensläufe im Bildungssystem nichts verändert hat (vgl. Vester 2004).

„Begabung und Lernen“

Als 1968 der Deutsche Bildungsrat Gutachten zum Thema „Begabung und Lernen“ (Roth 1968) publizierte⁷, verband sich damit zum ersten Mal in der deutschen Diskussion eine weitgehende, öffentliche Entmythologisierung des „Begabungsbegriffes“ – u.a. durch die Aufnahme von Ergebnissen internationaler sozialwissenschaftlich orientierter Bildungsforschung. Roth hob in seiner Einleitung hervor, dass „in den Gutachten Pauschalbegriffe wie Begabung und Intelligenz nicht mehr die Rolle (spielen, d.V.), wie es vielleicht selbst noch der Fachmann erwartet. Der Zentralbegriff ist der Lernbegriff geworden, man könnte auch sagen: *ein neuer Begriff des Lernens*. Entsprechend treten in den Vordergrund Begriffe wie Lernfähigkeit, Lernprozeß, Lernerfahrungen, Lernzuwachs, Lernleistungen, Steuerung und Steigerung von Lernleistungen, Lehrverfahren usw. Der Begriff Lernfähigkeit bezieht sich noch am ehesten auf den Begabungsbegriff, aber auch er enthält schon, dass jedes weiterführende Lernen früher Gelerntes zur Voraussetzung hat. Insofern werden in allen Gutachten die erworbenen oder nicht erworbenen Lernvoraussetzungen wichtiger genommen als kaum präzise bekannte Variablen wie Begabung (im genetischen Sinne) oder Reifung“ (Roth 1968: 22).

Nicht wesentlich anders als das Deutsche PISA-Konsortium (2001) fast 35 Jahre später – allerdings ohne dessen neoliberale OECD-Semantik – formuliert Roth als Erkenntnisstand wie Perspektive, „dass die gesamte kulturelle Entfaltung der Person entscheidend von Lernprozessen abhängt, in die der Heranwachsende in der Schule und schon in seiner vorschulischen Umwelt verwickelt wird. Wie intensiv sich das individuelle Kind sich diesen Lernprozessen unterzieht, hängt wiederum von der allgemeinen Lern- und Leistungsmotivation ab, die Elternhaus und Schule in ihm aufzurichten und zu stabilisieren vermochten. Diese Lernprozesse sollten aber nicht einfach einen Schüler hervorbringen, der viel

aufnimmt und *weiß*, sondern jenen Schüler, der auch selbständig, produktiv und kritisch *denkt*“ (Roth 1968: 36).⁸

In seinem Gutachten „Sozialisation und Schulerfolg“ nimmt Mollenhauer diesen Faden auf und formuliert zusammenfassend:

„Die Lernfähigkeit von Kindern und ihr Leistungsniveau sind abhängig von verschiedenen Variablen, die den Sozialisationsprozeß standardisieren. Durch ihr Zusammenwirken bringen sie Dispositionen im Kinde hervor, die als kollektive *Chancen-Unterschiede* begriffen werden müssen. Die Lernfähigkeit des Kindes, als ein Aspekt seiner ‚Begabung‘, unterliegt damit einer Reihe von Bedingungen, die für die Unterschicht sich relativ beschränkend, für die Mittelschicht sich relativ fördernd auswirkt. Die restriktiven Bedingungen, die im *Sozialisationsprozeß* wirksamen ‚Begabungs‘-Barrieren, sind vornehmlich in sozio-ökonomischen Bedingungen, Wertorientierungen, Erziehungspraktiken und familienstrukturellen Merkmalen zu suchen“ (Mollenhauer 1968: 292).

Die Einsicht in die Bedeutung „gesellschaftlicher Strukturen“ (1968: 294) für verschiedene Dimensionen der Bildungsfrage führt Mollenhauer auf der Basis seines Demokratisierungsinteresses zu der Schlussfolgerung:

„Im Hinblick auf die Veränderung der Sozialisationsbedingungen scheinen – trotz der im Vergleich zur Organisation schulischer Lernprozesse weit größeren Schwierigkeiten – einige Folgerungen möglich. Die entscheidende Schwierigkeit besteht darin, dass die Praktiken des Umgangs mit Kindern derart mit Persönlichkeitsstrukturen, Wertorientierungen und – durch diese hindurch – mit sozialen und ökonomischen Lagen verknüpft sind, dass tatsächliche und allgemein wirkungsvolle Veränderungen nur in dem Maße zu erwarten sind, in dem zugleich diese *sozialen* und *ökonomischen Lagen* sich verändern“ (1968: 292).

Begabungsideologie und Hegemonie

Mit Bezug auf diesen Erkenntnis- wie Diskussionsstand muten die Inhalte – und damit *de facto* Mängel – in gegenwärtigen bildungspolitischen Debatten umso merkwürdiger an. Will man nicht a priori simplen „Volksverdummungsthesen“ folgen⁹, so gilt es, Interessen aufzuschlüsseln, die Analyse hegemonialer Strategien – und zugleich die ideologischer Positionierungen – voranzutreiben.¹⁰

Im Kern geht es (in) der herrschenden gesellschaftspolitischen Strategie – von der wissenschaftstheoretische wie -politische Fragen erst einmal abzutrennen sind (s.u.) – um die Interessensvertretung derjenigen, die klassenstrukturell bevorzugt, ihre Position der Vorteilsnahme als legitim zu verkaufen trachten. Dazu bietet sich die Begabungsideologie – als eine Variante der „nature-nurture“-Debatte¹¹ – in Deutschland vor dem Hintergrund der Geschichte von Autoritarismus, Eugenik und Rassenhygiene offensichtlich besonders gut an¹², lässt sich doch im Alltagsbewußtsein „begabt“ mit „intelligent“ und „hochwertig“ verbin-

den.¹³ Solange die Mehrheit derer, die das Gymnasium besuchen, glaubt, infolge der eigenen „Begabung“ dahin zu gehören wie umgekehrt die der Hauptschüler die eigene Stellung mit „Dummheit“ verknüpft, nützt es erst einmal auch wenig, dass diese mystifizierte Bewusstseinsform durch fortgeschrittene evolutionstheoretische Erkenntnisse zu widerlegen ist¹⁴; es bedarf u.E. der öffentlichen Debatte und Auseinandersetzung. Denn die Erkenntnis, menschliche Gleichheit sei ein geschichtlich kontingentes Faktum, Gleichheit also kein Axiom: „sie ist weder ein ethisches Prinzip (obwohl gleiche Behandlung eins sein könnte) noch stellt sie Normen sozialen Handelns auf. Sie ist ganz einfach das Ergebnis der Entwicklungsgeschichte des Menschen“ (Gould 1995: 154), verweist einmal mehr auf die gesellschaftspolitische Verortung und hegemoniale Instrumentalisierung der Begabungsideologie, die von der natürlichen Ungleichheit der Menschen ausgeht – interessant ist nur, dass Eliten samt Abkömmlingen immer zu den „Begabten“ gehören (wollen).

Die Basis dieser hegemonialen Strategie bildet das Zusammenspiel von einer Politik der Schließung, um sich – vor allem auch angesichts der gesteigerten Bedeutung von Bildungszertifikaten¹⁵ – unliebsame Konkurrenz vom Halse zu halten, mit der unmittelbar in die Begabungsideologie eingelassenen Ideologie der „Exzellenz“ (s. Fischer/Mandell 1994).¹⁶

II.

Konstrukte pädagogischer Psychologie und Gesellschaftspolitik

Pädagogische Psychologie – in ihrer Mainstream-Gestalt – und Psychometrie dienen als weitere wichtige ideologische Hilfsmittel zur Aufrechterhaltung der herrschenden Machtverhältnisse, werden sie doch strategisch in gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen genutzt, um die „Intelligenz“ der Privilegierten und die „Defizienz“ sozialer und politischer Randgruppen zu validieren. Die Einsicht in die Fragmentierung moderner Identität und damit verbunden, die Erkenntnis der Notwendigkeit, Fragen von Begabung und intellektuellen Fähigkeiten zu kontextualisieren, führen eine kritische Psychologie dazu, menschliche Sozialität als fundamental für die Konstitution des „Selbst“ zu verstehen.¹⁷ Dies kritische Verständnis veranlasst uns zur Einschätzung, dass das Ich niemals vollkommen, sondern stets im Prozess ist, sich zu formen und durch sozio-kulturelle, symbolische und ideologische Bereiche geformt zu werden. In diesem Zusammenhang ersetzt eine kritische Psychoanalyse den Begriff des „Selbst“ – mit seiner Implikation von Autonomie und Einheit – durch den Begriff „Subjekt“ – mit seinem Hinweis auf die Entstehung des Selbst durch seine Wechselwirkung mit der Außenwelt.

Vor diesem Hintergrund muss die Entwicklung geistiger Tätigkeiten auf eine große Vielfalt von Faktoren zu beziehen sein, einschließlich der Kontextanalyse, der bewussten und unbewussten Produktion von Subjektivität, der subtilen Dynamik interpersoneller Interaktion und der Position eines Einzelnen oder einer Gruppe im Netzwerk der Realität. Einfach ausgedrückt erstreckt sich der Geist – im Gegensatz zu den Erklärungen von Befürwortern der Begabten- und Talentier-tenpädagogik für die Elite – über die Haut des Menschen hinaus. Intelligenz, Gedächtnis und Denkvermögen sind nicht einfach nur Besitztümer von Einzelnen – sie sind immer soziale wie politische Prozesse. Mit dieser Erkenntnis wird die Primitivität psychometrischer IQ-Tests, ihrem Messen von kultureller Vertrautheit mit westlicher Ausbildung und sprachlicher Sozialisation offen gelegt.

In diesem Rahmen bezieht eine kritisch-theoretische Auseinandersetzung mit der Psychologie die Kritik an psychologischem Wissen, dessen Autorität, und an dem Paradigma, in dem es entsteht, mit ein. Das herkömmliche psychologische Paradigma hat etwa die Geschichten, Erfahrungen und das alltägliche Umfeld kultureller und politischer Randgruppen stets außer Acht gelassen. Durch eine kritische Bewertung der Psychologie und ihrer elitären Annahmen entsteht Raum, um den Eurozentrismus dieser Wissenschaft und die Art der Produktion psychologischen Wissens miteinander zu konfrontieren. Sie stellt das monokulturelle Wertesystem herkömmlicher Psychologie, damit den Standpunkt einer positivistischen Epistemologie, welche den Verstand in bestimmten interpretativen, hermeneutischen Formen von Wissen darstellt, in Frage. Derartige epistemologische Orientierungen hindern Wissenschaftler daran, die sozio-psychologische Welt in kritischer Weise zu erforschen, indem sie die psychologischen Prozesse in Zusammenhang mit deren breiteren Kontext bringen, wodurch scheinbar isolierte und abstrakte Phänomene an Bedeutung gewinnen (vgl. Kincheloe/Steinberg/Villaverde 1999).

Eine solche Herangehensweise führt zu einer Psychologie, die sich einer fehlgeleiteten Vorstellung von Individualisierung schuldig macht, indem sie von der notwendigen Vergesellschaftungsanalyse absieht.¹⁸ Eine Kritik der Cartesianisch-Newtonschen Lehre lehnt diese Form von Individuation und die Theorie des autonomen, vernünftigen Subjekts, auf die diese aufbaut, ab. Fest im Epizentrum des positivistischen Universums verankert, hat dieses besitzergreifende, egozentrische Individuum einzelne wissenschaftliche Sichtweisen in einem Maße verdorben, dass die Offenlegung von Unterschieden ausgeschlossen wird. Die kognitive Psychologie, die in dieser epistemologischen wie ontologischen Galaxie operiert, betont diesen Individualisierungsimpuls, indem sie das Individuum als unproblematische Einheit für die wissenschaftliche Analyse voraussetzt (vgl. Kincheloe/Steinberg/Hinchey 1999). In diesem Kontext wird das Lernen lediglich zu einem Prozess von Aufnehmen des Vorgegebenen, obgleich doch Pädagogik eine Frage von Übertragung und Aufnahme ist. Eine solche Sichtweise zieht

eine klare Grenze zwischen dem Inneren und Äußeren des Verstandes – Schüler in dieser Epistemologie und der mit ihr verbundenen Lerntheorie nehmen Informationen von außerhalb ihrer selbst auf. Diese Vorstellung vom Verstand errichtet Zäune zwischen uns und anderen Menschen, zieht Grenzen zwischen unseren wechselseitigen emotionalen Bedürfnissen; tatsächlich: bruchstückhaftes Wissen zerbricht die Gesellschaft.

Marginalisierung durch Psychologisierung

Das Versagen der Psychologen, die soziale Struktur des Selbst zu begreifen, führt zu einer Reihe von Problemen, besonders für diejenigen, welche weniger einflussreichen Randgruppen angehören. Ohne eine solche Kontextualisierung sind die Verhaltensweisen sozio-ökonomisch Unterlegener, die möglicherweise den strukturellen Druck, unter dem sie handeln müssen, widerspiegeln, für Menschen mit dominantem kulturellem Hintergrund oft nicht nachvollziehbar. Hinzu kommt, dass Männer und Frauen der Mittelschicht häufig glauben, sozio-ökonomischer Erfolg sei das Ergebnis persönlichen Verdienstes und soziale Hierarchien repräsentierten die natürliche Verteilung von biologisch bedingten Verstandesleistungen. Derartige individualisierte Glaubenssysteme privilegierter Gesellschaftsmitglieder dienen dazu, die Vorteile, die sich aus der Zugehörigkeit zur Oberschicht ergeben, zu vertuschen. Die gleiche Art, Elitismus durch Individualisierung zu verbergen, hat auch auf die westlichen Kognitionswissenschaften übergegriffen. Ein derart verborgener Prozess ermöglicht einer Begabtenpädagogik, die Chimäre zu unterstützen, Begabung sei ein ausschließlich individuelles und nicht ein gesellschaftlich konstruiertes Phänomen.

Der Verstand, so die Behauptung der *Mainstream-Kognitionswissenschaftler*, ist ein „Softwareprogramm“, das unabhängig von sozio-historischen Einflüssen erforscht werden kann, indem es in seine Einzelteile zerlegt wird und diese dann je für sich analysiert werden – eine schnelle und saubere Methode der Analyse, die Störungen durch das „Durcheinander“ sozio-kultureller Kontextualisierung verhindert. Dieses „Durcheinander“ schließt Reizthemen wie soziale Werte oder Politik und die Schnittpunkte zwischen Biologischem (Individuum) und Kollektiv mit ein. Die individualisierte Psychologie befasst sich also mit der Maschine (dem Verstand), jedoch nicht mit den Dingen, für welche sie im sozialen Kosmos des ideologischen Konflikts und der politischen Aktivität benötigt wird (vgl. Kincheloe 1999a). Psychologen und Lehrer erhalten meist eine Ausbildung zu Technikern, sind gezwungen, aus eigenem Antrieb und außerhalb ihrer beruflichen Ausbildung eine kritische und kontextualisierte Weltsicht zu erwerben.

Diese Dekontextualisierungsprozesse betreiben eine Psychologisierung kognitionswissenschaftlicher Studien oder der Bildung von Subjektivität, indem die

Analyse solcher Phänomene lediglich als psychologische Prozesse vorgenommen wird, nicht aber gleichermaßen als psychologische, soziologische, politische, ökonomische und weitere Prozesse. Jean Piaget dekontextualisierte seine Studien an Kindern, indem er bei seinen Beobachtungen und Analysen die Fragen des kulturellen Hintergrundes oft beiseite räumte. Entwickelten sich Kinder in außer-europäischen Kulturen in gleicher Weise? Zu anderen historischen Zeiten? Die Entwicklung von Kindern wurde in Piagets Werk nicht unter diesen Gesichtspunkten erforscht. Bei dem Versuch, menschliches Politikverhalten zu ergründen, vernachlässigten moderne Politikwissenschaftler häufig die Beobachtung politischer Überzeugungen und Handlungen im Kontext von Begierde und anderen Emotionen und konzentrierten sich statt dessen auf rationale Antriebe.

Eine solche Abstraktion wie Dekontextualisierung hat die weitergehende Bemühung untergraben, derartigen Aktivitäten Sinn zu verleihen. Pädagogikstudenten nähern sich dem Thema Schule, indem sie diese als etwas betrachten, das außerhalb eines kulturellen, sprachlichen oder politisch-ökonomischen Kontextes liegt. Tatsächlich beruht in den USA das Bildungssystem auf der modernistischen Überzeugung, Wissen könne dekontextualisiert werden. Nur in einem solchen dekontextualisierten Bereich können Intelligenztests als objektives, sauberes Messinstrument anerkannt werden. Darüber hinaus können nur in diesem Rahmen „Begabung“ und Begabtenpädagogik auf simple Weise als Phänomen individueller Verstandesfähigkeit angesehen werden. Um den psychologischen, pädagogischen, sozialen und politisch-ökonomischen Status quo zu bewahren, müssen kontextuelle Einsichten von den Bemühungen ferngehalten werden, kognitive und pädagogische Prozesse zu verstehen.

Die Hierarchien des Verstandes

Durch Verwendung diverser sozio-psychologischer Forschungsansätze erlangen kritische Bewusstseinsforscher neue Blickwinkel, von denen aus Erkenntnis und Intelligenz einen Sinn ergeben. So kann Lacans Psychoanalyse, in der es darum geht, wie soziale Institutionen die individuelle Subjektivität formen, für pädagogische Psychologen, die die schwer erkennbare Weise, in der Bildung und Erziehung das Bewusstsein der Schüler beeinflussen, erforschen wollen, unentbehrlich sein. Der Vygotskische Kognitivismus macht eben diesen Psychologen bewusst, inwieweit soziale Beziehungen und kulturelle Hintergründe nicht nur Einfluss auf die Entwicklung des Gehirns, sondern vielmehr ihren Ursprung im Gehirn selbst haben. Wenn die Ergebnisse der Psychometriker derartige kulturelle Beurteilungen nicht einschließen, werden diese Mess- und Wertungsspezialisten kein Problem mit standardisierten Lehrbüchern haben, deren Verfasser aus einem einzigen Kulturkreis stammen. Sie mögen fragen: „Wo liegt das Problem?“,

Intelligenz bleibt Intelligenz, Begabung bleibt Begabung, ganz gleich, wo sie vorkommt.¹⁹

Da Psychologie einen wichtigen Aspekt der sozialen und politischen Welt darstellt, trägt dieser Wissenschaftszweig gesellschaftliche Verantwortung. Die sozio- kulturellen Kräfte, die psychologische Funktionen formen, machen uns nicht nur auf methodologische Charakteristika einer wissenschaftlich fundierten Konversation aufmerksam – aus einer kritische Perspektive konzentrieren sie unsere Aufmerksamkeit auf den menschlichen Schaden, den die kulturelle Blindheit der Berufspsychologen verursacht. Wenn kulturelle Unterschiede beispielsweise mit mangelnder Intelligenz oder krankhaftem Verhalten verwechselt werden, kommen schwerwiegende ethische Fragen auf. Gleichzeitig kann großes Unrecht gerechtfertigt werden, wo soziale Privilegien mit Begabung verwechselt werden.

Nehmen wir Lacans Sicht der positivistischen Vorstellung eines inneren „authentischen“ Ich als eine Fiktion an und gehen davon aus, dass es kein biologisches Schema gibt, welches das Verhalten vorprogrammiert, so werden wir schwerlich Piagets Entwicklungstheorie anerkennen können. Eine kritische Psychologie hinterfragt die Erkenntnisse, auf denen die Entwicklungspsychologie aufgebaut ist, vorausgesetzt es gibt 1) keine vorbestimmten Stufen der menschlichen Entwicklung, die unabhängig von der persönlichen Geschichte eines Menschen oder seiner Zugehörigkeit zu (einer) sozialen Gruppe(n) bestehen, und 2) keine genetisch vorprogrammierten Stufen intellektueller Reifung. Die Taxonomien der Kognitionswissenschaften und der Pädagogik sind lediglich heuristische Werkzeuge, um das Verständnis zu erleichtern – nicht, wie viele annehmen, Beschreibungen einer vollkommen eigenständigen Realität. Tatsächlich erkennt die postformale Psychologie nichts Falsches an Piagets Bemühungen, Muster im Kindheitswachstum zu erkennen, an William Perrys Versuch, gemeinsame Ebenen in Denkweisen Erwachsener zu erkennen oder an Freuds Trennung von Syndromen und Krankheiten (vgl. Kincheloe 1999b). Bei solch einer akademischen Arbeitsweise gibt es keine Schwierigkeiten, solange die Theoretiker und ihre treue Gefolgschaft die gewonnenen Erkenntnisse nicht als die Wahrheit ansehen. Die Werke von Piaget, Perry und Freud sind lediglich Konstrukte, die zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Orten für Menschen in spezifischen kulturellen wie historischen Konstellationen erdacht wurden.

Lev Vygotsky machte uns auf diese Probleme der Verdinglichung und Universalisierung des kognitiven Theoretisierens aufmerksam. Indem er sich für eine gesellschaftliche Kontextualisierung aussprach, lenkte Vygotsky sein Augmerk darauf, wie kognitive Entwicklung sich realisiert – anstatt sich der Stufentheorie zu widmen. Entwicklung ist sehr viel komplexer, in ihrer Entfaltung verändert sie sich ständig. Tatsächlich sieht eine postformale kognitive Psychologie das

kognitive Wachstum als eine dynamische Hermeneutik, als eine kulturell vermittelte Erzeugung von Sinn und Produktion von Wissen, die ein Leben lang andauert (vgl. Kincheloe/Steinberg 1999). Durch eine solche Rekonzeptualisierung entstehen schwerwiegende Folgen für die Pädagogik allgemein und Begabtenprogramme im besonderen, da sie traditionelle entwicklungstheoretische Vorstellungen, welche die Schüler in ihren natürlichen Entwicklungsphasen leiten sollen, verwerfen. Vygotsky behauptete, dass die Ausbildung der „kognitiven Entfaltung“ der Kinder nicht auf einen genetisch vorprogrammierten Endpunkt zusteure.

Vor diesem pädagogischen Hintergrund betrachtet die postformale Psychologie den Schaden, den die Überzeugungen der Kognitionswissenschaften in Bezug auf die entwicklungsbezogene Eignung von Menschen aus ökonomischen und kulturellen Randgruppen angerichtet haben. Überladen mit einem ethnozentrischen und klassenbasierten Konzept, demzufolge Kinder sich in jedem Alter im spezifischen Entwicklungsstadium befinden sollten, fehlt dem allgemeinspsychologischen Diskurs das Verständnis für die verheerenden Auswirkungen, die Armut, Rassismus und andere Formen der Benachteiligung im Leben von Kindern haben. Mit dem Argument, die Erfahrungen von Schülern, die „entwicklungsgestört“ seien, zu ordnen, überstrukturieren kompensatorische Programme den Schulalltag von Schülern aus Randgruppen so sehr, dass das wichtige selbsttätige Spiel und andere Aktivitäten eliminiert werden. Im Namen der Bereitstellung einer besonders förderlichen Begabtenpädagogik sichert die Elitenpädagogik privilegierten Schülern maximale Vorteile und hohe Erwartungen. Eine kognitive Psychologie produziert und perpetuiert durch Etikettierung sowie pädagogische Rezepte ein pädagogisches Kastensystem – eine Hierarchie abgesichert durch Wissenschaft und damit immun gegen ernsthafte Hinterfragung.

Perspektiven

Immunsierungsstrategien als wesentliche Elemente in hegemonialen Kämpfen sollen positionelle Vorteile derjenigen unterstützen, die mithilfe ihrer Privilegierung schon immer – klassenstrukturell verankert – eine Politik der Schließung, damit den Ausschluß von Konkurrenz in einer angeblich auf Konkurrenz ausgerichteten Gesellschaftsformation, in allen gesellschaftlich relevanten Bereichen zu betreiben suchen.

Im Bildungsbereich wird dies heute erneut deutlich: Die Reproduktion sozialer Ungleichheit mithilfe des Bildungssystems widerspricht allen Demokratiepостulaten und macht gerade auch in den Konsequenzen für Einzelne wie Gesamtgesellschaft deutlich, wie notwendig die Aufnahme der Aufklärungstradition und ihrer Forderung nach einer Bildung aller ist (vgl. v. Friedeburg 1994). Die „ver-

heerende Bildungsgerechtigkeit in der Bundesrepublik“ (v. Friedeburg 1994: 23), die nur den Interessen sich hegemonial aufführender „Eliten“ dient – auch Ausdruck des „Klassenkriegs von oben“ (Chomsky) wie einer verschärften Konkurrenz²⁰ ist –, aber Folgen für die Lebens- und Politikqualität aller hat, kann nur mit einer Bildungspolitik überwunden werden, die die Bildung aller in einem allgemeinen Interesse ermöglicht.²¹

Auch wenn eindeutig festzustellen ist, dass „Bildung kein selbständiges revolutionäres Movens“ ist (Heydorn 1994/95: IV, 62), gilt es doch festzuhalten, dass Bildung „einen eigenen verändernden Beitrag (leisten kann, H.S.), der unauswechselbar ist. Dieser Beitrag darf nicht aus der Institution zurückgezogen werden, er kann auf gleiche Weise an keiner anderen Stelle geleistet werden“ (Heydorn 1994/94: IV, 141). Daraus folgt: Demokratische Bildung und die Bildung der Demokratie (Sünker 2003: Kap. X) korrespondieren miteinander, Bildungsprinzip und kapitalistische Formbestimmtheit von Selektion widersprechen einander.

Anmerkungen

- 1 Einen Überblick über die internationale Diskussion geben die Beiträge in Sünker/Timmermann/Kolbe (1994); zusammenfassend für die deutsche Situation Sünker (2003:Kap. I; s. weiter v. Friedeburg 1989); zu Ergebnissen empirischer Klassenanalyse für Deutschland s. Vester et al. (2001).
Zu Fragen der gesellschaftsanalytischen Konzeptualisierung von „Reproduktion“ s. Connell (1983); Scherr (1984).
- 2 Dabei zeigt sich im internationalen Vergleich, dass die Bildungssysteme strukturell unterschiedlich ausfallen – etwa BRD: dreigliedrig; USA: vom Ansatz her comprehensive school, unterlaufen durch eine immer stärkere Privatisierung –, dies aber erst einmal nichts an der grundlegenden Reproduktionsfunktion ändert.
- 3 Für Bewusstsein wie Haltung von Herrschenden wie Beherrschten ist dabei heute wichtig, dass beide die bestehenden Verhältnisse akzeptieren: a) „Dominants are taught to think of themselves as superior to subordinates in order to justify their control over them“ (Kincheloe/Steinberg 1997: 23); b) Jeder ist seines Glückes Schmied; dies verspricht „das liberale Credo, das den freien Wettbewerb an die Stelle von Gottesurteil und Gnadenwahl gesetzt, in der Praxis also: menschlichen Wert abhängig gemacht hat von ökonomischer Bewährung. Tritt jenes Glück nicht ein, so darf der Verstoßene die Ursache nicht mehr außerhalb seiner suchen. Das Unglück wird, je tiefer er sich die ökonomisch-moralische Prämisse zu Eigen gemacht hat, desto tiefer zur Frage seiner persönlichen schuld“ (Muschg 1977: 153f.).
- 4 Aus der Sicht der Benachteiligten immer noch sehr lesenswert Wünschens „Die Wirklichkeit des Hauptschülers“ (1972); analytisch nach wie unübertroffen ist Willis Studie (1979) „Spaß am Widerstand“, deren Originaltitel „Learning to Labour. How working class kids get working class jobs“ auf Zusammenhänge zwischen Reproduktionsstrategien, Handeln und Zuweisungsmechanismen aufmerksam macht.

- Vgl. weiter zusammenfassend Fend (1980: 374f.): „Nach unseren Forschungsergebnissen führt die derzeitige Organisation des Bildungswesens bei fast einem Drittel aller Schüler zu einer stabilen *Lernabneigung* bis hin zu einer *Lernneurose*. Für etwa 20 % der Schüler impliziert der Schulbesuch eine langdauernde Leidensgeschichte mit *Insuffizienzgefühlen* und einer langen Kette von *Bedrohungerlebnissen*.“
- 5 Gesellschaftsanalytisch lässt sich hier ein Bogen spannen von Offes „Leistungsprinzip und industrielle Arbeit“ (1970) bis zu Hartmanns „Mythos von den Leistungseliten“ (2002).
 - 6 Allerdings sind inzwischen die GrundschullehrerInnen, nachdem die klassenspezifische „Qualität“ der Empfehlungen für weiterführende Schulen erkannt wurde, ihrer „Unschuld“ entkleidet worden; vgl. exemplarisch die Headline der Frankfurter Rundschau v. 28.1.04 (S. 1) zum Thema: „Herkunft entscheidet über Bildungschancen, nicht Leistung“.
 - 7 Fortgesetzt wurde dies mit den Gutachten des zweiteiligen Bandes „Bildungsforschung“ (Roth/Friedrich 1975).
 - 8 Angesichts dieser Perspektive ist aber zu bedenken, was Mollenhauer in seinem Gutachten zu Lehrern schreibt: „Aus mehreren Untersuchungen ergibt sich übereinstimmend, dass Lehrer eher geneigt sind, durchschnittlich leistungsfähige Schüler höher einzuschätzen als hoch kreative. Auch wenn kreative Schüler gute Schulleistungen zeigen, sind sie bei Lehrern nicht beliebt“ (1968: 288). Auf die damit angedeutete Konformitätsproblematik verweist analytisch weitergehend McLaren (1993: Kap. 3); zu den konzeptionellen Debatten um Lehrerbildung s. Kincheloe (1993); Sünker (2000).
 - 9 Obwohl Chomsky mit seiner Darstellung der Strategie der „pedagogy of lies“ (2000) aufweist, wie auch mithilfe simpler Lügen von herrschender Seite Politik gemacht, d.h. Legitimation zu produzieren gesucht wird.
 - 10 Ein gelungenes Beispiel für eine derartige Analyse bietet Ehrenreichs „Angst vor dem Absturz“ (1992); vgl. weiter zu strategischen Allianzen von Neoliberalen und Neokonservativen in hegemonialen Kämpfen Apple (1997).
 - 11 Zu deren Rahmung, die auch für die deutsche Szene gilt s. Gould (1995: 258): „In Wahrheit geht es um den Gegensatz biologischer Möglichkeiten und biologischer Determinanten. Wir sind Interaktionisten, wir erkennen den mächtigen Einfluß der Biologie auf das menschliche Verhalten an. Doch Deterministen wie Arthur Jensen oder Premierminister Lee (...) benutzen die Biologie, um eine Theorie der Begrenzungen zu konstruieren“. S. weiter aus entwicklungspsychologischer Sicht auf die Debatte Rutter (2002).
 - 12 S. dazu die Einschätzung von Bourdieu (2001: 102f.): „Der Mythos von der ‚natürlichen Begabung‘ und der Rassismus der Intelligenz stehen heute im Zentrum einer von sämtlichen Herrschenden über alle erklärten ethischen oder politischen Differenzen hinweg zutiefst geteilten Sozioidzee, die die (von Bildungsinstitutionen gemessene) ‚Intelligenz‘ zum obersten Legitimationsprinzip erhebt und Armut und Scheitern – in einer ‚Leistungsgesellschaft‘ in der Erfolg alles bedeutet – nicht mehr auf Faulheit, Leichtsinns und Lasterhaftigkeit zurückführt, sondern auf Dummheit“. Abgetrennt davon wäre über den „Bildungsdünkel“ des Kleinbürgertums, dessen humanistische Phraseologie, gesondert zu handeln (s. Bourdieu 1984: 707–719).
 - 13 Gleichwohl ist dies keine deutsche Besonderheit; nur bietet sich der Faschismus als Bezugspunkt auch für vergleichende Analysen in besonderer Weise an, s. Kincheloe/Steinberg zu US-Verhältnissen (1997: 38ff); zur deutschen Geschichte Peukert (1988).

- 14 Vgl. in diesem Kontext auch die zusammenfassende Darstellung der Forschungsergebnisse zum Verhältnis Gene -Umwelt bei Tomasello (2002.250): „Die Tatsache, dass die Kultur ein Produkt der Evolution ist, bedeutet nicht, dass jedes ihrer besonderen Merkmale seine eigenen genetischen Grundlagen hat. Dafür stand nicht genügend Zeit zur Verfügung. Ein plausibleres Szenario wäre, dass alle menschlichen kulturellen Institutionen auf der biologisch vererbten, sozio-kognitiven Fähigkeit beruhen, soziale Konventionen und Symbole zu schaffen und zu benutzen. ... Der Wunsch, die mühevollen empirischen Arbeit zu umgehen, die notwendig ist, um den Verlauf dieser zwischengeschalteten Prozesse zu verfolgen, die zwischen dem menschlichen Genotyp und Phänotyp liegen, hat eine verführerische Kraft und führt zu Formen des allzu einfachen genetischen Determinismus, der heute große Teile der Sozial-, Verhaltens- und Kognitionswissenschaften durchzieht“.
- 15 Dabei macht Hartmann (2002) in seiner Studie über Reproduktionsstrategien der herrschenden Fraktion der herrschenden Klasse deutlich, dass in diesen Kreisen Bildungszertifikate nicht hinreichend für entsprechende Karrieren sind.
- 16 Zu den gesellschaftlichen Kosten der Exzellenzideologie im Bildungsbereich s. Fritzberg (1999).
Der Grundstein für die folgenden Karrieren und den darin enthaltenen Elitismus findet sich heute bereits in der „richtigen“ Auswahl vorschulischer Institutionen; s. zur angelsächsischen Entwicklung die anschauliche Studie von Vincent/Ball/Kemp (2004). Zum Zusammenhang von Klassenlage und Studienwahl s. Schölling (2004).
- 17 Zur Analyse der Konstitutionsbedingungen vom ‚Selbst‘ und der Bedeutung schulischer Interaktionsprozesse s. die Studie von Wexler (1994).
- 18 Zu einer derartigen Analyse s. Lefebvre (1972: 60, 1987: 153ff); zum eingeschlossenen Verhältnis von Alltagsleben und Kritik der politischen Ökonomie s. seinen methodologischen Hinweis: „La critique de la vie quotidienne implique et enveloppe la critique de l'économie politique au sens de Marx et cherche à atteindre l'homme social qui se base sur l'activité économique et de la débordé (1989 : 604).
- 19 Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass zu Zeiten der ‚ersten‘ Bildungsreform vielfältige Debatten über die Fairness von IQ-Tests stattfanden.
- 20 Dies hat Keller/Vahrenkamp (1974) bereits vor 30 Jahren dazu geführt, von der „Diplomierung der degardierten Kleinbourgeoisie“ zu sprechen.
- 21 Zur historisch-systematischen Einordnung in der deutschen Geschichte des 19. Jh. s. v. Friedeburg (1994: 19): „Der Kunstgriff bestand in der künstlichen, also gesellschaftlichen Beschränkung des Zugangs zur höheren Bildung, um die begrenzte Zahl der höheren Positionen in der Gesellschaft für die Angehörigen der Oberschichten, ergänzt durch sorgfältig ausgewählte Bildungsbürger, zur Verfügung zu halten. Nicht anders in der Methode, nur im Interesse anderer Gruppen und anderer Ideologien verfahren die Parteidiktaturen unseres Jahrhunderts“; zur Tradition allgemeiner Bildung und Bildung aller s. Tenorth (1994).

Literatur

- Apple, Michael 1997: Dominance and Dependency: Situating *The Bell Curve* within the Conservative Restoration, in: Kincheloe/Steinberg/Gresson, 51–70
- Aronson, Elliot 2000: Nobody left to hate. Teaching Compassion after Columbine. New York
- Bollenbeck, Georg 1999: Tradition, Avantgarde, Reaktion. Deutsche Kontroversen um die kulturelle Moderne 1880 – 1945. Frankfurt/M.
- Bos, Wilfried et al. 2003: Erste Ergebnisse aus IGLU. Schülerleistungen am Ende der vierten Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich. Münster/New York
- Bourdieu, Pierre 1984: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/M.
- Bourdieu, Pierre 2001 : Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft. Frankfurt/M.
- Chomsky, Noam 2000: Chomsky on MisEducation. Lanham
- Connell, Robert W. 1983: Which Way Is Up? Essays on Class, Sex & Culture. Sydney
- Deutsches PISA-Konsortium (Hg.) 2001: PISA 2000. Opladen
- Ehrenreich, Barbara 1992 : Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse. München
- Fend, Helmut 1980: Theorie der Schule. München
- Fischer, Frank/Mandell, Alan 1994: Bildungspolitik und die postindustrielle Transformation: "Excellence" als technokratische Ideologie, in: Sünker et al., 120–144
- Friedeburg, Ludwig v. 1989: Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch. Frankfurt/M.
- Friedeburg, Ludwig v. 1994: Bildung zwischen Aufklärung und Anpassung. Frankfurt/M.
- Fritzberg, Gregory 1999: In the Shadow of „Excellence“: Recovering a Vision of Educational Opportunity for all. San Francisco
- Gould, Steven J. 1995: Das Lächeln des Flamingos. Frankfurt/M.
- Hartmann, Michael 2002: Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft. Frankfurt/M.
- Heydorn, Heinz-Joachim 1994/95: Werke. Bd. I-IV. Bildungstheoretische und pädagogische Schriften 1949–1994, hg. v. I. Heydorn et al. Vaduz
- Keller, Monika/Vahrenkamp, Richard 1974: Die Illusion des Spätkapitalismus. Bildungsboom und Tradition. 1. Teil, in: Neues Forum, 38–51
- Kincheloe, Joe 1993: Toward a Critical Politics of Teacher Thinking. Westport/London
- Kincheloe, Joe 1999a: The Foundations of a Democratic Educational Psychology, in: ders./Steinberg/Villaverde, 1- 26
- Kincheloe, Joe 1999b: Trouble ahead, Trouble Behind: Grounding the Post-formal Critique of Educational Psychology, in: ders./Steinberg/Hinchey, 4 – 54
- Kincheloe, Joe/Steinberg, Shirley/Villaverde, Leila (eds.) 1999: Rethinking Intelligence. Confronting psychological assumptions about teaching and learning. New York/London
- Kincheloe, Joe/Steinberg, Shirley 1997: Who Said It Can't Happen Here?, in: dies./Gresson, 3–47
- Kincheloe, Joe/Steinberg, Shirley 1999: A Tentative Description of Post-formal Thinking: The Critical Confrontation with Cognitive Theory, in: dies./Hinchey, 55–90

- Kincheloe, Joe/Steinberg, Shirley/Gresson, Aaron (eds.) 1997: *Measured Lies. The Bell Curve Examined*. New York
- Kincheloe, Joe/Steinberg, Shirley/Hinchey, Patricia (eds.) 1999: *The Post-formal Reader. Cognition and Education*. New York/London
- Lefebvre, Henri 1972: *Das Alltagsleben in der modernen Welt*. Frankfurt/M.
- Lefebvre, Henri 1987: *Kritik des Alltagslebens. Mit einem Nachwort zu dieser Ausgabe von B. Dewe, W. Ferchhoff und H. Sünker*. Frankfurt/M.
- Lefebvre, Henri 1989: *La Somme Et Le Reste*. Paris
- McLaren, Peter 1993: *schooling as a ritual performance. Towards a political economy of educational symbols and gestures*. 2nd ed. London/New York
- Mollenhauer, Klaus 1968: *Sozialisation und Schulerfolg*, in: Roth, 269–296
- Muschg, Adolf 1977: *Gottfried Keller*. München
- Offe, Claus 1970: *Leistungsprinzip und industrielle Arbeit. Mechanismen der Statusverteilung in Arbeitsorganisationen der industriellen „Leistungsgesellschaft“*. Frankfurt/M.
- Peukert, Detlev 1988: *Die Genesis der „Endlösung“ aus dem Geiste der Wissenschaft*, in: *Forum für Philosophie Bad Homburg (Hg.): Zerstörung des moralischen Selbstbewusstseins: Chance oder Gefährdung?* Frankfurt/M., 24–48
- Roth, Heinrich (Hg.) 1968: *Begabung und Lernen*. Stuttgart
- Roth, Heinrich 1968: *Einleitung und Überblick*, in: ders., 17–68
- Roth, Heinrich/Friedrich, Dagmar (Hg.) 1975: *Bildungsforschung*. 2 Teile. Stuttgart
- Rutter, Michael 2002: *Nature, Nurture, and Development: From Evangelism through Science toward Policy and Practice*, in: *Child Development* 73 (Nr. 1), 1–21
- Scherr, Albert 1984: *Strukturelle Bedingungen und alltagskulturelle Formen individueller Reproduktion im entwickelten Kapitalismus*. München
- Schölling, Markus 2004: *Soziale Herkunft, Lebensstil und Studienfachwahl*. Frankfurt/M.
- Sünker, Heinz 2000: *Kann Erziehung Gesellschaft verändern? Über Lehrer, Bildung und Schule*, in: *Hamburger, F. et al. (Hg.): Pädagogische Praxis und erziehungswissenschaftliche Theorie zwischen Lokalität und Globalität. FS V. Lenhart zum 60. Geburtstag*. Frankfurt/M., 159–175
- Sünker, Heinz 2003: *Politik, Bildung und soziale Gerechtigkeit. Perspektiven für eine demokratische Gesellschaft*. Frankfurt/M.
- Sünker, Heinz/Timmerman, Dieter/Kolbe, Fritz-Ulrich (Hg.) 1994: *Bildung, Gesellschaft, soziale Ungleichheit. Internationale Beiträge zur Bildungssoziologie und Bildungstheorie*. Frankfurt/M.
- Tenorth, Heinz-Elmar 1994: *„Alle alles zu lehren“*. Möglichkeiten und Perspektiven allgemeiner Bildung. Darmstadt
- Tomasello, Michael 2002: *Die kulturelle Entwicklung des menschlichen Denkens*. Frankfurt/M.
- Vester, Michael 2004: *Die Illusion der Bildungsexpansion*, in: *Krais, B./Engler, S. (Hg.): Das kulturelle Kapital und die Macht der Klassenstrukturen*. Weinheim, 13–52
- Vester, Michael et al. 2001: *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*. Frankfurt/M.
- Vincent, Carol/Ball, Stephen/Kemp, Sophie 2004: *The social geography of childcare: making up a middle-class child*, in *British Journal of Sociology of Education* 25 (no. 2), 229–244

- Wexler, Philip 1994: Schichtspezifisches Selbst und soziale Interaktion in der Schule, in: Sünker et al., 287–305
- Willis, Paul 1979: Spaß am Widerstand. Frankfurt/M.
- Wünsche, Konrad 1972: Die Wirklichkeit des Hauptschülers. Berichte von Kindern der Schweigenden Mehrheit. Köln

*Prof. Dr. Joe Kincheloe, City University of New York/The Graduate Center,
365 Fifth Avenue, New York, NY 10016–4309*

*Prof. Dr. Heinz Sünker, Universität Wuppertal/FB Bildungswissenschaften,
42119 Wuppertal*

Kleine Verlag *aktuell*

Michael Lindenberg, Lutz Peters (Hrsg.)

Die gelebte Hoffnung der Gemeinwesenökonomie

Impulse Werkstatt Fachhochschule, Band 12

2004, ISBN 3-89370-390-X, 266 Seiten, € 22,40 / SFr 39,30

Mit dem Begriff Gemeinwesenökonomie verbindet sich sowohl eine ausgefächerte soziale und wirtschaftliche Praxis als auch eine Diskussion, deren theoretische Bezugspunkte in dem Anspruch auf die mögliche Verwirklichung eines ‚guten Lebens‘ zusammengefasst werden können. In dem Spannungsfeld von lebensweltlicher Praxis im Gemeinwesen und dem nahezu utopisch anmutenden Anspruch, gerade dort eine Rückgewinnung von Sinn und (Existenz-)Sicherheit im globalen Kontext deregulierter Märkte und alternativlos scheinender Kapitallogik zu finden, positioniert sich die Gemeinwesenökonomie. Sie ist dabei gewissermaßen von der Suche nach dem Gelingen des ‚kleinen praktischen Lebens‘ motiviert, gerät damit jedoch sehr schnell mitten hinein in die sozialwissenschaftlichen Fachtraditionen von Sozialer Arbeit, Politologie, Stadtplanung, Pädagogik, Rechtswissenschaft, Soziologie, Wirtschaftswissenschaft etc. Die hieraus entstehenden Theorie-Bezüge und ihre Einarbeitung in die gemeinwesenökonomische Perspektive wirken indes auch als Anfragen nach ihrer theoretischen und praktischen Konsistenz auf die Gemeinwesenökonomie zurück.

Die in diesem Band versammelten Texte stellen oder behandeln diese Anfragen aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln und Erfahrungen. Damit liegt ein zugleich rahmender und abgrenzender wie den Kern der Gemeinwesenökonomie vielschichtig entfaltender Sammelband vor, der den hoffnungsvollen Ansatz der Gemeinwesenökonomie in theoretischer und praktischer Perspektive reflektiert.

Mit Beiträgen von Hans-Jürgen Benedict, Susanne Elsen, Susanne Hild, Fabian Kessl, Michael May, C. Wolfgang Müller, Doris Nack, Helmut Richter, Barbara Rose, Andreas Schaarschuch, Martin Schrörs und Sabine Tengeler.

Hauke Brunkhorst

Die Intellektuellen und Europa

Für Platon war die Demokratie ein großes Unglück und eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben der Philosophen. Für den modernen Intellektuellen ist die Demokratie die einzige halbwegs verlässliche Existenzvoraussetzung. Die Demokratie unserer Tage unterscheidet sich auch dadurch von ihrem klassischen Vorläufer, dass sie den Intellektuellen die Rolle des moralischen Helden verweigert. Sartre stirbt im Bett, Botho Strauß schreibt im *Spiegel*, und das 20. Jahrhundert, das Talcott Parsons das amerikanische genannt hat, unterscheidet sich – im Westen – auch darin von dem Achtzehnten, dass man Voltaire nicht mehr verhaftet. „Es ist“, schreibt Michael Walzer, „eine der Entdeckungen der modernen Demokratie – ein Fortschritt, den wir seit den Griechen gemacht haben –, dass wir, wenn wir den Kritiker nicht töten, dadurch das Recht erwerben, ihn nicht zu bewundern“ (Michael Walzer). Die Demokratie ist eine „unheroische“ Lebensform (Hans Kelsen). Der nachfolgende Text arbeitet diesen wichtigen Unterschied zwischen moderner und klassischer Demokratie, zwischen modernem und klassischem Humanismus heraus, und versucht auf diese Weise die Frage nach der Stellung des Intellektuellen innerhalb eines Europas, dessen Demokratisierung unvollendet ist und in dem bislang ist keine *europäische* Demokratiebewegung von unten erkennbar ist, zu beantworten.

„Wenn es eine Idee gibt, die Europa zusammenhält“, schreibt Gyorgy Konrád in seinem Essay über *„Die Erweiterung der Mitte“*, dann ist es die Idee der Menschenrechte, des Menschenrechtsschutzes, des europäischen Humanismus, Herz und Seele der modernen Demokratie.“ Der europäische Humanismus ist freilich älter als die Idee der Menschenrechte, die sich, sieht man von Vorläufern in einer Reihe amerikanischer Einzelstaaten ab, ziemlich genau auf das Jahr 1789 datieren lässt. Nur der moderne Humanismus definiert sich durch Menschenrechte und Demokratie. Man muss deshalb die *alteuropäische* von der *modernen* Rolle des Intellektuellen scharf unterscheiden. Wenn Aristoteles den Menschen als rationales und politisches Wesen bestimmt, dann verbindet er damit zwar den universalistischen Appell an *alle* Menschen, ihr Gattungswesen zu verwirklichen. Aber das ist eine höchst voraussetzungsvolle Angelegenheit, und nur Wenigen ist es möglich, die Perfektionsgestalt ihres politischen und rationalen Wesens tatsächlich zu verwirklichen. Dazu gehört nämlich ein arbeitsfreies Dasein, eine

von der Sorge ums tägliche Überleben freie Existenz, ein urbanes Ethos als Bürger, das männliche Geschlecht, ein gehobener sozialer Status, *arete* oder *virtus* – tugendhafte Tüchtigkeit einschließlich Zensurbehörden, die das regelmäßig überprüfen, Einsicht in das für die Gemeinschaft Richtige, Bildung, wahres Wissen usw. Nach der Lehre des klassischen Humanismus kann das Wesen des Menschen, und zwar *aller* Menschen, immer nur von *wenigen* (männlichen) Prachtexemplaren, für die die Andern die Arbeit machen, *verwirklicht*, *dargestellt*, *repräsentiert* werden. Deshalb war für Aristoteles Lehrer Platon die Frage nach der Rolle der Intellektuellen in der Gesellschaft schnell beantwortet. Sie müssen erst einmal die Demokratie beseitigen und sich dann selbst in das Amt des politischen Führers einsetzen. Wo das nicht möglich ist, sollte den Philosophen wenigstens die politisch höchst bedeutsame Rolle des Fürstenerziehers oder Beraters zustehen. Mit dieser Rolle hat Platon selbst bei einem Tyrannen auf Syrakus experimentiert, nicht sehr erfolgreich, aber das hat Platons philosophische Erben nicht daran gehindert, sich diese Rolle immer wieder zuzuschreiben. Schon Aristoteles, der die Lehre des Meisters vom Philosophenkönigtum ablehnte und für mehr Arbeitsteilung plädierte, war als Fürstenerzieher sehr erfolgreich, hat sein Zögling Alexander doch gleich ein Weltreich erobert.

Die Lehre von der politischen Führungsrolle der Philosophie kann man *Intellektualismus* nennen. Sie besagt, das Gelingen unserer Praxis – Platon nennt es auch das „Gute“ oder das „Glück“ – wäre eine Sache der richtigen theoretischen Erkenntnis. Wer erkennt, was das Gute unabhängig von den zufälligen Umständen unserer partikularen Existenz in Raum und Zeit ist, wer es mit seinem geistigen Auge klar erfasst, wird auch das Richtige tun und ein gutes und glückliches Leben führen. Da die Erkenntnis des Wahren zugleich die Erfüllung unseres höchsten und vorrangigsten Bedürfnisses ist, kann der, der die Wahrheit erkennt, gar nicht anders, als dieser Kenntnis die Tat folgen zu lassen.

Die Wahrheit ist so schön, dass ihr niemand widerstehen kann. Nur leider ist sie nicht leicht zu erkennen. Sie hat keine sinnliche Gestalt und entzieht sich deshalb dem neugierigen Blick. Die höchste und glücklichste Lebensform, die Teilhabe am *bios theoretikos*, das Leben „in der Wahrheit“ ist deshalb ein *Privileg*, das stets nur wenigen zuteil werden kann. Denn die Vielen, die geschäftig durch die Straßen der Stadt eilen, lassen sich von ihren Besonderheiten, von sehr handfesten Interessen und Leidenschaften fortreißen und haben nur Augen und Ohren für die nächstbeste, rasch wechselnde Meinung, die den Tag bestimmt. Ihr inneres Auge ist blind. Sie stellen schon in Platons Staat die gesellschaftliche Basis dar, ohne deren Arbeit sich oben kein Gedanke regen könnte.

Aber Privileg und Herrschaft sind noch keineswegs die Verwirklichung der Vernunft, ohne die der intellektualistische Philosoph sich keine glückliche und stabile politische Ordnung vorstellen kann. Das Beste für seine Freunde tun und

seinen Feinden Schlechtes, ist gut nur dann, wenn die Freunde selbst gerecht und gut und die Feinde ungerecht und böse sind. Das Gute ist nicht von der Freundschaft, sondern die Freundschaft vom Guten und dieses wiederum von der Erkenntnis abhängig. Georg Lukacs war ein schlechter Platoniker, als er einen bekannten Satz Churchills auf die kommunistische Partei umformulierte: *Wright or wrong, my party*. Das war das Eingeständnis, ein „Klassenintellektueller“ im Sinne von György Konráds zu sein; das ist das Gegenteil des platonischen Intellektualismus, der sich ein von der Wahrheit getrenntes, gutes Leben nicht vorstellen kann. Platon versucht vielmehr zu zeigen, dass – allem Anschein zum Trotz – auch der mächtigste Tyrann kein glücklicher Mensch sein kann. Der Philosoph aber, der richtig lebt, weil er ums Gute und Gerechte weiß, ist, selbst wenn der Tyrann ihn foltert oder tötet, der Glücklichste von allen.

Intellektualismus ist die Lehre von der *Unzerstörbarkeit* des Geistes, der Vernunft oder der Seele, die im Körper haust wie in einem Gefängnis. Die endlichen, dem Zufall preisgegebenen, in die Welt geworfenen und hinfälligen Körper stören nur die Erkenntnis des zeitlos Guten und der ewigen Wahrheit, zu der unser geistiges Auge zumindest prinzipiell im Stande sein sollte. Erst wenn der Körper verschwindet, kann die intellektuelle Seele, sich dem idealen Zustand ewiger Lust, der in der Ideenwelt herrscht, anverwandeln. Die Sterblichen, auch die Philosophen und Wissenden unter ihnen, müssen sich zeitlebens mit der bloßen Annäherung an die objektive Wahrheit, mit ihrem möglichst genauen Abbild begnügen. Um das zu erreichen aber müssen die Philosophen sich eine strenge Askese verordnen und einem harten geistigen und körperlichen Training unterwerfen. Dadurch wird der „Erdenrest“, den sie (wie Goethes Faust) zu tragen haben, wenigstens leichter. Nur Sokrates vermag es, den „Erdenrest“ schon jetzt ganz abzuwerfen. Er trinkt mehr als alle anderen vom honigsüßen Wein und bekommt doch nie einen schweren Kopf. Klar bleibt der Verstand des Philosophen, bis zum letzten Atemzug ein bewusstes, sich selbst durchsichtiges Leben.¹ Ein solches Leben aber ist auch intellektuellen Heroen nicht in die Wiege gelegt. Es bedarf der Erziehung, und richtig ist die Erziehung, die den künftigen Philosophen vom uneigentlichen Leben der Stadt entfernt, am besten die in der Akademie vor ihren Toren. Jedenfalls muss der Philosoph lernen, sich die Welt vom Leib zu halten und dem Markt der öffentlichen Meinung nicht zu verfallen, damit er sich auf das Wesentliche und das Wesen konzentrieren und die richtigen Fragen stellen kann.

Distanz zur vorgegebenen Ordnung des Politischen und zum „zerstreuten“ Leben der Menschen, die der Kulturindustrie und billigem Vergnügen verfallen sind, ist die erste Tugend des intellektualistischen Philosophen. Mit Nietzsche und Rorty könnte man den idealen platonischen Intellektuellen einen „asketischen Priester“ nennen. „Asketische Priester“ sind diejenigen, die bestrebt sind, Brücken zu bauen, die die „Sphäre des Werdens und der Vergänglichkeit“ mit

derjenigen des zeitlosen Daseins der Ideen verbinden. Um solche Brücken zum GANZ ANDEREN bauen zu können, müssen sie zunächst ihr eigenes Leben negieren, „*sich selbst verneinen*“. In diesem Falle, „dem Falle eines asketischen Lebens“, so Nietzsche, „gilt das Leben als eine Brücke für jenes andere Dasein“ (*Genealogie der Moral*).

Der Philosoph negiert sein bisheriges, falsches Leben, indem er die Stadt verlässt und wie der Prophet in die Wüste zieht. Auch wenn er sich nicht anmaßt, Gott zu sein, so kann er doch aus der *Perspektive von außen* einen umfassenden Blick auf die Stadt werfen. Und das ist eine Position, die dem angestrebten idealen Standort, den der amerikanische Philosoph Hilary Putnam den *Gottesgesichtspunkt* genannt hat, so nahe wie möglich kommt. Die Wahrheit hängt allein von der *Übereinstimmung* des Denkens mit den Ideen oder dem Wesen der Sache ab, nicht aber von der *Zustimmung* eines Publikums.

Die These des intellektualistischen Philosophen lautet, der Hauptmangel in der Stadt sei ein Mangel an Erkenntnis, und solange solcher Mangel herrsche, sei das Leben in ihr eine Art Irrtum. Kein Leben „in der Wahrheit“, sondern, wie Heidegger es einmal genannt hat, ein Leben „in der Irre“. Ohne die Führung durch richtige Erkenntnis, so lautet Platons Schlussfolgerung, bleibe das Leben in den Städten von flüchtigen Meinungen abhängig, die wechseln wie der Wind, der durch sie hindurchgeht und sie von Unglück zu Unglück fortzieht.

Die Intellektuellen des 20. Jahrhunderts haben zu diesem Intellektualismus der klassischen Metaphysik ein höchst zwiespältiges Verhältnis. Überspitzt gesagt, ist das Ende des philosophischen Intellektualismus der Anfang der intellektuellen Kritik. Michel Foucault hat die Kritik der modernen Intellektuellen am Platonismus der alten Philosophen in dem prägnanten Satz zusammengefasst, der Platon vom Kopf auf die Füße stellt: „Die Seele, das Gefängnis des Körpers.“

Für Platon war die Demokratie ein großes Unglück und eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben der Philosophen. Für den modernen Intellektuellen ist die Demokratie – ist vor allem die Pressefreiheit (György Konrád nennt sie das „sensibelste und kritischste Freiheitsrecht“) – die einzige halbwegs verlässliche Existenzvoraussetzung. Die Demokratie unserer Tage unterscheidet sich auch dadurch von ihrem klassischen Vorläufer, dass sie den Intellektuellen die Rolle des moralischen Helden verweigert. Sartre stirbt im Bett, Botho Strauß schreibt im *Spiegel*, und das 20. Jahrhundert, das Talcott Parsons das amerikanische genannt hat, unterscheidet sich – im Westen – auch darin von dem Achtzehnten, dass man Voltaire nicht mehr verhaftet. „Es ist“, schreibt Michael Walzer, „eine der Entdeckungen der modernen Demokratie – ein Fortschritt, den wir seit den Griechen gemacht haben –, dass wir, wenn wir den Kritiker nicht töten, dadurch das Recht erwerben, ihn nicht zu bewundern“ (Michael Walzer). Die Demokratie ist eine „unheroische“ Lebensform (Hans Kelsen).

Die große Geschichte des okzidentalen Intellektualismus beginnt mit dem gewaltsamen Tod des Sokrates und dessen Verklärung. Die viel kleinere Geschichte der modernen Intellektuellen des 20. Jahrhunderts beginnt mit dem Erfolg der Anhänger von Dreyfus und der Utopie des gesellschaftlichen Fortschritts.

Obwohl Sokrates nur 30 Stimmen fehlten und die antisemitische Kampagne gegen Dreyfus und seine intellektuellen Anwälte ebenso hätte triumphieren können, ist es doch mehr als ein Zufall, dass es anders kam. Im faktischen Ergebnis spiegelt sich ein wichtiger Unterschied zwischen moderner und klassischer Demokratie, zwischen modernem und klassischem Humanismus.

Jean-Paul Sartre hat das Beispiel der Dreyfus-Anhänger, die zunächst als „Intellektuell“ von ihren Gegnern beschimpft wurden, zum Anlass genommen, die Rolle der Intellektuellen in unserer Gesellschaft näher zu bestimmen. „Der Intellektuelle“, so führt er 1965 in Vorträgen, die er in Tokio und Kyoto hält, aus, „ist jemand, der sich in Dinge einmischt, die ihn nichts angehen. [...] Für die Dreyfus-Gegner war Freispruch oder Verurteilung des Hauptmanns Dreyfus Sache der Militärgerichte [...]: Dadurch, dass die Dreyfus-Anhänger die Unschuld des Angeklagten feststellten, *überschritten sie ihre Kompetenz*“. Sie „*missbrauchten*“ ihre „Berühmtheit“, die sie auf ganz anderen Gebieten, in ihrer spezialisierten beruflichen Praxis als Wissenschaftler, Mediziner, Literaten erworben hatten.

Für diese Rolle aber gibt es in der griechischen Polis oder in der klassischen römischen Republik keinen Ort. Weder kennt das klassische Zeitalter eine durch und durch unpolitische Berühmtheit, noch konnte eine immer schon politisch verstandene Berühmtheit für politische Zwecke missbraucht werden. Ruhm war an einen öffentlich ausgezeichneten, weithin sichtbaren Ort in den oberen Regionen der Tugendhierarchie gebunden. Das beginnt sich erst in der christlich dominierten Gesellschaft des Mittelalters zu ändern. Sie ist durch die Spannung zwischen Kirche und Staat geprägt. Aber erst in den modernen Zeiten führt die Spannung zwischen Kirche und Staat zur Sprengung der hierarchischen Ordnung der Gesellschaft und zur funktionalen, vorranglosen Differenzierung von *Politik* und *Religion*.

Vom politischen „Missbrauch“ öffentlichen Ruhms kann erst dort die Rede sei, wo mit der Trennung von *Privatsphäre* und *Öffentlichkeit* der Vorrang des öffentlichen Lebens über das private gebrochen ist und die aus der Autonomie der Privatsphäre entspringende öffentliche Meinung einem professionalisierten und positivierten öffentlichen Recht gegenüber treten kann. Weder dem rationalen noch dem politischen Tier gebührt in der modernen Demokratie irgendein Vorrang vor dem idiosynkratischen und unpolitischen Menschen. Damit entfällt der Vorrang des „Politikos“ gegenüber dem „Idios“, dem „Idioten“, ebenso wie der

Vorrang des Citoyen gegenüber dem Bourgeois. Das moderne Recht ist immer schon das Recht des Idioten. Die Existenz des modernen Intellektuellen setzt dieses Recht voraus. Er ist deshalb nicht mehr – wie Konrád schreibt – „Staatsintellektueller“, sondern „Bürger“. Er fragt sich nicht mehr zuerst: „Was beinhaltet mein Gedanke, ist er richtig oder falsch?“ – sondern er erklärt: „Was ich denke, das ist meine Sache“ (Konrád). Freiheit ist die Voraussetzung der Wahrheit.

Erst die vollständige Säkularisierung von Recht und Politik schafft Raum für die moralische und moralisierende Kritik der Intellektuellen. Die Tugend muss aus Recht und Politik verschwinden, der Zensor muss arbeitslos, das Kreuz in die Kirche zurückgestellt werden, damit der öffentlich ungebundene Intellektuelle sich zum *ungebetenen* Wächter der republikanischen Tugend aufschwingen kann. Darin bestand der Überraschungseffekt von Zolas ironischem Missbrauch der gerichtlichen Anklageformel „*J'accuse*“. Er überschritt mit diesem glücklich verunglückten Sprechakt seine Kompetenz als Schriftsteller. Indem er sich die Rolle des öffentlichen Anklägers anmaßt, gelingt es ihm, die öffentliche *Meinung* gegen die öffentliche *Macht* mobil zu machen.

Sokrates hatte diese Möglichkeit nicht, denn die öffentliche Meinung war seinerzeit selbst die Recht sprechende und mit Gewalt vollstreckende Instanz. Sokrates konnte der irrtümlichen Meinung, die für ein drastisches Fehlurteil verantwortlich war, nur die Erkenntnis der höheren Wahrheit des *Nomos*, der eingelebten Sittlichkeit, die – so oder so – den Vollzug des Gesetzes zur patriotischen Pflicht machte, entgegensetzen. Die dialektische Ironie des Sokrates zielte nicht auf eine Revision des Urteils, sondern auf *Übereinstimmung mit der auch noch im falschen Urteilsspruch verborgenen Idee des Rechts*. Souverän spielt der Metaphysiker Sokrates das *Wesen* des Rechts gegen dessen hässliche *Erscheinung* aus und leert den Schierlingsbecher heiter und gelassen in einem Zug. Die Sittlichkeit des Gemeinwesens im ganzen ist nicht durch das Unrecht *am Individuum* gefährdet, sondern durch die *individuelle* Verweigerung des Gesetzesgehorsams.

Zolas „*J'accuse*“, das am 13. Januar 1898 in der Zeitung *L'Aurore* erschien, ist noch in einem anderen Sinn individualistisch – ein Sinn, der dem platonischen Philosophen noch unbekannt war. Individuelle Rechte, die das prämoderne Recht nicht kennt, ermöglichen als nurmehr positiv gültige, einklagbare Grundrechte eine weit fundamentalere Distanz der Bürger zum Staat und seinen Institutionen, als der Daimon des Sokrates es je vermocht hätte. *Grundrechte sind Institutionen, zu deren Sinn es gehört, radikalste Institutionenkritik zu ermöglichen*. Zola kann die verfassungsmäßige institutionalisierten Rechte gleichzeitig in Anspruch nehmen und ihre konkrete Gestalt auf Distanz bringen, indem er zivilen Ungehorsam ankündigt: „Indem ich diese Anklage erhebe, bin ich mir bewusst, dass ich mich der Verfolgung auf Grund der Artikel 30 und 31 des Presse-

gesetzes vom 20. Juli 1881 aussetze, das die Vergehen der üblen Nachrede betrifft. Das nehme ich absichtlich auf mich [...]“

Er kann das nur, weil er an Rechte appelliert, die gleichzeitig *einklagbar* und *veränderlich* sind. Letzteres macht die Legitimität der Gesetze von der Zustimmung der Gesetzesunterworfenen abhängig. Auf ihre Interpretationsleistung und Gesetzgebungskompetenz kommt es an. Sie sind nicht nur – wie Sokrates – *Adressaten* des Gesetzes, deren subjektive Leistung sich in der *Erkenntnis* seiner höheren Vernunft erschöpfen würde, sondern selbst dessen *Autoren*. Das Demokratieprinzip ist der eigentliche Kern der modernen Idee der Menschenrechte, denn „Volkssouveränität“ ist nichts anderes als das Recht zur Selbstgesetzgebung oder Autonomie. Nur Selbstverpflichtung, nicht Fremdverpflichtung verleiht Normen Geltung und Legitimität. Moderne Demokratie ist – und das ist der eigentliche Unterschied zur antiken Demokratie – eigentlich kein *kratein*, keine Herrschaft der Einen über die Anderen, vor allem ist sie nicht mehr die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit. *Herrschaft* ist moderne Demokratie nur noch in dem paradoxen, sich selbst aufhebenden Sinn einer – sei es direkten, sei es repräsentativen – „Herrschaft Beherrschter“.²

Moderne Demokratie ist *Identität*, nicht Differenz von Herrschenden und Beherrschten. Nur die hypothetische Inanspruchnahme legislativer Autorschaft sichert Zola den Spielraum, das Gesetz zu missachten und doch gesetzliche Legitimität für sein Handeln in Anspruch nehmen zu können. Indem er den Gesetzesgehorsam an einem bestimmten Punkt verweigert, reklamiert Zola einen zwingenden Bedarf, das Gesetz zu ändern, appelliert er an die Interpretationsmacht der öffentlichen Meinung und die Gesetzgebungskompetenz des Volkes. Der Kampf um die freie Rede wird fortan zur wichtigsten Aufgabe der Intellektuellen zwischen Hollywood, New York und Paris, und zu ihrer eigentlichen Erfolgsgeschichte, von Alexander Meikljohns Auseinandersetzung mit McCarthy bis Sartres Einsatz für „La Cause du Peuple“. Um „üble Nachrede“, um „libel“ geht es bei Zola und geht es noch in dem berühmten Prozess „Times vs. Sullivan“, der die Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten in Gang brachte.

Zola geht auf *Distanz* zum Bestehenden, aber er tut das *in* dessen Rahmen, sein Engagement setzt eine republikanische Verfassung, insbesondere die Pressefreiheit voraus. Seine Art der Distanz ist sehr verschieden vom „Gottesgesichtspunkt“ der Platoniker. Sein Engagement ist das Gegenteil kontemplativer Wahrheitssuche. Es sucht nicht die Übereinstimmung mit der Idee, sondern die seines Publikums, seiner Millionen Leser. Trotzdem ist ein metaphysisches Pathos für seine Rede charakteristisch, ein oft beschriebener „populärer“ der „republikanischen Religion“ und ihrer Dreieinigkeit aus „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“.³ Platonisch ist aber nur noch das Pathos des Unbedingten, der Pflicht, des

Gewissens und der Wahrheit. Dieser Idealismus, mit dem Zola den Schriftsteller zum „Gewissen der Nation“ erklärt, erscheint uns heute hohl bzw. als das, was er ist: ein „handliches Stück Rhetorik“ (Rorty), seinerzeit höchst nützlich und durchaus authentisch, aber mittlerweile etwas abgegriffen.

Jean-Paul Sartre hat ebenfalls auf platonische Motive zurückgegriffen, um die Rolle des intellektuellen Kritikers näher zu erläutern. Besonders intellektualistisch klingt die dauernde Beschwörung des *Allgemeinen*, die Rede vom „allgemeinen Intellektuellen“ und die Forderung, die Intellektuellen sollten sich bemühen, das Allgemeine zu ihrer Existenz zu machen. Das war vor allem Foucault höchst verdächtig, und er hat sich beeilt, dem allgemeinen einen „speziellen Intellektuellen“, den Kämpfer am eignen Arbeitsplatz, entgegenzusetzen. Platonisch ist auch Sartres Jargon des „Alles oder Nichts“, die Unbedingtheit des Engagements und des Existierens in der Distanz.

Sartre verwendet das Beispiel eines Hundes, dem das Kleinhirn amputiert worden ist, um die Lage der Intellektuellen zu veranschaulichen. Der kleinhirnlose Hund muss sich, da er die Orientierung an der Gewohnheit verloren hat, als *allgemeines Wesen* neu erfinden. Das Leben zieht sich, so scheint es, wie bei Platon, von sich zurück, um sich neu zu erschaffen im Medium des Allgemeinen, der unbedingten Wahrheit, des unzerstörbar Guten. Ich zitiere eine längere Passage aus Sartres Vorwort zu André Gorz' autobiographischem Essay *Der Verräter*.⁴

„Ich erinnere mich an einen jungen Hund, dem ein Teil des Kleinhirns amputiert worden war: er bewegte sich im Zimmer hin und her und stieß sich nicht selten an Möbeln, aber er war tief sinnig geworden: dieses Tier legte sorgfältig seine Route fest, brütete lange, bevor es um ein Hindernis herumging, es brauchte viel Zeit und Überlegung, um die Bewegungen auszuführen, die es vorher gemacht hatte, ohne Notiz davon zu nehmen [...]: es war ein intellektueller Hund [...]; kurz: er mußte krepieren oder den Hund neu erfinden. Und wir [die Intellektuellen, H. B.], die Ratten ohne Kleinhirn, sind so geschaffen, daß wir krepieren oder den Menschen erfinden müssen: wir wissen übrigens genau, daß er ohne uns entstehen wird, durch Arbeit und Kampf [...], aber die Herstellung fände *blindlings* statt, wäre *Improvisation* und *Flickwerk*, wenn wir nicht da wären, wir, die Kleinhirnlosen, und unablässig wiederholten, daß nach *Prinzipien* vorgegangen werden muß, daß es nicht darum geht, *auszubessern*, sondern *zuzuschneiden* und zu *gestalten*, daß, schließlich, unsere Spezies das konkrete Allgemeine *sein oder nicht sein* wird.“

Das ist eine eigentümliche Mixtur aus platonisch-elitären und antiplatonisch-egalitären Motiven. Antiplatonisch ist vor allem die Vorstellung, wir wären Tiere, die sich selbst erfinden müssen. Dahinter steckt das egalitäre Autonomieprinzip der Menschenrechte. Die Tatsache, dass wir zur Selbsterschaffung und Selbstbeschreibung keine Alternative haben, dass wir, nach Sartres berühmter Formel, zur Freiheit verurteilt sind, gibt menschlichen Gesellschaften eine enorme, nie zuvor in der Evolution erreichte Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit. Die Menschen sind Tiere, die aus eigener Kraft und nach Maßgabe eigener Entwürfe

ihre Umwelt manipulieren und die biologische als kulturelle Evolution fortsetzen. Sie machen ihre Evolution selbst, ohne sie freilich nach Maßgabe ihrer Voraussicht planen zu können. Mit der These, unser Leben wäre ein Projekt unserer Freiheit, hat Sartre die platonische Vorstellung eines vorgestanzten Wesens, dem wir immer nur besser oder schlechter nacheifern, das wir aber nicht manipulieren können, beiseite geschoben. Die Intellektuellen passen sich ihrer Umwelt an, indem sie sie kritisieren. Kritik ist eine Handlung *in* der Gesellschaft. Sie kommt ohne Transzendenz, ohne „Gottesgesichtspunkt“ aus. Sie beginnt einfach hier und heute, in dieser Situation.

Aber die zitierte Passage zeigt auch, dass Sartre immer noch einigen platonischen, intellektualistischen Vorurteilen aufsitzt. Während die Massen das Werk der Evolution offenbar blind und deshalb als „Flickwerk“ verrichten, tauchen die Intellektuellen es in das Licht von Prinzipien, und das ermöglicht Sartre die fundamentalistische Alternative, auf die es ihm – sofern er sich mit der kommunistischen Revolution identifiziert – ankommt: nicht „improvisieren“ und „ausbessern“, sondern „zuschneiden“ und „gestalten“. Wie Enzensberger 1968: „Reform oder Revolution – *tertium non datur*“, und dafür, dass es ein Drittes nicht gibt, für die Erkenntnis des einzig richtigen, revolutionären Wegs der Weltveränderung sind die Intellektuellen zuständig.

Wäre Sartre stattdessen seiner ursprünglichen Einsicht, dass der Mensch ein Wesen ist, das sich selbst erfindet und dass alle genau darin gleich sind und es in der Freiheit der Selbsterfindung kein Erkenntnisprivileg geben kann, gefolgt, dann hätte er auch die fundamentalistische Opposition zwischen Reform und Revolution fallen lassen und es ablehnen müssen, zwischen „Ausbessern“ und „Gestalten“ zwischen „Flickwerk“ und „Werk“ einen wesentlichen Unterschied zu machen. Freilich hat Sartre die platonische Distanz zur blinden, reformistischen Masse der arbeitenden und kämpfenden Ausbesserer nicht durchgehalten. Am Ende triumphiert bei ihm immer – und so auch in dem zitierten Text – die unüberbietbar individuelle *Freiheit der Selbsterschaffung*, die keinen Unterschied zwischen den wenigen Sehenden und den vielen Blinden zulässt, weil jeder und jede Einzelne sich in ihrer/seiner je verschiedenen Lage selbst erschaffen muss. Die Konstruktion eines konkreten Allgemeinen, das der individuellen Selbstbestimmung vorhergeht, muss scheitern.

Der Intellektuelle, schreibt Sartre im Anschluss an die zitierte Passage, „will für die gesamte Menschheit handeln; *aber* sobald die Handlung vollzogen ist, zieht sie sich ins Besondere zurück: übrig bleibt die zufällige Verwirklichung einer Möglichkeit unter tausend.“ Der Platonismus macht seine Rechnung ohne den Zufall und unsere „nicht reduzierbare Einzigartigkeit“.⁵ Sartre fährt fort: „Wir kennen alle diese zerstreute, süße Angst – wir, das heißt, wir Intellektuellen. Wir halten uns für universal, weil wir mit Begriffen spielen, und dann sehen wir plötz-

lich unseren Schatten zu unseren Füßen; wir sind *da*, wir machen *dies* und nichts anderes.“

Als Sartre eines Tages durch Brooklyn hastet, plagt ihn die Phantasie, ein universelles Wesen, ein „beliebiger Spaziergänger auf einer beliebigen Straße in Brooklyn zu sein“, sich im Allgemeinen zu verlieren und mit allen Anderen eins zu werden bzw. sich in alle anderen zu zerstreuen. Aber die Phantasie, das – wie Sartre nun sagt – „eitle Verlangen“ des Intellektuellen „nach Universalität“ scheitert am puren Zufall seiner eigenen Existenz: „Da ich mich nicht verlassen oder vervielfältigen konnte, stürzte ich mich in die U-Bahn. Ich kam nach Manhattan zurück, ich fand in meinem Hotel die normalen – wenig überzeugenden, aber menschlichen – Gründe für mein Dasein wieder.“

Sartre stellt sich Universalität am Ende also doch nicht – wie Platon – als Spiegel einer Macht vor, die höher ist als das Menschliche und die wir nicht erschaffen hätten. Zutiefst misstraut Sartre der einsamen Erkenntnis oder, wie er sagt, dem „Unkommunizierbaren“, in dem er nur „die Quelle jeder Gewalt“ sehen kann. Universalität besteht nicht in der Korrespondenz des Denkens mit dem zeitent hobenen Wesen der Dinge, sondern der „Appell“, die öffentliche Rede, „die Stimme“, die der engagierte Kritiker erhebt, „fordert, was immer sie sagt, allgemeine Zustimmung“. Sie ist auf die Akzeptanz durch ein *reales Publikum* angewiesen, das aus je seiner Perspektive „ja“ oder „nein“ sagen kann. Die *Intellektuellen* sind „Verräter“ des *Intellektualismus*, sie haben „die Tafeln des Universalen zerschlagen, aber nur, um die Bewegung des Lebens wiederzufinden, diese langsame Universalisierung, die sich in der Bejahung und Überwindung des Besonderen verwirklicht.“ Plötzlich – als Philosoph der Freiheit – ist Sartre Reformist. Universalität ist nun der unvollendbare Versuch, sich „mit anderen zu vereinigen“. Aber diese Vereinigung, wenn sie – so Sartre – die „Herrschaft der Ungerechtigkeit“ auch nur „ein bisschen weniger ungerecht“ machen soll, muss eine „Vereinigung in der Anerkennung ihrer Verschiedenheit“ sein.

Und das ist – nach der Identität von Herrschenden und Beherrschten – die zweite Voraussetzung des modernen, menschenrechtlichen Demokratieprinzips: *Differenz*, nicht Identität der Individuen, Gruppen, Rechtssubjekte, Sozialsysteme. Durch diese beiden Prinzipien, 1) Identität, nicht Differenz von Herrschenden und Beherrschten *bei* 2) Differenz, nicht Identität von Individuen, Gruppen, Kulturen unterscheidet sich die moderne, europäisch-westliche – auf die Revolution von 1789 zurückgehende – Idee der Menschenrechtsdemokratie vom alteuropäischen Intellektualismus des öffentlichen Lebens. Das Demokratieprinzip enthält schon die Idee der Menschenrechte, denn es besagt nichts anderes, als dass *alle*, die erzwingbaren Erwartungen ausgesetzt sind, als dass jede von einer Rechtsnorm betroffene Person als differentes Einzelwesen für deren „Legitimierung als der bestimmende, der maßgebende Faktor tatsächlich ernst genommen werden“ muss.⁶

Daraus folgt nun aber, dass die „Idee der Menschenrechte“, die Europa zusammenhält, in der Praxis nur funktionieren wird, wenn das soziale Band der *Europäischen Union* aus demokratisch legitimiertem Recht hervorgeht. Die *de facto* Verfassung, die wir heute in Europa haben, sichert Grundrechte – nicht nur, aber nach wie vor, vor allem die des freien Verkehrs von Kapital, Arbeit, Personen und Sachen – bei gleichzeitiger Entkopplung der Entscheidungsinstanzen von ihrer demokratischen Basis. Das muss – wenn die Demokratisierung der Union ausbleibt – über kurz oder lang zur Beschädigung des menschenrechtlichen Zusammenhalts Europas führen. Bislang ist keine *europäische* Demokratiebewegung, die von unten kommt und kommen muss, erkennbar, wohl aber Systemopposition von rechts, heute schon besonders signifikant in Österreich und Italien, – eine Fundamentalopposition, die sich gleichermaßen gegen die europäische Erweiterung wie gegen die Erhaltung der bestehenden nationalstaatlichen Solidaritäten richtet. So fällt den Intellektuellen in Europa heute vielleicht eine ähnliche Aufgabe zu wie seinerzeit, vor 1989 im Osten – wemgleich hier, im Westen unter ungleich angenehmeren Bedingungen: als ersten Schritt zur europäischen Demokratie den „Aufruhr solidarischer Kreise von freien Individuen“ (Konrád) zu organisieren.

Anmerkungen

- 1 Vgl. A. Martha C. Nussbaum 1986: „The Fragility of Goodness. Luck and Ethics in Greek Tragedy and Philosophy.“ Cambridge/ Mass., S. 165ff.
- 2 Christoph Möllers 1997: „Der parlamentarische Bundesstaat – Das vergessene Spannungsverhältnis von Parlament, Demokratie und Bundesstaat“, in: Josef Aulehner u.a. (Hg.) 1997: „Föderalismus – Auflösung oder Zukunft der Staatlichkeit?“ Stuttgart, S. 97.
- 3 Vgl. Siegfried Thalheimer: „Die Affäre Dreyfus. München“ 1963, S. 165f.
- 4 Jean-Paul Sartre: „Von Ratten und Menschen“, in: André Gorz: „Der Verräter“ Frankfurt, 1980, S. 7–41, hier S. 28.
- 5 Vgl. a. Manfred Frank 1997: „Selbstbewußtsein und Selbsterkenntnis. Essays zur analytischen Philosophie der Subjektivität“, Stuttgart
- 6 Friedrich Müller 1997: „Wer ist das Volk?“, Berlin, S. 62.

*Prof. Dr. Hauke Brunkhorst, Institut für Soziologie, Universität Flensburg,
Auf dem Campus 1, 24943 Flensburg
E-mail: brunk@uni-flensburg.de*



Joachim Weber

Fanatismus verstehen

Ein philosophischer Beitrag zum pädagogischen Umgang mit (Rechts-)Extremismus

Extremismus und Fanatismus

Wir teilen sowohl im pädagogischen Alltag als auch darüber hinaus die Welt mit bestimmten Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die pauschale Antworten auf uns höchst komplex erscheinende Fragen nur allzu bereitwillig, gebetsmühlenartig sich wiederholend und oftmals aufdringlich, wenn nicht gar unterschwellig gewalttätig artikulieren. Wir erfahren dann Meinungen zu arm und reich, erster und dritter Welt, schwarz und weiß, West und Ost, gut und böse, Himmel und Erde, In- und Ausländer, jüdisch und arisch, gläubig und ungläubig und dergleichen mehr. Die Motive für solchen Parolen sind vielfältig: sie wollen vereinfachen, Fakten schaffen, Meinungen artikulieren und damit Zugehörigkeiten zeigen oder auch schlicht provozieren.

Wir nennen das hinter solchen Parolen stehende Denken extremistisch und neigen dazu, das Extremistische (extremum lateinisch: das Äußerste) am äußersten Rand jenseits unserer „demokratischen Grundordnung“¹ zu verorten. Extremismus definiert sich dann dadurch, dass er die demokratische Grundordnung verleugnet beziehungsweise überwinden will. Aber ist dies aus extremistischer Sicht gesehen etwas anderes, als die eine Ideologie durch die Brille einer anderen Ideologie zu beurteilen? Ist der Demokrat denn besser als der Extremist, wenn er seine Denkkategorien zur Grundlage der eigenen Urteile über andere Meinungen macht? Ich möchte extremistisches Denken im Folgenden als eine Denkform darstellen, die ich als fanatisch in enger Anlehnung an den ursprünglichen Sinn dieses Wortes bestimmen möchte und damit als ein Phänomen, das sich erkenntnistheoretisch unterscheiden lässt von einer alternativen Denkform.

Fanatici nannten die Römer Priester nichtrömischer Götter – vorzugsweise orientalischer Herkunft – aufgrund ihrer ekstatischen Form der Gottesbeziehung bzw.

-verehrung (Ziegler/Sontheimer 1979: 514). Der fanaticus war der im wahrsten Sinne des Wortes Ver-rückte, der in bestimmten Zuständen den normalen Verkehr unter Menschen verließ. Der Fanatiker war in seiner Ver-rücktheit nicht mehr ansprechbar für seine Außenwelt. Gleichzeitig war er im wahrsten Sinne des Wortes „außer sich“ (wörtlich ek-stasis: herausstehend). Der Kontakt mit den Göttern hat in der Ekstase das eigene Selbst aufgehoben, bis es ganz im ergebene, selbstlosen Dienst dieses Kontaktes steht.

Dieser antike Fanatismus hat einen anderen Charakter als das, was wir heute unter Fanatismus verstehen. Während der antike fanatische Priester nur zeitweise in seine ekstatischen Zustände verfiel bzw. von der Gemeinschaft sogar den Auftrag bekam, aus diesem Zustand göttliche Botschaften für die Gemeinschaft mitzubringen, ist Fanatismus für uns heute der Oberbegriff für eine spezifische Denkform, die Menschen und ganze Menschengruppen betrifft. Der Fanatiker verfällt nicht nur zeitweise dem Phänomen des fanatischen Denkens, sondern dieses durchzieht sein gesamtes Denken und Handeln. Durch die Herkunft des Begriffes ist damit auch bereits deutlich, dass Fanatismus kein spezifisches Merkmal von Rechtsextremismus ist, sondern mindestens ebenso eine Besonderheit bestimmter religiöser Gruppierungen verschiedenster Herkunft, doch besticht der rechtsextremistische Fanatismus durch die Form seiner Parolen, insofern der ideologische Hintergrund, vor dem die Parolen ausgesprochen werden, so dünn ist, dass die inhaltliche Banalität der Behauptungen wesentlich auffälliger ist und nicht selten ein hilfloses Kopfschütteln bei der nachdenklichen Umwelt auslöst.

Doch abgesehen von dieser Differenz ist die Korrelation des antiken Phänomens mit unserem heutigen Verständnis unübersehbar. Der Fanatiker ist jemand, der sich gleichzeitig durch zwei verschiedene Momente auszeichnet: das Außer-sich-sein (ekstasis) wie das aus der menschlichen Gemeinschaft Ver-rückt-sein. Beide Momente bedingen sich gegenseitig, weil dahinter eine bestimmte fanatische Denkform steht, die das Selbst ebenso betrifft wie den Weltbezug. Das liegt an der Form des menschlichen Erkennens selbst, das eine Bezugsetzung enthält zwischen einem Subjekt des Erkennens und einem zu erkennenden Gegenstand. Verändert sich dieses Denken, so bleibt es nicht ohne Auswirkungen sowohl auf den Subjekt- als auch auf den Gegenstandsbezug. Selbst- und Weltbezug sind gleichermaßen betroffen.

Die Unerträglichkeit, die wir oft empfinden, wenn wir mit einem extremistischen Fanatiker in Kontakt kommen, liegt – so die These dieses Beitrages – in der Gegensätzlichkeit des Denkens begründet. Dies wird am auffälligsten, sobald – und dann sprechen wir auch meist erst von einem Fanatiker – seine Urteile sich auf andere Menschen bzw. Menschengruppen beziehen. Der Umgang mit den entsprechenden Parolen ist für denjenigen, der die Denkform nicht teilt, so unge-

heuer schwierig, weil die Strategien, die unter nichtfanatischen Menschen bei Differenzen zum Verstehen beitragen, im Umgang mit Fanatikern nicht greifen können. So erzeugt die Begegnung mit Extremismus oftmals in uns eine eigen tümliche Sprachlosigkeit. Es ist, wie wenn die Gesprächspartner verschiedene Sprachen sprechen, zwischen denen kein Verstehen möglich ist. Diese Rat- und Sprachlosigkeit hat ihren Grund, der nicht zureichend beschrieben ist, wenn wir auf die Verbohrtheit des Gegenübers verweisen. Dieser Grund liegt vielmehr tiefer – in einer Unterschiedlichkeit des Denkens insgesamt. Hier treffen zwei verschiedene Denkformen derart aufeinander, dass sie sich grundsätzlich ausschließen, oder besser gesagt der Fanatiker vermeidet eine bestimmte Denkform und zieht sich ganz auf eine zweite Denkform zurück. Der Umgang mit fanatischen Parolen braucht keine argumentative Stütze – dagegen ist der Fanatiker immun² – sondern ein Wissen um die fanatische Denkform, um diejenigen zu verstehen, die dem fanatischen Denken verfallen sind.

Die subsumierende Urteilskraft und das fanatische Denken

Bei der Abklärung dessen, was hinter extremistischen Parolen steht – und jede allgemeine ausländergefeindliche Äußerung gehört zunächst in diesen Kontext – sind wir auf die menschliche Fähigkeit des Urteilens verwiesen. Der Begriff Urteilen zeigt ebenso wie der zugehörige griechische Begriff *krisis* (ursprüngliche Bedeutung: trennen, scheiden, dann auch unterscheiden, entscheiden) eine Ur-Scheidung an, die im Urteilsakt erfolgt. Wir stehen im Urteilen also vor einer grundlegenden Alternative: entweder die Welt der zu erkennenden Gegenstände zu teilen und einzuteilen oder aber uns selbst zu teilen in einen Handelnden und geschichtlich Gewordenen auf der einen Seite und einen urteilenden Zuschauer auf der anderen Seite. Aus dieser grundlegenden Unterscheidung ergeben sich zwei gänzlich entgegengesetzte Urteilsformen, die Immanuel Kant als subsumierende bzw. reflexive Urteilskraft kenntlich gemacht hat (Kant KU B XXVff.). Das besondere an dieser kantischen Unterscheidung besteht unter anderem darin, dass durch den Verweis auf die subsumierende Urteilskraft ein bestimmtes Gebrechen des Denkens deutlich wird, das nicht als Dummheit gekennzeichnet werden kann, sondern eine spezifische Beschränkung des Denkens betrifft³, das in verschiedenen Bereichen entweder unumgänglich (so in der Erkenntnis auf Verstandesebene) oder sogar geboten (so nach Kants Auffassung im Bereich des Sittlichen⁴) ist. Problematisch ist das subsumierende Urteilen nicht generell, im Gegenteil kämen wir ohne Subsumtion wohl nie zum Handeln; problematisch ist jedoch die Ausschließlichkeit dieser Denkform bzw. der Ausfall jeglicher Reflexivität. Hannah Arendt hat in Adolf Eichmann den Prototyp dieses Denkens konkret vorgestellt (vgl.: Arendt 1986: 174ff.; 325ff.).

Der Begriff der Subsumtion zeigt dabei bereits an, dass das subsumierende Denken ausschließlich darauf fixiert ist, alles, was ihm an Wahrnehmung begegnet, unter vorgängige Kategorien zu bringen. Diese vorgängigen Kategorien haben den Charakter der objektiven Allgemeinheit⁵. Es gibt ein letztes Bezugskriterium, dem alle begegnenden Phänomene untergeordnet bzw. subsumiert werden können. Subsumierendes Denken ist damit festgelegt auf eine alle Phänomene transzendierende Wahrheit bzw. eine Ideologie, die eine solche Wahrheit als festen und unumstößlichen Bezugspunkt garantiert bzw. suggeriert. Kein fanatisches Denken kommt ohne ideologische All-Sätze aus, die mehr oder weniger ausnahmslos alle begegnenden Phänomene umfassen. Vorurteilhafte Verallgemeinerungen sind keine Begleiterscheinung des Fanatismus, sondern bilden einen wesentlichen Grundbestandteil dieser Denkform. Die Subsumtion des Alltagsverstandes betrifft konkrete einzelne Phänomene, die unter Begriffe mit begrenzter Reichweite subsumiert werden und damit unsere Orientierung im Alltag ermöglichen bzw. erleichtern. Extremistisches Denken dagegen besteht in einem subsumierenden Denken, das die Gesamtheit der Phänomene betrifft und unter eine einheitliche, übergreifende Wahrheit zwingt. Nur dann, wenn eine ewige Wahrheit in einem Denken Bestand hat, wird die extremistische Subsumtion erst möglich und erscheint der Umwelt als fanatisch. Wie diese allgemeine Wahrheit verfasst ist, ob sie eine Rassenideologie darstellt, eine göttliche Wahrheit, eine wissenschaftliche oder auch philosophische Einsicht, entscheidet über die spezifische Ausprägung der Ideologie, gemeinsam ist jedoch all diesen ideologischen Denkmustern der subsumierende Umgang mit den diesem Denken begegnenden Phänomenen in der Welt.

Eng verbunden mit dieser *quantitativen* Bestimmung des subsumierenden Urteils, insofern es ausnahmslos alle Phänomene betrifft, ist das *qualitative* Merkmal dieses Denkens: Mit der Annahme einer alle Phänomene betreffenden objektiven Wahrheit ist auch die Entscheidung gefallen, die Teilung des Urteils auf objektiver Seite und nicht auf subjektiver zu vollziehen. Es ist die Welt der Phänomene, die eingeteilt und geteilt wird, nicht der Urteilende selbst. Alles Erkennen erfolgt durch Einordnen bzw. Herstellen von „Einheit unter unseren Vorstellungen“ durch Begriffe, wie Kant die Verstandesleistung benennt (Kant KV B94). Wir können nur etwas als etwas erkennen, insofern wir es in Relation setzen zu etwas bereits Bekanntem. Diese Zuordnung erfolgt immer auch subsumierend. Das Besondere des fanatischen subsumierenden Denkens besteht jedoch darin, dass dieses Denken es nicht bei dieser Subsumtion unter eine Vielheit von Begriffen belässt, sondern diese Vielheit wiederum in eine grundlegende Einteilung überführt in solche Phänomene, die der allgemeinen Wahrheit entsprechen und solche, die ihr – in welcher Weise auch immer – entgegenstehen. Die Welt selbst wird letztlich geteilt in weiß und schwarz, gut und böse, gläubig und ungläubig, Arier und Nichtarier, gesund und krank, und je fanatischer das

Denken ist, desto geringer wird der Anteil an Phänomenen, die der zentralen Teilung der Welt neutral gegenüber stehen. Die qualitative Teilung der Welt beinhaltet unwillkürlich eine Wertung, auch wenn diese gar nicht gewollt war, die durch die Bedeutung der allgemeinen Wahrheit als letztem Bezugspunkt des Urteilens bedingt ist. Ihre verheerende Wirkung wird schließlich offensichtlich, wenn Menschen und Menschengruppen selbst dieser Wertung verfallen. Es geht dabei nicht nur um ein abwertendes Schubladendenken, das lediglich ein Vorstadium des fanatischen Denkens bildet, sondern um eine Sortierung von Phänomenen in solche, die der Wahrheit gemäß sind und daher zu schützen sind und solche, die der Wahrheit entgegenstehen und daher zu bekämpfen sind. Dinge, Vorstellungen, Menschen, Völker, Religionen und Natur, alles wird hineingezo-gen in einen zoroastrischen Ur-Kampf um die Durchsetzung der letzten Wahrheit, der großen Scheidung aller Phänomene in Licht und Dunkel, an der der fanatische Denker teilnimmt.

Damit ist auch gleichzeitig die der Urteilskraft eigene *Relationalität* beschrieben. Der subsumierend Urteilende betrachtet alles, was ihm begegnet, nur auf seine vorgängigen Kategorien hin. Alle Ereignisse, Gegenstände, Beziehungen und Mitmenschen werden lediglich daraufhin befragt, wie sie in die vorhandenen Schubladen passen. Alles Konkrete wird zum Fall, der als Fall unter eine allgemeine Regel subsumiert wird (Buck [1989]: 104ff.). Aufgrund des Totalitätsanspruches der absoluten Wahrheit steht keinesfalls die Regel mit zur Disposition, auch gibt es keine wirkliche Ausnahme von der allgemeinen Wahrheitsregel. Aufgabe der Subsumtion ist vielmehr, lediglich zu bestimmen, wie der konkrete Fall unter die allgemeine Regel gehört. Was offensichtlich nicht passt, ist letztlich auch nicht existent. Nur so wird es erklärlich, dass Rechtsextremisten sogar sichtbare Tatsachen wie beispielsweise die Barbarei von Auschwitz leugnen können. Die objektive, übergreifende Wahrheit hat Priorität vor den phänomenalen Tatsachen, so dass Tatsachen ihren begegnenden Charakter verlieren und entweder – teilweise äußerst erfindungsreich – in das Wahrheitssystem eingepasst werden können, oder gar nicht existent sind, sondern zu Wirklichkeitsverzerrungen der Umwelt erklärt werden. Die Folge ist eine eklatante Verarmung der Welt, weil jedes Phänomen dieser Welt nicht mehr in seiner Vielfalt und Besonderheit wahrgenommen wird, sondern nur noch auf sein Passungsverhältnis zur allgemeinen Wahrheit hin befragt wird.

Damit ist ein eindeutiges Überordnungsverhältnis beschrieben. Die allgemeine Wahrheit bestimmt das Konkrete, das Konkrete andererseits kann das Allgemeine nicht produktiv weiterbestimmen. Das Urteilen zieht lediglich logische Konsequenzen aus der allgemeinen Wahrheit für die konkrete Situation bzw. den konkreten Gegenstand und ermöglicht somit eindeutiges, konkretes Handeln; die übergreifende, abstrakte Wahrheit wird operationalisiert auf die weltlichen Phänomene hin. Sie wird selbst zum Phänomen zur allgemeinen Tatsache im Sinne von Tocqueville⁶. Da diese Konsequenzen auf einer logischen Operation

beruhen, führen sie einen entsprechenden Vernunftzwang mit sich, der den *modalen* Charakter des subsumierenden Urteilens prägt. Wer nicht zu den gleichen Schlüssen kommt wie der fanatisch Urteilende, der verweigert die richtige Schlussfolgerung und ist ein Feind der Wahrheit. Die unmittelbare Konsequenz der subsumierenden Urteilskraft ist die Gewalt. Weil wer A sagt, auch B sagen muss, führt die Anerkennung der Wahrheit unweigerlich auch zu gewalttätigen Konsequenzen im Umgang mit der Welt⁷. Dabei braucht derjenige, der diese Gewalt anwendet und für „befreite Zonen“ kämpft, indem er Angehörige anderer Nationen und Volksgruppen verfolgt, bedroht und vertreibt, kein Schuldbewusstsein zu haben; er ist nicht mehr oder weniger als ein Erfüllungsgehilfe der absoluten rassentheoretischen Wahrheit. Ergebenheit an die Wahrheit und Gewalttätigkeit bedingen einander auf verhängnisvolle Weise, während Schuldbewusstsein etwas voraussetzt, was der Fanatiker nicht mehr hat: eine Instanz in der eigenen Person, die über sich selbst unabhängig urteilt. Genau diese Instanz hat er durch eine objektive Wahrheit in Form einer Ideologie ersetzt.

Urteilen ist ein Vorgang, der zwischen Subjekt und Objekt stattfindet. Gegenstände, Ereignisse und personales Handeln und Sprechen anderer stehen immer auch den eigenen Denkkategorien entgegen; sie durchkreuzen Ziele, Absichten und Interessenverfolgungen; sie kommen auf uns zu ohne unser Zutun. Und doch werden sie erst von urteilenden Subjekten zu Gegenständen gemacht bzw. konstruiert. Im Urteilsakt ist das Subjekt des Urteilens immer mit präsent. Seine Denkhorizonte bestimmen maßgeblich, was ihm da als Gegenstand entgegenkommt. So gehört zum Urteilen immer ein subjektiver Faktor, für den der subsumierend Urteilende allerdings blind ist. Er sucht lediglich auf objektiver Seite nach Erkenntnis und verabsolutiert dabei seine subjektiven Kategorien, die er für objektiv hält. Die Rückwendung auf sich als Subjekt des Urteilens fehlt völlig. Damit erhält der Fanatismus eine neue Bestimmung. Der Grad fanatischen Denkens und Handelns entscheidet sich nicht mehr – wie durch die antike Herkunft suggeriert – an der Vehemenz bzw. Raserei des Verhaltens, sondern wird erkenntlich als eine spezifische Denkbehinderung im Dienste einer Wahrheit, die Urteilen nur noch einseitig auf objektiver Ebene der Teilung der Welt vollziehen kann, während die Teilung des Subjektes des Urteilens aus verschiedenen Gründen ausgefallen ist. Fanatismus in diesem Sinne hat nichts gemein mit dämonischen Absichten oder anderen düsteren Abgründen von Personen. Fanatischer Extremismus vollzieht sich vielmehr höchst banal. Das subsumierende Denken besticht oftmals durch seine Klarheit und Schlüssigkeit, und es erzeugt nicht zuletzt eine eigentümliche Form der Sicherheit. Wer subsumierend denkt, hat für sich einen festen Punkt im Universum gefunden, der ihm Halt gibt; dieser Punkt stiftet ihm eine lebenslange Aufgabe, für die er bereit ist alles zu opfern und bis zum Letzten zu kämpfen. Der Kampf für die Wahrheit bildet den Sinn des Daseins. Fanatisches Handeln ist immer Überzeugungshandeln.

Schließlich bildet das subsumierende Urteilen kein Spezifikum rechtsextremistischen oder auch religiös-fundamentalistischen Denkens. Wir alle urteilen immer auch subsumierend unter Rückgriff auf bestehende Kategorien, doch die Betonung liegt auf dem „auch“. Fanatisches Denken besticht durch seine Einseitigkeit, die es unmöglich macht, sich selbst mit seinen Denkkategorien zu hinterfragen. Doch auch diese Einseitigkeit ist kein ausschließliches Merkmal von politischem oder religiösem Extremismus. Auch solch hochangesehene Denktätigkeiten wie das moralische Denken oder auch die angewandten Wissenschaften verfallen immer wieder dieser Urteilsform. Moralität impliziert ein Denken, das sich von Prinzipien leiten lässt. Wenn auch der Inhalt der damit verbundenen allgemeinen, prinzipiellen Wahrheit einen zutiefst menschenwürdigen Inhalt hat, wird er in seiner Konsequenz unweigerlich zum Tugendterror, weil die gemeinsame, zwischenmenschliche Welt zwar das leitende moralische Prinzip prägt, aber nicht die Form des Urteilens⁸. Auf der anderen Seite erklärt wissenschaftliches Denken – beispielsweise klassisch medizinischer Prägung, in der Literatur kenntlich gemacht als klinisches Modell bzw. Sozialtechnologie (Kunstreich 1997; I: 159ff.; 219ff.; II: 150ff.; Müller 1999; 115ff.; 145; 199ff.; Bauman 2002) – konkrete Menschen zu Fällen, subsumiert sie unter scheinbar allgemeingültige Krankheitsbilder und entwickelt daraus den je passenden Behandlungsplan. Auch hier fehlt die Rückwendung zum Subjekt des Urteilens, um die eigenen Kategorien zu hinterfragen und gleichzeitig den Reichtum der phänomenalen Welt zu retten.

Das Problem des Rechtsextremismus', wie des Extremismus' überhaupt, wird damit kenntlich als eine Vermeidung der Rückwendung des Denkens auf sich selbst, die in der Literatur zu diesem Phänomen leider fälschlicherweise als „autoritäre Persönlichkeitsstruktur“ gekennzeichnet wird in Form eines psychischen Mangels an Selbstbewusstsein gepaart mit einer Suche nach einer Orientierung in der Welt. Diese Orientierung erfährt die autoritäre Persönlichkeit nicht in sich selbst, sondern allein von außen (Adorno 1973; Hopf 1993: 157–165; Claußen 1985: 205ff.; Fromm 1957: 3f.)⁹. Damit ist mehr und anderes benannt als die Suche nach einem Sündenbock (Allport 1951), weil der Sündenbockmechanismus bereits ein Bewusstsein von Schuld und damit eine gewisse Reflexivität voraussetzt. Demgegenüber ist der Extremismus durch den Verlust der eigenen inneren Stimme gekennzeichnet, die erst die eigene Schuld zu Bewusstsein kommen lassen kann. Sie ist eben nicht allein als psychologisches Phänomen beschreibbar, sondern auch als philosophisches in Form einer spezifischen Denkbehinderung. Die Verwandlung des Gewissens in ein totalitäres Führerprinzip zeigt beispielsweise Eichmann selbst in seinem Jerusalemer Prozess auf. Interessanterweise rekurriert er für die Begründung seines totalitären kategorischen Imperativs auf Kants Moralphilosophie¹⁰.

Reflektierendes Denken und die sozialpädagogische Professionalität

Diese Rückwendung zum Subjekt des Urteilens führt zu einer alternativen Urteilsart: dem reflektierenden Denken. Dieses reflektierende Denken aktualisiert nicht mehr und nicht weniger als das Bewusstsein, dass wir in dieser Welt nicht als isolierte Individuen leben, sondern unter unseresgleichen und dabei in unseren Urteilen permanent differieren. Als dieses zwischenmenschliche Urteilen ist es entwickelt worden als die Rückseite des freiheitlichen und damit des politischen Handelns (Arendt 1985; 1994: 298ff.; Vollrath 1974; 1987, Weber 2003: 40ff.). Es kann auch als der professionelle Typ sozialpädagogischen Handelns gekennzeichnet werden, obwohl dabei nicht übersehen werden darf, dass das reflektierende Denken auch zu einem gegliückten Sein unter Menschen allgemein – und damit alltäglich – gehört. Der Grad der Reflexion bestimmt höchstens den professionellen Charakter. Dabei wird wiederum die Urteilsstapel von Kant zum Wegweiser der Darstellung.

Die *qualitative* Eigentümlichkeit des reflektierenden Urteilens besteht in der Teilung des Subjekt des Urteilens. Es geht gerade nicht darum, die subjektive Vorurteilhaftigkeit des Urteilens zu leugnen. Im strengen Sinne gibt es kein vorurteilsfreies Urteilen und dieses ist auch gar nicht erstrebenswert, weil die vorgängigen Urteile immer auch unseren erworbenen Erfahrungsschatz beinhalten, der sich im bisherigen Urteilen und urteilenden Umgang mit der Welt bewährt hat. Doch der reflektierend Urteilende bewahrt sich zu seiner bisherigen Erfahrung und den damit verbundenen Vor-Urteilen im Sinne der vor dem Urteilsakt bereitliegenden Denkkategorien immer eine Distanz. Er teilt sich in zwei Urteilsakteure: einen, der die bisherigen Denkkategorien auch in diesem Urteilsakt anwendet und einen, der sich selbst bei dieser Anwendung aus einer gewissen Distanz zuschaut und beurteilt, welche Eigentümlichkeiten der Gegenstände damit erfasst werden und welche nicht. Der Urteilende wird sich selbst zum Außen, was jedoch nur so lange gelingt, wie er mit sich selbst befreundet bleibt und sich nicht mit seiner gesamten Erfahrung verurteilt. Der Respekt gegenüber der eigenen Erfahrung gehört konstitutiv zum reflektierenden Urteilenden dazu; nur so bleibt gewährleistet, dass der Urteilsakt eine Einheit bleibt und das Urteilssubjekt nicht in ihm zerrissen wird. Nur so kann aber auch die bisherige Erfahrung produktiv weiterentwickelt werden und der Erfahrungsschatz sich erhöhen, insofern neue Erfahrungen die bisherige Erfahrung modifizieren.

Diese Distanz wiederum gelingt nur dann, wenn der Reflektierende die simple Tatsache realisiert, dass er nicht allein auf dieser Welt ist und sich deshalb die Frage stellt, inwiefern er in einer konkreten Urteilsituation private, auf persön-

licher Prägung beruhende Kategorien ungerechtfertigterweise überträgt, oder ob er hier zwar vor seinem persönlichen Hintergrund, aber dennoch für andere nachvollziehbar urteilt. Dies gelingt, indem der Reflektierende sein Urteil in eine Gemeinschaft von Urteilenden stellt und den Gegenstand seines Urteilens aus ganz unterschiedlichen Perspektiven heraus reflektiert. Dabei übernimmt der Urteilende nicht die Vorurteile anderer, sondern ihre Standorthaftigkeit, aus der heraus sie urteilen. Er schlüpft nicht in ihre Schuhe, sondern stellt sich hinter ihnen auf, um aus der Situation anderer das eigene Urteil zu überprüfen. Indem dies geschieht, bleibt der Reichtum der entsprechenden Phänomene, um die es in dem jeweiligen Urteil geht, erhalten und die Verarmung, die dem subsumierend Urteilenden widerfährt, wird vermieden. Die Vielfalt der Perspektiven gewährleistet das Aufscheinen der Phänomene in ihrer Vielheit und Besonderheit (griechisch *phainesthai*: aufscheinen, erscheinen, scheinen). Nur so kann der Einzigartigkeit jedes Menschen im Urteilen Rechnung getragen werden, indem die Besonderheit jedes personalen Vollzuges reflexiv im Durchgang durch verschiedene Perspektiven eingeholt wird (Weber 2003: 387ff.). Im sozialpädagogischen Kontext ist es das Team, das hier eine herausragende Rolle übernimmt. Weil es höchst unsicher und schwierig ist zu beurteilen, inwiefern wir in konkreten Situationen voreingenommen urteilen oder nicht, holen wir uns ein Team zu Hilfe, das aus unterschiedlichen und von der eigenen abweichenden Perspektiven heraus das Geschehen beurteilt. Je mehr wir uns verstricken in ein bestimmtes Praxisgeschehen, desto stärker brauchen wir andere, die jenseits dieser Verstrickungen die Standorte anderer Betroffener einnehmen und auf diese Weise den verstehenden Perspektivenwechsel ermöglichen. An der Qualität der Teams und des reflexiven Geschehens in den einzelnen Institutionen lässt sich daher der Grad der reflexiven Professionalität der Mitarbeiter recht genau ablesen. Die Besonderheit sozialpädagogischen Handelns beruht immer auch darauf, auch solche Perspektiven noch verstehend nachzuvollziehen, die zunächst von außen von einer Vielzahl von Mitmenschen verurteilt, nicht verstanden oder abgelehnt werden.

Dieser *quantitative* Aspekt des Urteilens in einer Urteilsgemeinschaft kann wiederum nur insoweit gelingen, als die einzelnen Perspektiven nicht auseinanderfallen in eine fragmentierte Welt, sondern im Urteilen gleichzeitig der Zusammenhang mit dem bisher Gewussten aufscheint. Doch dieser Zusammenhang ist gerade nicht wie im Fall der Subsumtion eine objektiv bestimmbare Einheit, sondern vielmehr ist dieser Zusammenhang lediglich erlebbar. Kant spricht von dem Erlebnis der Zweckmäßigkeit ohne objektiv bestimmbaren Zweck (Kant KU: B XLIII; B32ff.) und bestimmt damit den *relationalen* Charakter letztlich als religiöses Erlebnis einer zweckmäßig eingerichteten Welt, zu der der objektive Zweck allerdings nicht benennbar ist; doch fasst er dieses Erlebnis im folgenden auch als ästhetisches Gefühl der Lust im Sinne eines spezifischen Zusam-

menstimmens bei der Beurteilung von Kunstgegenständen. Im sozialpädagogischen Kontext kennen wir dieses spezifische Erleben als Klärung, die nicht objektiv zu fassen ist, die aber durch das Aufscheinen einzelner Zusammenhänge das Erlebnis der Einheit des Phänomens trotz der Vielheit der Perspektiven auf dieses Phänomen signalisiert. Zum reflektierenden Urteilen gehört damit die Fähigkeit und Bereitschaft, sich auf die Pluralität von Standorten einzulassen, und mit dieser Bereitschaft bildet ein grundlegendes, objektiv nicht fassbares Vertrauen die Voraussetzung, dass die Welt noch eine Einheit bleibt, auch wenn ich mich auf deren Vielheit einlasse. Arendt spricht in diesem Zusammenhang von einem „Denken ohne Geländer“ (Arendt [1997]: 110), das nur möglich ist im Vertrauen auf die Welt (Arendt [1997]: 70). So bildet auch im reflektierenden Gespräch – zumal im Team – eine vertrauensvolle Atmosphäre die unbedingte Voraussetzung für reflektierendes Denken.

Dieser Zusammenhang bleibt nicht ohne Folgen für den *modalen* Aspekt des reflektierenden Urteilens. Die Vielheit der Perspektiven macht das einzelne Urteil höchst komplex. Der Urteilende merkt, dass es schlechthin nirgends einfache Antworten gibt. Gleichzeitig kann er nie sicher sein, dass er alle wesentlichen Aspekte für sein Urteil berücksichtigt und nicht wichtige Faktoren übersehen hat. Das reflektierende Urteil erhebt somit nie einen absoluten Wahrheitsanspruch, sondern formuliert immer den Vorbehalt, dass ein um weitere Perspektiven erweitertes Urteilen auch zu neuen Schlüssen kommen kann. Dennoch beinhaltet es gleichzeitig auch einen eigentümlichen Geltungsanspruch. Es mutet anderen insofern sein Urteil zu, als es sich als von privater Voreingenommenheit gereinigt begreift, so dass andere, wenn sie von ihrer subjektiven Beschränkung absehen, zu dem gleichen Ergebnis kommen müssten, es sei denn sie zeigen auf, dass wesentliche Aspekte im bisherigen Urteil keine Berücksichtigung gefunden haben und mit integriert werden müssen. Die Gewalt des konsequenten Denkens verwandelt sich im reflektierenden Urteilen in eine Werbung um Zustimmung durch Nachvollzug des reflexiven Aktes.

Pädagogische Schlussfolgerungen

In jedem Urteilsakt stehen wir vor der Alternative, ob wir subsumierend verfahren sollen oder aber reflexiv. Lediglich dem Fanatiker ist die reflexive Vorgehensweise aus verschiedenen Gründen verlorengegangen. Damit jedoch rückt uns der Fanatismus beängstigend nahe. Fanatismus, so wird deutlich, ist kein Problem einzelner Menschen mit problematischer Persönlichkeit. Wir selbst sind auf einmal betroffen, auch als Professionelle: Können wir selbst unseren eigenen Standpunkt zeitweise verlassen, um aus der Perspektive anderer heraus zu urteilen, oder haben wir blinde Flecken, in denen wir uns auf Verallgemeine-

rungen im Denken zurückziehen? Können wir andere – gerade auch uns zunächst abwegig erscheinende – Perspektiven einnehmen und sie integrieren in eine mit anderen gemeinsame Welt? Wo sind unsere eigenen Beschränkungen im reflektierenden Umgang mit spezifischen Phänomenen, Situationen oder Mitmenschen? Der Grad der reflektierenden Inklusion von Standorten, aus denen heraus rechtsextremistisch gedacht wird, bildet die besondere Herausforderung Sozialer Arbeit in diesem Kontext, weil die damit verbundenen Urteile von Rechtsextremisten in ihrem Inhalt oft derart unerträglich und inakzeptabel sind¹¹. Das Verständnis von subsumierend verallgemeinerndem Denken in seiner entlastenden Funktion bildet einen wichtigen Schlüssel für das pädagogische Zugehen auf einen Fanatiker. Sein Denken mag uns inhaltlich noch so unerträglich sein, seine Denkform ist verstehbar, weil wir selbst nicht gegen sie immun sind. Erst diese Einsicht ermöglicht meines Erachtens einen pädagogischen Umgang mit Fanatismus.

Denkformen sind eng verbunden mit der jeweiligen persönlichen Grundhaltung im Umgang mit der Welt. Fanatismus zeichnet sich in diesem Zusammenhang durch eine spezifische Hartnäckigkeit des Denkens aus. Selbst dann, wenn die ideologischen Grundlagen eines Fanatikere brüchig werden, bedeutet dies oftmals nicht eine reflexive Rückwendung zu sich selbst. Es ist allgemein bekannt, dass es für Extremisten leichter ist, die Ideologie zu wechseln als die Denkform. Für den Rechtsextremisten, dessen ideologische Wahrheit ins Wanken gerät, wird es leichter sein, seinen Rechtsextremismus in einen Linksextremismus zu verwandeln, als reflexive Momente zu erproben, zu den eigenen Urteilen in Distanz zu treten und das eigene Urteil um andere Perspektiven zu erweitern¹².

Damit ist ein erstes Problem für den pädagogischen Umgang mit Extremismus benannt. Der Weg zu einem alternativen Denken ist weit, und entsprechend mühsam ist diese pädagogische Arbeit. Hinzu kommt ein zweiter Punkt: Für den Fanatiker macht sein subsumierendes Denken auch deshalb Sinn, weil es ihm im Vergleich zum Reflektieren mehr Gewinn bringt. Das reflektierende Denken muss dem Extremisten mit seinem spezifischen Geltungsanspruch im Vergleich zum subsumierenden Denken als schwach und unattraktiv erscheinen. Die Klarheit und Einfachheit der subsumierenden Schlussfolgerung gepaart mit der Sicherheit, die der Wahrheitsanspruch des fanatischen Denkens verspricht, wird höchst ungern eingetauscht gegen ein reflektierendes Überdenken, das die scheinbar einfachsten Phänomene manchmal als höchst komplex und letztlich nicht absolut sicher bestimmbar kennzeichnet. Dies hat zunächst keine Anziehungskraft für den Extremisten.

Wer dennoch einen Menschen, der subsumierend denkt, von der Sinnhaftigkeit des reflektierenden Denkens überzeugen will, der muss den Reichtum der Welt, die in diesem Denken aufscheint, stark machen gegenüber der Verarmung und

Enge des bornierten Denkens fanatischer Art. Jedenfalls reicht es keineswegs, die einfachen Kategorien, wie beispielsweise Ausländer sind und was Deutschsein ist, ins Wanken zu bringen oder zu irritieren, indem auf Phänomene verwiesen wird, die nicht in die subsumierende Vorstellungswelt extremistischen Denkens hineinpassen. Auch die Konfrontation der Einbildungskraft mit anderen Perspektiven, vor allem den Standorten von Betroffenen, wie z.B. verschiedenen Ausländerschicksalen, hilft meist nicht weiter, weil es von einem Fanatiker gerade als gefährlich empfunden wird, die eigene Standorthaftigkeit aufzuklären oder gar zu verlassen. Nur wenn es uns gelingt, diese zurückgezogene Person des Urteilenden zu respektieren – und diese natürlich nicht in ihrem bornierten Denkvollzug, sondern dort, wo sie noch intakt ist – und gleichzeitig eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen, kann es uns gelingen, das Denken an bestimmten Stellen aufzuklären und in diesem Aufklärungsprozess auch mit anderen Perspektiven zu konfrontieren. Insofern ist tatsächlich eine spezifische akzeptierende Jugendarbeit von Nöten (Krafeld 1993: 310–318)¹³, die nicht das bornierte, fanatische Denken akzeptiert, aber die Erfahrungswelt des Urteilenden dahinter. Vor allem der letztlich ausgewogenen Situation des Kampfes, dem der fanatisch Denkende verfällt, indem er alle Phänomene, die sein Wahrsystem bedrohen, bekämpfen muss, kann in einer solchen Atmosphäre des Vertrauens die Chance gegenübergestellt werden, dass das Zulassen von Unsicherheit letztlich auch zu einer Befreiung von diesem Kampf führen wird.

Sinn der Pädagogik im Kontext des Extremismus' ist die Bewahrung und Bereicherung der gemeinsamen Welt. Dieser Standpunkt gibt den Pädagoginnen und Pädagogen auch die Grenze der Akzeptanz vor. Meinungen, die den Ausschluss oder gar die Vernichtung anderer Standpunkte in der Welt zum Inhalt haben, verlieren das Recht auf Akzeptanz, weil sie auf einer Voraussetzung – nämlich selbst nicht ausgesperrt oder vernichtet zu werden – beruhen, die sie selbst anderen bestreiten. Nur wenn es uns gelingt, einen Unterschied zu machen zwischen bestimmten inakzeptablen Meinungen, die entsprechende deutliche Konsequenzen erfordern, zumal wenn sie in daraus folgende Handlungen münden, und den dahinter stehenden Urteilssubjekten mit ihren immer auch unzerstörten Anteilen, nur dann können wir überhaupt die richtige Balance finden zwischen akzeptierenden und Grenzen setzenden Verhaltensweisen. Gerade Extremisten sind oftmals dankbar für solche klaren Grenzen. Diese kommen ihrer Handlungsorientierung nach außen in besonderer Weise entgegen.

Weil reflektierendes Denken eine höchst komplexe, manchmal auch anstrengende und fordernde Tätigkeit ist, die wir auch selbst, sofern wir uns als Professionelle Sozialer Arbeit verstehen, nicht immer durchhalten, rückt uns das extremistische und fundamentalistische Denken näher. Hartnäckige Vorurteile, die sich immun gegenüber realen Erfahrungen verhalten, sind auch unser Thema. Damit wird rechtsextremistisches Denken für uns nachvollziehbar, und es ist

unser eigenes Beispiel des reflektierenden Vollzuges und der damit verbundenen Werbung für den unabschließbaren Reichtum der Welt, der ein wichtiges überzeugendes Argument im Umgang mit rechtsextremistischem Denken darstellt. Wo immer darüber hinaus im pädagogischen Geschehen freie Handlungsräume bestehen, die von verschiedensten Akteuren selbstbestimmt genutzt werden können und in denen der gegenseitige Respekt gegenüber den Wünschen und Interessen der Vielen erprobt und erlebt wird, dort wird der praktische Sinn des Reflektierens und der damit verbundene Reichtum der Welt erfahrbar, und das fanatische Denken verliert seine Relevanz. Es ist die Erfahrung, die das Denken prägt, das dann wieder neue Erfahrung ermöglicht. Soziale Arbeit steht genau in diesem hermeneutischen Zirkel.

Anmerkungen

- 1 Zum Begriff Rechtsextremismus vgl. Minkenberg, M 1998; Gessenharter 1998; Grumke/Wagner 2001: 7f.
- 2 Von hier aus ergibt sich auch eine entsprechende Kritik an Argumentationstrainings im Umgang mit solchen Parolen (so z.B. Hufer 2001).
- 3 Während Dummheit für Kant ein „Mangel an Urteilskraft“ allgemein und damit im Besonderen ein Unvermögen der Subsumtion darstellt, kennzeichnet er die Unfähigkeit zum reflektierenden Denken als Borniertheit: vgl. Kant KV B172 Anm.; KU B159
- 4 Zur Problematik der Moralphilosophie Kants vgl. Vollrath 1977; Weber 2003: 374ff.
- 5 Zur Gliederung des Folgenden in qualitative, quantitative, relationale und modale Momente des Urteils vgl. Kant KV B94ff.
- 6 Zu den faits générales bei Tocqueville vgl. Vollrath 1995: 242
- 7 Vgl. zu diesem Aspekt des schlussfolgernden Denkens auch Arendt 1986a: 720ff.
- 8 Dabei soll nicht bestritten werden, dass wir gut beraten sind, einen Unterschied zwischen den jeweiligen ideologischen Inhalten zu machen. Natürlich ist eine rassistische Ideologie gefährlicher als eine moralistische, die sich auf ein allgemeines Sittengesetz oder ähnliche moralische Prinzipien gründet. Selbst so anerkannte objektive Inhalte wie die Menschenrechte können Gegenstand fanatischen Denkens werden. Doch um so wichtiger ist es, zu sehen, dass eine fanatische Denkform jeden Inhalt verwandelt und der Welt unter Menschen Gewalt antut. Neben der Beurteilung des ideologischen Inhaltes brauchen wir immer auch eine Beurteilung der Denkform, um die Gefahr fanatischen Denkens zu erkennen und dann auch zu entschärfen.
- 9 Bereits der Begriff „autoritäre Persönlichkeit“ ist problematisch und beruht zentral auf der Verwechslung von Gehorsam gegenüber einer Autorität und totalitärer Folgsamkeit. Autorität kommt gerade ohne Zwang aus, begrenzt und sichert Freiheit und hat ihren Sinn in der ständigen Rückbindung des Neuen an das Bestehende. Sie bildet das konservative Moment des Politischen wie auch des Pädagogischen (Arendt 1994a; Vollrath 2003: 92). Der Verlust von Autorität bildet damit nicht die Lösung des extremistischen Phänomens, sondern ist ein Teil des Problems.

- 10 Arendt rezipiert diesen totalitären kategorischen Imperativ wie folgt: „Handle so, daß der Führer, wenn er von deinem Handeln Kenntnis hätte, dieses Handeln billigen würde.“ (Arendt 1986: 174)
- 11 Damit zeigt sich noch einmal, dass ein deutlicher Unterschied besteht zwischen Perspektive und Urteil. Die Perspektive eines anderen einnehmen heißt, in die Koordinaten seiner inneren und äußeren Situation zu treten, nicht aber die entsprechenden Urteile zu teilen. Im Vergleich zum Fanatiker vergisst der Reflektierende vor allem niemals, dass die sich aus dieser Perspektive ergebende Meinung nur eine unter vielen ist.
- 12 Im übrigen liegt hier auch ein wesentlicher Erklärungsansatz dafür begründet, dass Rechtsextremismus in Ostdeutschland ein besonderes Problem darstellt: Die „Suche nach einfachen Antworten“ bzw. die „Sehnsucht nach Gewissheit“, die das politische Denken der DDR geprägt hat, sucht nach dem Zusammenbruch der DDR im rechts-extremistischen Denken seine Fortsetzung (Kühnel 1993: 237–246).
- 13 Ein konkretes Beispiel einer solchen akzeptierenden Jugendarbeit stellt Timm Kunstreich vor in einem AgAG-Projekt: Wo Jugendliche selbständig ihren Interessen nachgehen können – beispielsweise in der Gestaltung eines Jugendzentrums – bleibt ihnen gar nichts anderes übrig, als sich in ihrem Engagement mit anderen zu verständigen, was nichts anderes heißt als reflexiv zu denken. Erst die reale Erfahrung mit anderen – abweichenden – Meinungen ermöglicht wieder die innere Präsenz von anderen Perspektiven (Kunstreich 1995: 75–84).

Literatur

- Adorno, Theodor W. 1973: Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt/Main
- Allport, Gordon W. 1951: Treibjagd auf Sündenböcke, Berlin/Bad Nauheim
- Arendt, Hannah 1986: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. München/Zürich
- Arendt, Hannah 1986a: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. München/Zürich
- Arendt, Hannah 1997: Diskussion mit Freunden und Kollegen in Toronto; in: dies.: Ich will verstehen. Selbstauskünfte zu Leben und Werk, München S. 71ff.
- Arendt, Hannah 1997a: Fernsehgespräch mit Günther Gaus; in: dies.: Ich will verstehen. Selbstauskünfte zu Leben und Werk, München S. 44ff.
- Arendt, Hannah 1985: Das Urteilen. Texte zu Kants politischer Philosophie. München
- Arendt, Hannah 1994: Kultur und Politik; in: dies.: Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I; München
- Arendt, Hannah 1994a: Was ist Autorität? In: dies.: Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I; München
- Bauman, Zygmunt 2002: Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust; Hamburg
- Buck, Günther 1989: Lernen und Erfahrung – Epagogik. Darmstadt
- Claußen, Bernhard 1985: Die „autoritäre“ Persönlichkeit: – verdrängt – und doch aktuell; in: Westermanns Pädagogische Beiträge 37.Jg. S. 205ff

- Freie und Hansestadt Hamburg Behörde für Inneres / Bundesamt für Verfassungsschutz; Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Hg.) 2001: Rechtsextremismus in Stichworten, Hamburg
- Gessenharter, Wolfgang 1998: Neue radikale Rechte, intellektuelle neue Rechte und Rechtsextremismus: Zur theoretischen und empirischen Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes“; in: ders./Fröchtling, Helmut (Hg.): Rechtsextremismus und neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes? Opladen
- Grumke, Thomas / Wagner, Bernd (Hg.) 2002: Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft. Wiesbaden
- Hopf, Christel 1993: Autoritäres Verhalten. Ansätze zur Interpretation rechtsextremer Tendenzen; in: Otto, Hans-Uwe / Merten, Roland (Hg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch.; Bonn S. 157ff.
- Hufer, Klaus-Peter 2001: Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen. Schwalbach
- Kant, Immanuel (KV): Kritik der reinen Vernunft
- Kant, Immanuel (KU): Kritik der Urteilskraft
- Krafeld, Franz Josef (Hg.) 1992: Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugenddeliquen. Schriftenreihe der Landeszentrale für politische Bildung Bremen Band 4
- Krafeld, Franz Josef 1993: Jugendarbeit mit rechten Jugendszenen. Konzeptionelle Grundlagen und praktische Erfahrungen; in: Merton, Roland/Otto, Hans-Uwe (Hg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch; Bonn S. 310ff.
- Kühnel, Wolfgang 1993: Gewalt durch Jugendliche im Osten Deutschlands Versuch einer Ursachen- und Bedingungsanalyse, in: Merton, Roland/Otto, Hans-Uwe (Hg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch; Bonn S. 237ff.
- Kunstreich, Timm 1995: Gewalt Macht Sinn. Einige Überlegungen zu sozialpädagogischen Handlungsstrategien in der Jugendarbeit. In Schmidt-Semisch, Hennig / Lindenberg, Michael (Hg.): Gewaltwelten; Gersthofen
- Kunstreich, Timm 1997: Grundkurs Soziale Arbeit. Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit. Hamburg
- Minkenberg, M. 1998: Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland; Opladen/Wiesbaden
- Müller, C. Wolfgang 1999: Wie Helfen zum Beruf wurde. Eine Methodengeschichte der Sozialarbeit Band 1: 1883–1945 Weinheim/Basel
- Vollrath, Ernst 1974: Kants Kritik der Urteilskraft als Grundlegung einer Theorie des Politischen; in: Akten des 4. Internationalen Kant-Kongresses Teil LII.2: Sektionen Berlin/New York
- Vollrath, Ernst 1977: Die Rekonstruktion der politischen Urteilskraft, Stuttgart
- Vollrath, Ernst 1987: Grundlegung einer philosophischen Theorie des Politischen; Würzburg
- Vollrath, Ernst 1995: Tocqueville über die politischen Implikationen des neuzeitlichen Individualismus. In: Hoffmann, Sören/Majetschak, Stefan (Hg.): Denken der Individualität. Festschrift für Josef Simon zum 65. Geburtstag; Berlin/New York S. 239ff.

- Vollrath, Ernst 2003: Was ist das Politische? Eine Theorie des Politischen und seiner Wahrnehmung. Würzburg
- Weber, Joachim 2003: Philosophie des Helfens. Ein Hilfekonzept in Auseinandersetzung mit dem Denken von Hannah Arendt; Münster/Hamburg/London
- Weber, Joachim 2004: Reflexive Professionalität. Kollegiale Praxisreflexion als zentrales Moment sozialpädagogischer Professionalität. In: Zeitschrift für Sozialpädagogik 2/2004 S. 143ff.
- Ziegler, Konrat/Sontheimer, Walther (Hg.) 1979: Der kleine Pauly. Lexikon der Antike Band 2; München

*Dr. Joachim Weber, Burmesterstraße 16, 22305 Hamburg,
E-Mail:weber-jo@web.de*

Kleine Verlag *aktuell*

Peter Döge, Karsten Kassner, Gabriele Schambach (Hrsg.)

Schaustelle Gender

Aktuelle Beiträge sozialwissenschaftlicher Geschlechterforschung

2004, ISBN 3-89370-386-1, 212 Seiten, € 20,90 / SFr 36,70

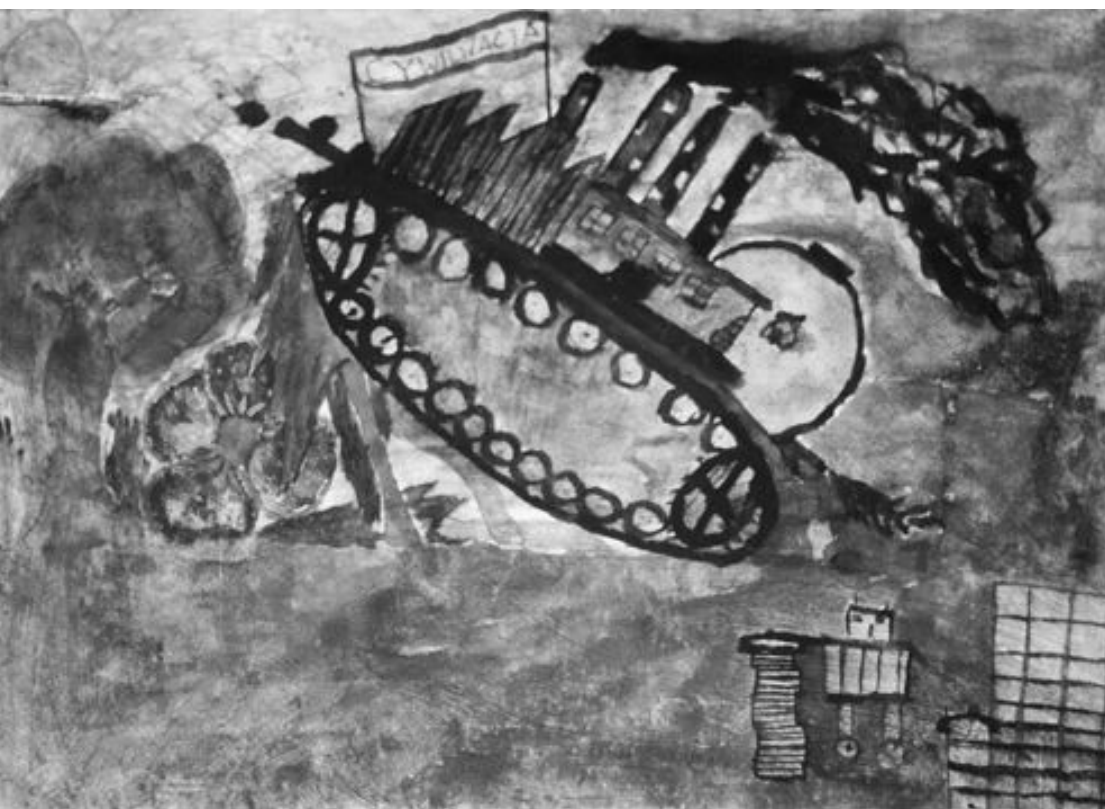
Gender hat sich in den letzten Jahren zunehmend als Analysekatgorie etabliert. Allerdings nimmt sie auch heute keinesfalls einen zentralen Platz im Mainstream der unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Disziplinen in Deutschland ein.

Vor diesem Hintergrund hat das Berliner Institut für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung (IAIZ e.V.) in Kooperation mit dem Büro für Frauenförderung und Gleichstellung der Fachhochschule Nordostniedersachsen die Tagung „Gender als Kategorie in den Sozialwissenschaften“ veranstaltet.

Im Rahmen der Tagung erfolgte eine aktuelle Standortbestimmung zum Stellenwert der Kategorie Gender in unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Disziplinen (Soziologie, Politikwissenschaft, Erziehungs- und Kulturwissenschaften). Zugleich sind exemplarisch Ansätze von NachwuchswissenschaftlerInnen zur Operationalisierung der Analysekatgorie Gender in verschiedenen Bereichen sozialwissenschaftlicher Forschung präsentiert worden.

Der vorliegende Band enthält die Tagungsbeiträge in aktualisierter und überarbeiteter Form.

Mit Beiträgen von Andrea Maihofer, Michael Meuser, Katrin Schäfgen, Peter Döge, Vera Moser, Barbara Rendtorff, Karsten Kassner, Stefanie Kron, Iris Peinl, Daniela Rechenberger, Anneli Rülmg, Gabriele Schambach, Uta Scheer.





Maren A. Jochimsen,
Stefan Kesting,
Ulrike Knobloch (Hrsg.)

Lebensweltökonomie

Reihe Lebensweltökonomie, Band 1

2004, ISBN 3-89370-397-7, 439 Seiten
€ 28,80 / SFr 50,30

Lebensweltökonomie stellt die erwerbsorientierte Wirtschaftsweise in ihren gesellschaftlichen, ökologischen, historischen, räumlichen und normativen Zusammenhang. Ihren Ausgangs- und Bezugspunkt bilden die Lebenswelt, die in ihr zum Tragen kommenden Handlungsprinzipien, das in ihr zum Ausdruck gebrachte Verständnis vom Wirtschaften, vom Menschen und von der Natur.

Lebensweltökonomie macht die spezifischen ökonomischen Charakteristika der Lebenswelt sichtbar und erforscht das Zusammenspiel von Lebenswelt und Ökonomie bei der Gestaltung einer zukunftsfähigen Wirtschaftsweise.

Der erste Band der gleichnamigen Reihe *Lebensweltökonomie* versammelt internationale Beiträge ganz unterschiedlicher Forscherinnen und Forscher. Gemeinsam ist ihnen der Stellenwert, den sie der Lebenswelt und ihrer Perspektive auf die Wirtschaft und die Wirtschaftswissenschaften in ihren ökonomischen Ansätzen beimessen. Sie umreißen das Forschungsprogramm der Lebensweltökonomie, indem sie exemplarisch ihre zentralen Themen aufgreifen und aus unterschiedlicher Perspektive bearbeiten:

- Reflexion der Wertgrundlagen des Wirtschaftens
- Alltag als zentraler Ort wirtschaftlichen Handelns
- Geschlecht als Kategorie lebensweltorientierter ökonomischer Analyse
- Zeitenvielfalt und die Einheit von Produktivität und Reproduktivität
- Partizipation und Kooperation im Wirtschaftsleben
- Nachhaltige Entwicklung aus lebensweltlicher Perspektive
- Gestaltungsaufgaben sozialökologischer Wirtschaftspolitik

Mit Beiträgen von *Barbara Adam, Willy Bierter, Beat Bürgenmeier, Martin Büscher, Christiane Busch-Lüty, Wolfram Elsner, Adalbert Evers, Martin Held, Rudolf Hickel, Sabine Hofmeister, Edith Kuiper, Eva Lang, Helge Majer, Christa Müller, Sabine O'Hara, Gerhard Scherhorn, Susanne Schön, Harald Spehl, Peter Ulrich, Ines Weller, Hans Peter Widmaier, Uta von Winterfeld* und persönlichen Anmerkungen von *Annegret Ergenzinger, Daniela Gottschlich, Klaus Grenzdörffer, Helene Hammelrath, Heide Inhetveen, Joachim Larisch, Babette Scurrall und Uta von Winterfeld*. Herausgegeben und eingeleitet von *Maren Jochimsen, Stefan Kesting und Ulrike Knobloch*.

Leistungseliten?

Michael Hartmann: Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft. Frankfurt/M., Campus 2002, 208 S., 19,90 Euro

Vorgelegt wird von Michael Hartmann eine empirische Studie, die theoretisch fundiert und politisch perspektivenreich verfährt. Ihr Aufklärungswert ist beträchtlich, destruiert sie doch einen tragenden Mythos unserer real existierenden kapitalistischen Klassengesellschaft und kritisiert zugleich in grundlegender Weise neben dem Mainstream der Eliten-„Forschung“ die soziologischen Ansätze von Beck und Luhmann. Es handelt es sich um jene Behauptung – „die Illusion von der Leistungsgesellschaft“ (17) –, die Legitimität geben und Massenzulassung sichern soll, dass „die da oben“ – vor allem in der Wirtschaft – ihre Positionen innehaben, weil sie angeblich etwas (besonderes) leisten oder geleistet haben. In Wirklichkeit, so das Forschungsergebnis, das Hartmann klar strukturiert und sehr gut nachvollziehbar vorstellt, handelt es sich um das Zusammenspiel gesellschaftlicher Strategien auf unterschiedlichen Feldern – Reproduktion sozialer Ungleichheit, Politiken sozialer Schließung, Ideologieproduktion in hegemonialen Kämpfen –, mit denen es immer um (Zugriffe auf) gesellschaftliche Machtpositionen und Reichtum geht. Deutlich wird dabei insbesondere – vor dem Hintergrund der PISA-Debatten interessant – die herausragende Bedeutung der Rolle des Bildungssystems – für materiale wie ideologische Prozesse. Die Folge dieser Strategien ist die klare Dominanz des Nachwuchses aus dem gehobenen und dem Großbürgertum unter den Topmanagern der deutschen Wirtschaft – wobei in den hundert größten deutschen

Unternehmen über achtzig Prozent der Vorstandsvorsitzenden aus diesem Milieu stammen. Es handelt sich mithin nicht nur um ein Resultat der ungleich verteilten Bildungschancen, sondern dies ist „zu einem hohen Prozentsatz auch eine direkte Folge der sozialen Herkunft. Das ist das entscheidende Ergebnis des hier vorgestellten Forschungsprojekts über die promovierten Ingenieure, Juristen und Wirtschaftswissenschaftler aus vier Jahrzehnten“ (118; Hervorh. H.S.).

Verdichtet findet sich hier nicht nur das Ergebnis, sondern auch ein Hinweis auf das Forschungsdesign der Studie (vgl. 22f.), die im übrigen von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wurde. Den ‚Gegenstand‘ bilden vier Promotionskohorten (von 1955 bis 1985), deren Karrierewege in den im Titel aufgeführten Bereichen.

Im Zentrum geht es um die Frage nach jenen „herkunftsbedingten Faktoren“, die Kinder aus den „besseren Kreisen“ erfolgreich in unternehmerische Spitzenpositionen führen: „Der Nachwuchs des gehobenen und noch stärker des Großbürgertums profitiert vor allem von bestimmten, vom Aufwachsen in diesen sozialen Milieus abhängigen Persönlichkeitsmerkmalen. Wer es bis in die Chefetagen schaffen will, sollte von seiner Persönlichkeitsstruktur her denjenigen ähneln, die bereits in solchen Positionen sitzen“ (118f.). Die „Stabilität“ (79) der Strukturen sozialer Ungleichheit hierzulande – und Vergleiche mit den Verhältnissen in den USA, UK, Frankreich und Schweden ergeben identische Ergebnisse – wird also auch durch Personen und deren Positionierung erreicht. Demzufolge kann Hartmann schließen: „Insgesamt bestätigen die multivariaten Modelle das zentrale Resultat: Die soziale Herkunft übt eine sehr starke Wirkung auf die beruflichen Karriereaussichten in den großen deutschen Unternehmen aus. *Bei gleich hohem Bildungsabschluss bleiben die von der Her-*

kunft ausgehenden und den Nachwuchs des gehobenen und des Großbürgertums deutlich begünstigenden Effekte auch unter Berücksichtigung aller sonstigen Einflussfaktoren (Jahrgangszugehörigkeit, Studienfachwahl und Studienverhalten) nicht nur vollkommen stabil, sie nehmen seit den 70er Jahren sogar eindeutig an Bedeutung zu. Die Mechanismen der sozialen Schließung in den Chefetagen der deutschen Wirtschaft weisen also nicht nur eine erstaunliche Beharrlichkeit auf, sie gewinnen im Zeitverlauf auch noch an Gewicht“ (80; Hervorh. H.S.).

Es geht also um die Frage, die dem 5. Kapitel die Überschrift gibt, „Leistung oder Habitus?“; was zu der Antwort führt, nicht die Leistung ist in letzter Instanz entscheidend, sondern der Habitus. Den Prozess der Habitus-Formierung, Bourdieus „feine Unterschiede“ in der Bedeutung für Statusdifferenzen aufzuschlüsseln, betreibt Hartmann mithilfe von vier Distinktionsmerkmalen: „die Vertrautheit mit den in den Vorstandsetagen gültigen Dress- und Verhaltenscodes, eine breite bildungsbürgerlich ausgerichtete Allgemeinbildung, eine ausgeprägte unternehmerische Einstellung (inkl. der dafür als notwendig erachteten optimistischen Lebenseinstellung) und als wichtigstes Element persönliche Souveränität und Selbstsicherheit“ (122). Die intime Kenntnis der Codes bildet zugleich die Grundlage für Haltungen, mit denen diese ignoriert oder verletzt werden dürfen (126f.), was sich dann – bei entsprechender ‚Grundausstattung‘ – als besonderer Ausdruck von Souveränität und Selbstsicherheit interpretieren lässt.

Gilt es die herausragende Bedeutung von klassenspezifischem Habitus, damit von familiärem Erbe wie Ressourcen, „bei der Rekrutierung von Eliten“ (151) festzuhalten, so ist dies weiter für eine Analyse der „realen gesellschaftlichen Machtverhältnisse“ hierzulande (150ff) fruchtbar zu machen.

Gerade da die Studie herausstellt, dass im Unterschied zur hohen sozialen Selektivität in der Wirtschaft „normale“ Promovierte in Justiz, Wissenschaft und Politik bessere „Aufstiegschancen“ (145) haben – was von Hartmann differenziert nach Feldern und je besonderen gesellschaftlichen Konstellationen wie changierenden Interessen ausbreitet wird (vgl. etwa 145ff) –, ist die Relevanz der Ökonomie für die „Machtfrage“ zu betonen. Einher geht damit eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den gesellschaftsanalytischen Positionen Becks und Luhmanns, denen Hartmann eine grundlegende Verknennung gesellschaftlicher Verhältnisse nachweist; fehlt beiden doch infolge der Thesen von „Individualisierung“ oder „funktionaler Differenzierung“ an Einsicht in die realen gesellschaftlichen Strukturen, die „Wirklichkeit“ gesellschaftlicher Ungleichheit und deren (Re)Produktion (172; vgl. insgesamt 165ff). –

Hartmann operationalisiert die Machtfrage als Frage, „wer wie viel Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung nehmen kann“ (174), gestellt ist damit de facto die „Demokratiefrage“. Konzise diskutiert unter dem Dach der Leitmotive dieser Studie „Macht, herrschende Klasse und Leistungsgerechtigkeit“ (174ff) findet sich hier eine basale demokratietheoretisch wie -praktisch ausgerichtete Zusammenfassung der Forschungsergebnisse. Gegen diejenigen, die vor dem Hintergrund entsprechender Vorteile von „Leistungsgerechtigkeit“ als Gegensatz zu „Gleichmacherei“ schwafeln, denen es aber in Wirklichkeit nur um „die Bewahrung und den Ausbau ihrer privilegierten Position“ geht (179f.), hält M. Hartmann daran fest, dass „die Einschränkung und Kontrolle wirtschaftlicher Macht sowie die Begrenzung von Einkommens- und Vermögensdifferenzen“ (181) politisch durchzusetzen sei, um soziale Gerechtigkeit als handlungsleitendes Prinzip und damit die Perspektive einer Reduzierung der „Unter-

schiede in den Lebenschancen“ (182) auf die Tagesordnung zu setzen.

*Prof. Dr. Heinz Sünker
Universität Wuppertal/
FB Bildungswissenschaften
42119 Wuppertal*

„Die Sanitätskolonne des Klassenkampf“: Die Rote Hilfe zwischen Politik und Fürsorge

*Sabine Hering, Kurt Schilde (Hrsg.):
Die rote Hilfe. Die Geschichte der
internationalen kommunistischen
„Wohlfahrtsorganisation“ und ihrer
sozialen Aktivitäten in Deutschland
(1921–1941), 326 Seiten, zahlreiche
Abbildungen, Leske + Budrich,
Opladen, 2003, 24,90 Euro*

Ein Titel, in dem das Wort „rot“ vorkommt, klingt heute eher ungewöhnlich – und eine Publikation, welche der „Roten Hilfe“ gewidmet ist und in der es um Dinge wie das „Schaffen eines kameradschaftlichen Mitgefühls“, um „Klassensolidarität“ und „internationale kommunistische Hilfsaktionen“ geht, wirkt eher unzeitgemäß. Überraschend ist auch die Sichtweise, die dem Buch zugrunde liegt: Entstanden ist die von Sabine Hering und Kurt Schilde herausgegebene Publikation nicht im Kontext politischer Geschichtsschreibung, sondern im Zusammenhang einer Geschichte der Sozialen Arbeit. Mit diesem bisher völlig vernachlässigten Blick auf die Rote Hilfe eröffnet sich ein neuer Zugang zum Thema, welcher durchaus Beachtung verdient. Es eröffnet sich nämlich eine Perspektive, welche auch Fragen nach der Sozialpolitik und sozialen Praxis, nach den

Konzepten von Kindererziehung und Rechtsberatung ebenso wie nach der Klassenjustiz, der Propaganda oder Institutionengeschichte umfasst.

Die Quellen und Dokumente, auf die sich das Buch bezieht, zeigen, welche soziale Energie und welche Fachkompetenz von Anwält/innen, Pädagog/innen, Künstler/innen u.s.w. notwendig war, um das Netzwerk der Roten Hilfe zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Die Autor/innen, die in dem Buch vertreten sind, widmen sich zum einen den politischen Ideen und der Organisationsstruktur der Internationalen Roten Hilfe und der Roten Hilfe Deutschlands (Nick Brauns und Kurt Schilde), sie interessieren sich aber in erster Linie für die Persönlichkeiten und ihren sozialen und pädagogischen Tätigkeiten. Demzufolge tritt in vielen Texten der Zusammenstoß zwischen den Personen und der Doktrin in den Vordergrund. Die Beschäftigung mit dem Spannungsfeld zwischen den modernen Grundlagen der Fürsorge und den engen politischen Grenzen, welche die kommunistischen Bewegung dafür setzte, zeigt sich besonders deutlich am Beispiel der Kinderheime der Roten Hilfe, die sich in Worpswede (Barkenhoff) und in Elgersburg befanden. Die pädagogischen Ideen von Edwin Hoernle auf der einen Seite und die von der Schweizerin Mentona Moser in der UdSSR gegründete Einrichtung für Flüchtlingskinder andererseits machen zudem die Bedeutung des politischen Kontextes einer bürgerlichen Gesellschaft bzw. der Sowjetgesellschaft deutlich, der sich vor allem in dem Unterschied zwischen beruflicher Tätigkeit in Deutschland und ideologischen Auftrag in der UdSSR manifestiert. Trotz dieser Probleme und Differenzen war die soziale Arbeit in der „Roten Hilfe“ so anziehend für viele Menschen, dass sie ihre Klasse und Familie verließen (z.B. Mentona Moser und Jelena Stassova), weil sie hier einen Zusammenhang zwischen ihrer

kommunistischen Ideologie und ihrem Wunsch, die Leiden der Verhafteten und ihrer Angehörige zu lindern, herstellen konnten.

Besonders interessant ist das Kapitel der Rechtsberatung innerhalb der Roten Hilfe (Carola Tischler). Nach dem Motto: „Die Gerichtssäle müssen zu Tribunalen gegen die Klassenrichter gemacht werden“ konnten viele Sympathisanten im In- und Ausland geworben werden. In der Auseinandersetzung mit der Arbeit der Rechtshilfe wird deutlich, dass dieses Motto auch bedeutete, dass der politische Sieg der Ideologie viel wichtiger war als das persönliche Schicksal des Einzelnen.

Dass es für all die Mitglieder der Roten Hilfe, die später zu Opfern politischer Verfolgung in der UdSSR wurden, weder Rechtsschutz noch Betreuung gab, spricht für die parteigebundene „Einäugigkeit“ – so Sabine Hering und Kurt Schilde – die dazu beigetragen hat, dass „nur die Opfer der Feinde, nicht aber auch die Opfer der eigenen Politik“ anerkannt und geschützt wurden.

Eine besondere Bedeutung in diesem Buch hat die Publikation von Quellen. Wenn man nur die Tätigkeit der Roten Hilfe analysiert, tritt die praktische Arbeitsleistung: das Organisieren von Hilfsaktionen in den Vordergrund. Die eigene Sprache der Roten Hilfe aber, die ein Teil des „Curriculums“ des Klassenkampfes war, ermöglicht, etwas sehr Wichtiges zu verstehen. Der Mensch und seine Leiden wurden nur vor dem Hintergrund des Klassenkampfes gesehen. Das führte zu starken inneren Discrepanzen und verursachte auch die sich in den biographischen Skizzen niederschlagenden widersprüchlichen Lebensläufe der Beteiligten.¹

Gerade diese Quellen zeigen, wie schwierig es heute ist, mit solchen Dokumenten umzugehen und hinter den ideologischen Formeln die unmittelbare Hilfstätigkeit zu sehen – vor allem in der Zeit der Illegalität. Das Buch lässt viele Fragen offen – offen und aufregend: Fragen, die in der Geschichte der Sozialen Arbeit als besonders wichtig erscheinen. Es geht um die Grenzen, die Ideologien dem sozialen Bewusstsein setzen, es geht um die Grenzen der eigenen Verantwortlichkeit im Rahmen einer sozialpolitischen Tätigkeit, um Hilfe als Unterstützung und Hilfe als Kontrolle, um die Linientreue und biographischen Wenden von Männer und Frauen in diesem Bereich. Viel Material zum Nachdenken, das neue Perspektiven für die Geschichtsschreibung der Sozialen Arbeit und für die neue politische Geschichte eröffnet.

Anmerkung

- 1 Die starke ideologische Prägung hat ermöglicht in manchen Fälle einen biographischen Übergang von der Hilfstätigkeit (die nach dem Statut überparteilich sein müsste) zu der Verfolgung des ideologischen Feinden. Eine solche biographische Linie lässt sich bei der Rechtsanwältin Hilde Benjamin zu beobachten. In den frühen dreißigen Jahren in der Unterstützung der Roten Hilfe gearbeitet, leitet sie die ersten politischen Schaulprozesse in der DDR, wo die ersten Todesurteile ausgesprochen wurden.

*Prof. Dr. Kristina Popova
(Universität Blagoevgrad, Bulgarien)
Lehrstuhl für Balkanistik und
Fürsorgeforschung*

„Männerphantasien in gelb-rot-weiß“

Oliver Geden: Männlichkeitskonstruktionen in der Freiheitlichen Partei Österreichs. Eine qualitativ-empirische Untersuchung. Opladen: Leske + Budrich 2004, 133 Seiten, 14,90 Euro

Oliver Geden, derzeit am Berliner Institut für Europäische Ethnologie tätig und bereits als Autor eines Sachbuches zu rechten Umweltschutzkonzeptionen in Erscheinung getreten, versucht mit der vorliegenden Studie, einen Beitrag zur Schließung einer von ihm beschriebenen Forschungslücke zu leisten. Die vorhandene Literatur der deutschsprachigen Rechtsextremismusforschung analysierend, führt er aus, dass in den neunziger Jahren zwar feministische und geschlechtertheoretische Perspektiven auch in der Rechtsextremismusforschung entwickelt worden sind, „entsprechende Untersuchungen und Darstellungen beschränken sich aber fast ausschließlich auf Mädchen und Frauen. Jungen und Männer werden hingegen nur in wenigen Fällen unter einer Gender-Perspektive analysiert (...)“ (10). Und wenn dies geschieht, dann richten sich die Untersuchungen auf männliche Jugendliche und zwar fast ausschließlich auf solche, die nicht in rechtsextremen Organisationen engagiert sind. Und dies, obwohl rechtspopulistische/-extreme Parteien zu 60 bis 70 % von Männern gewählt werden und die Männeranteile bei den Funktionären weitaus höher als bei anderen Parteien sind. Zudem „richten sich die Fragestellungen primär auf rechtsextreme Einstellungen, nur in wenigen Studien auf die Verhaltensebene“ (22). Möglicherweise werden dabei aber einige interessante Aspekte übersehen, wie z.B. lebensweltliche Dimensionen des politischen Engagements in Parteien.

Um diese Lücke zu schließen, hat sich Geden entschieden, die häufig als „Männerpartei“ klassifizierte *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) hinsichtlich der in ihr vorfindbaren Männlichkeitsdiskurse zu untersuchen. Dabei wählt Geden einen Weg, der zwar in der qualitativen Sozialforschung in anderen Felder üblich ist, bei schwer zugänglichen Felder jedoch selten angewandt wird. Neben Medienanalysen zweier *freiheitlicher* Periodika führte er Gruppendiskussionen mit FPÖ-Funktionären zu ihrem Männlichkeitsverständnis durch. Die dabei auftretenden Zugangsschwierigkeiten stellt Oliver Geden als *typisch* für qualitativ-empirische Forschung in *umkämpften Feldern* dar und so ist es – neben der Beantwortung inhaltlicher Fragen – auch ein Hauptanliegen des Buches Wege aufzuzeigen, wie man in solchen Feldern wie dem Rechtsextremismus qualitativ-empirisch arbeiten und wie man sich dort überhaupt als Forscher bewegen kann. Dabei stellt Geden zwischen den schwierigen Bedingungen im Feld und inhaltlichen Fragestellungen einen Bezug her. Die bislang ungelösten Zugangsprobleme scheinen ihm der wesentliche Grund dafür, dass die oben beschriebene Forschungslücke existiert, weil bestimmte Fragen an den Rechtsextremismus gar nicht gestellt werden, da sie von vornherein als nicht zu beantworten erscheinen. Geden löst das Problem des Feldzugangs mit einer Mischung aus Auslassungen und Falschinformationen in der Darstellung seines Projekts, was er in einem forschungsethischen Exkurs aber nicht nur zu begründen vermag, sondern zu der Frage ausbaut, ob das in der qualitativen Sozialforschung dominierende Paradigma des dialogischen Forschungsprozesses nicht verhindert, dass Personen und Organisationen untersucht werden, mit denen die Forschenden alles andere als sympathisieren. Weiterführend diskutiert Geden auf der Grundlage des Ethik-Kodex

der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie* und des *Berufsverbands Deutscher Soziologen* grundlegende Schwierigkeiten qualitativer empirischer Forschung im Bezug auf das *informed consent* Prinzip. Er kommt dabei zum Schluss, dass es gilt „einzugestehen, dass grundsätzlich jegliche Forschungsinteraktion in erster Linie an den Interessen der Forschenden ausgerichtet ist, mit dem Ziel des Gelingens des jeweiligen Projekts, wobei sich die Kriterien des Gelingens an den spezifischen Verwertungsbedingungen der eigenen Disziplin orientieren (...)“ (109). Als Konsequenz für seine eigene Untersuchung folgert Geden deshalb, dass die jeweils spezifischen Rahmenbedingungen eines Forschungsgegenstandes in den Mittelpunkt forschungsethischer Überlegungen zu stellen sind und über Feldzugangsstrategie fallweise entschieden werden muss.

Die FPÖ wird in der Untersuchung auf mehreren Ebenen daraufhin befragt, welche Konstruktionen von Männlichkeit in ihr diskursiv (re-)produziert werden. Zum einen untersucht Geden institutionalisierte Diskurse anhand der freiheitlichen Periodika *Neue Freie Zeitung* und *Zur Zeit*, zum anderen den Alltagsdiskurs von Funktionären des *Rings Freiheitlicher Jugend*, der in drei durchgeführten Gruppendiskussionen erhoben wurde. Beide Periodika propagieren eine Re-Traditionalisierung des Geschlechterverhältnisses. Ihr Vergleich zeigt deutlich, in welcher Weise sich die positionsabhängigen Strategien der jeweiligen Herausgeber auf die Art und Weise der Thematisierung der Kategorie Geschlecht auswirken. Als Organ der Bundespartei konzentriert sich die *Neue Freie Zeitung* auf die im parlamentarisch-politischen Raum besetzbaren Themenfelder. Die gesellschaftliche Position von Männern wird nie eigenständig thematisiert oder gar in Frage gestellt, in der Abwehr entsprechender Forderungen durch SPÖ und Grüne sowie

im Rahmen eigener frauen- und familienpolitischer Vorstellungen aber dennoch deutlich signalisiert, dass sich für Männer im Rahmen einer freiheitlichen Geschlechterpolitik nichts ändern soll. Der Geschlechterdiskurs des metapolitisch orientierten Theorieorgans *Zur Zeit*, das nicht von der FPÖ selbst herausgegeben wird, dieser aber nahe steht, ist hingegen weitaus deutlicher von einer fundamentalen Krisenwahrnehmung durchzogen, die auch die Position des Mannes umfasst. Männer werden hier durchweg als diskriminierte Gruppe dargestellt, Frauenpolitikerinnen (auch solche der FPÖ) als zu bekämpfende Gegnerinnen wahrgenommen. In Leser- und Autorenschaft auf deutschnational-burschenschaftliche Kreise und damit auf ein spezifisches lebensweltliches Milieu gestützt, konstruiert die *Zur Zeit* ein erst wieder zu erlangendes kulturelles Männlichkeitsideal, in dem der Einzelne der Verpflichtung nachkommt, sein Geschlechtshandeln in den Dienst der Nation zu stellen.

Der Alltagsdiskurs der Funktionäre der FPÖ-Jugendorganisation wiederum verweist deutlich auf generationsspezifische Brüche und Unsicherheiten in der Selbstwahrnehmung als Männer, zeigt zugleich aber auch, dass die Deutungen des eigenen alltäglichen Geschlechtshandelns eng mit den grundlegenden ideologischen Linien der Partei verknüpft sind. Auf Basis einer nur noch prekären habituellen Sicherheit erfolgt eine Orientierung am Ideal einer polaren Geschlechterordnung, in der Männer keiner kritischen Hinterfragung mehr ausgesetzt sind. In ihren Thematisierungen des Mann-Seins gehen die Jung-Funktionäre weit über den eng gesteckten Themenkanon der Partei hinaus, grenzen sich auch deutlich von parteiinternen Maßnahmen zur Förderung und Sichtbarmachung von Frauen ab, die sie für ungerechtfertigt halten und von denen sie sich benachteiligt

fühlen. Andererseits können sie als Angehörige ihrer Generation nicht mehr auf Geschlechterarrangements zurückgreifen, in der die Position des Mannes unangefochten wäre. Dies weist, so Geden, auf die relative ‚Normalität‘ der Alltagsdiskurse der FPÖ-Funktionäre hin, von dem er glaubt, dass sich viele Bestandteile auch in ‚honorigen‘ Parteien finden ließen.

Die vorliegende Untersuchung Oliver Geden zeichnet sich vor allem durch den für das Feld ungewöhnliche Forschungsdesign aus, welches geeignet ist, die zu Beginn des Buches geschilderte Forschungslücke zu schließen. Allerdings, darauf weist Geden zu Ende des Buches aber auch selbst hin, befasst sich die Studie nur mit einer Parteiuntergliederung der FPÖ, die ein spezielles Sozialprofil aufweist. Fraglich ist, ob die Erkenntnisse auf alle Männer in der FPÖ

oder gar auf die Partei als Ganzes, wie der Titel des Buches suggeriert, übertragen werden können. Positiv zu erwähnen ist darüber hinaus, dass sich Geden selbstkritisch mit seiner gewählten Herangehensweise auseinandersetzt und diese vor dem Hintergrund forschungsethischer Gesichtspunkte hinterfragt. Man kann die daraus resultierende Vorgehensweise moralisch unterschiedlich bewerten. Indem Geden seine forschungsethischen Überlegungen aber offen diskutiert, macht er eine Auseinandersetzung über diese möglich – ein Beispiel, dem hoffentlich andere AutorInnen folgen werden.

*Dipl.-Pädagoge Stefan Borrmann
Lychener Straße 35
10437 Berlin*

Kleine Verlag *aktuell*

Elke Schimpf, Ulrike Leonhardt

**»Wir sagen euch, was wir brauchen, und ihr plant mit uns«
Partizipation von Mädchen und jungen Frauen in der Jugendhilfeplanung**
2004, ISBN 3-89370-391-8-1, 158 Seiten, € 17,80 / SFr 31,60

In diesem Buch wird ein Partizipationsmodell vorgestellt, das Adressatinnen der Jugendhilfe in Planungsprozessen einen Expertinnenstatus gibt. Ausgangspunkt bildet eine qualitative Studie mit Mädchen und jungen Frauen, in der gezeigt wird, wie Bedürfnisse artikuliert, interpretiert und als Bedarf in Fachdiskurse eingebracht und bewertet werden. Im ersten Teil erfolgt eine Standortbestimmung und Zusammenschau theoretischer Erkenntnisse, die zur Planung, Durchführung und Auswertung von Beteiligungsprozessen in der Jugendhilfe relevant sind. Im zweiten Teil wird eine eigene qualitative Erhebung vorgestellt, in welcher vor allem sozialräumliche Erfahrungen, Handlungsweisen und Deutungsmuster von acht- bis neunzehnjährigen Mädchen und jungen Frauen beschrieben werden. Daraus werden Schlussfolgerungen für eine Bedarfsbestimmung und konkrete Empfehlungen für die Jugendhilfeplanung abgeleitet. Das Buch versteht sich als Reflexions-, Praxis- und Forschungsansatz für Professionelle der Sozialen Arbeit, der Jugendhilfeplanung und der Politik, die öffentliche Räume, Gelegenheitsstrukturen, gesellschafts- und sozialpolitische Foren, wie auch pädagogische Angebote und Milieus für Mädchen und junge Frauen initiieren, planen, evaluieren und bewerten.

... heute nicht weniger als 1976 Anlass für engagiertes Eingreifen

Winfried Beck: Nicht standesgemäß. Beiträge zur demokratischen Medizin, VAS – Verlag für Akademische Schriften, Frankfurt/M. 2003, 169 Seiten, 14,80 Euro

Im Verhältnis zwischen Arzt und Patient lassen sich die Widersprüche kapitalistischer Gesellschaft oft wie unter einem Brennglas erfahren. Nicht nur der niedergelassene Arzt ist in seiner Rolle (z.B. als Privatunternehmer) gesellschaftlich bestimmt, auch der Patient kommt nicht bloß als Individuum in die Praxis, sondern er bringt die ganze Gesellschaft mit und mit ihr zusammenhängend seine gesundheitlichen Probleme. Demokratische Medizin kann sich vor diesem Hintergrund nicht beschränken auf *bloß* Medizinische, denn „die Barrieren zwischen Gesundheit und Politik sind künstlich, sie müssen abgetragen werden“ (S. 14) – so die zentrale programmatische Aussage des 1986 gegründeten *Vereins demokratischer Ärztinnen und Ärzte*. Seine schriftlichen Beiträge zu diesem Anliegen hat jetzt dessen langjähriger Vorsitzender und Mitbegründer, Winfried Beck, in einem Sammelband zusammengestellt.

Eingerahmt von einem längeren Beitrag über Gründung des VDÄÄ und einem aufschlussreichen persönlich-politischen Rückblick auf zwanzig Jahre Kammeropposition und sechzehn Jahre Vorsitz des VDÄÄ am Ende des Buches sind hier Aufsätze aus den letzten fünfundzwanzig Jahren nach folgenden inhaltlichen Schwerpunkten wiederabgedruckt: Ärztliche Opposition, Ärzte und Geld, Kritik der Gesundheitspolitik, Umweltmedizin, Missbrauch der Medizin und Patientenrechte. Die Argumente aus einigen dieser Beiträge, wie z.B. dem zur

Kritik am Mythos von der „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen (S. 77ff.) aus dem Jahr 1986, kann und muss man heute noch exakt genauso vorbringen. Beck zeigt, dass die Ausgaben für das Gesundheitswesen, gemessen am BIP seit Mitte der 70er Jahre nicht gestiegen, sondern von 10,45 im Jahr 1975 auf 10,2 Prozent im Jahr 1983 sogar gesunken sind. Dass die Beitragssätze trotzdem gestiegen sind, liege an den insgesamt sinkenden Einkommen der abhängig Beschäftigten – bei damals noch ansteigenden Erwerbstätigenzahlen – und daran, dass sich „Staat und Arbeitgeberseite ... unbemerkt aus wesentlichen Bereichen der Finanzierung des Gesundheitswesens“ (S. 78) zurückgezogen haben. „Das Gerede von der Kostenexplosion erweist sich als Demagogie, die von der Umverteilung der finanziellen Belastung zu Ungunsten der Versicherten ablenken soll“ (S. 78f.).

An der Aktualität dieser kritischen Argumente wird dem Leser deutlich, wie hartnäckig sich Ideologeme gerade in der gesundheitspolitischen Debatte halten und wie wenig sich an der Gesundheitspolitik trotz Regierungswechsels geändert hat. Nützlich ist in diesem Zusammenhang auch Becks „Kritik der ärztlichen Selbstverwaltung“ (S. 23ff.) von 1998, in der dem Leser – entgegen den heuchlerischen Klagen der Ständevertreter über die Ökonomisierung der Medizin – in Erinnerung gerufen wird, dass die *Kassenärztliche Bundesvereinigung* die „Erhöhung der Zuzahlung, die Streichung nicht notwendiger Leistungen aus dem Leistungskatalog der GKV und eine Beschränkung der Kassenleistungen auf das finanziell Machbare“ forderte und dass der *Marburger Bund*, die Ständevertretung der angestellten und beamteten ÄrztInnen, „nach amerikanischem Vorbild eine steuerfinanzierte GKV für Arme“ vorschlug, den „Rest der Bevölkerung solle man der privaten Vorsorge überlassen“ (S. 23).

Wie das Verhältnis der Ärzte zum Geld ist, wird in den Aufsätzen im entsprechenden Kapitel sehr deutlich: Zum Beispiel wurde die „so genannte postmenopausale Osteoporose“ Anfang der 90er Jahre von der Pharmaindustrie, den Ärzten und der WHO qua Neudefinition der Kriterien zur Volkskrankheit gemacht, die dann mit einer oft lebenslänglichen Hormonersatztherapie behandelt werden sollte. Beck zeigt hier, „wie die Ärzteschaft von der Industrie benutzt wird, welche Folgen eine solche Maßnahme hat und welche Interessen dahinter stecken“ (S. 61). Selbst nachdem bekannt wurde, dass Studien zur Hormonersatztherapie in den USA gestoppt wurden, „weil sich Risiken als größer erwiesen als der Nutzen“, nämlich weil das Brustkrebsrisiko zunahm und auch das Herzinfarktrisiko nicht sank, eröffneten hierzulande die Pharmaindustrie und die von deren Werbung abhängigen Fachzeitschriften „ein publizistisches Feuerwerk, um an der Östrogen/Gestagen-Therapie zu retten, was zu retten ist. Schließlich nehmen täglich elf Millionen Frauen diese Medikamente ...“ (S. 63). Dass die Hormonersatztherapie in den Wechseljahren kein Einzelfall und auch nicht das letzte Beispiel für eine Tendenz ist, die dahin geht, dass das „große Geld ... sowohl in der Industrie als auch innerhalb der Ärzteschaft zunehmend nicht mit der Heilung von Krankheiten, der Betreuung chronisch kranker und behinderter Menschen“, sondern mit dem „Ausschlachten von Befindlichkeitsstörungen verdient“ wird (S. 64). Umso wichtiger, dass es auch in Zukunft kritische Stimmen aus der Ärzteschaft selbst geben wird, die ihren eigenen Kollegen auf die Finger schaut ...

Das zeigt auch der Beitrag über „Ärzteschaft und Militarismus“ (S. 107ff.) von 1986, in dem die Bundesärztekammer kritisiert wird, deren Aktivitäten „die Vorbereitung der Ärzteschaft und des Gesundheits-

wesens auf den Kriegsfall und nicht die Verhütung desselben zum Thema“ (S. 110) haben, bekommen heute, in Zeiten aktiver Beteiligung der Bundeswehr an (Angriffs-) Kriegen, eine ungeahnte Aktualität, genau so wie die heute kaum noch vorgebrachte, aber dennoch gerade im gesundheitspolitischen Zusammenhang sehr berechtigte Kritik an steigenden Verteidigungsausgaben (vgl. S. 78).

Andere Beiträge dagegen, wie die über die Ärzteschaft und Apartheid (S. 134ff, 136ff.) sind erfreulicherweise – wenigstens als Kritik an Südafrika – heute so nicht mehr notwendig und machen deutlich, dass manche Kämpfe, an denen die Linken beteiligt waren, durchaus auch Erfolg hatten.

Aber nicht jedes kritische Eingreifen bzw. jeder kritische Einwand erklärt sich aus sich selbst. Es hätte dem Buch – und vor allem den hoffentlich auch jüngeren Lesern – gut getan, wenn die Texte oder die jeweiligen inhaltliche Blöcke eingebettet worden wären in einen Zusammenhang bundesrepublikanischer und Geschichte der demokratischen Medizin, so dass man mehr etwas erfahren hätte über die Auseinandersetzungen und die verschiedenen Akteure in diesen.

Davon abgesehen, sind die Beiträge von Winfried Beck nicht nur nicht standesgemäß, sondern auch nicht zeitgemäß – und gerade das macht sie so interessant und wichtig für die heutige Debatte, die an dezidiert linken und deshalb kritischen Positionen so mager ist. Auch innerhalb des VDÄÄ, der sich, wie in dem ersten Beitrag zu lesen ist, in der Gründungsphase von seinem Selbstverständnis her in der Tradition des *Vereins sozialistischer Ärzte* der Weimarer Republik (S. 14) sah, ist eine konsequent linke Position inzwischen anscheinend ziemlich umstritten. Während Winfried Beck an dieser Tradition festhält und nach eigenem Bekunden „emotional und politisch eigentlich noch so wie 1976 emp-

findet“, also für Opposition steht und heute „nicht weniger als 1976 Anlass für engagiertes Eingreifen“ sieht (S. 154), scheint der allgemeine gesellschaftliche Wandel und der der Linken im Besonderen auch am VDÄÄ nicht vorbeigegangen zu sein. Zumindest der als Rückblick angelegte wichtige letzte Beitrag zeigt, dass sich eine dezidiert linke Position im VDÄÄ nicht immer und in letzter Zeit anscheinend immer weniger deckt mit der Perspektive anderer Vertreter und Mitglieder: „Und ich sehe mich immer häufiger in einer nicht mehr konsensfähigen Position“ (S. 155). So wird inzwischen von der Mehrheit im VDÄÄ die „Zusammenarbeit zwischen Landesärztekammer als Körperschaft öffentlichen Rechts und der privaten ‚Vereinten Krankenversicherung‘ ... als selbstverständlich hingenommen. ... Die Krankenhaushierarchie ist akzeptiert. Kritik daran wird als politische Retardierung begriffen“ (S. 156), um nur einige Beispiele zu nennen. Für eine demokratische Medizin ist dies meines Erachtens politisch verheerend. Angesichts der im neoliberalen parteiübergreifenden Konsens bereits ausgeführten und weiterhin zu erwartenden Angriffe auf das Gesundheitswesen und

soziale Errungenschaften überhaupt ist eine Stimme der organisierten kritischen Ärzteschaft als Gegengewicht zu dieser wie zur Interessenpolitik der Krankenversicherungen dringend notwendig. Es ist konsequent, wenn Winfried Beck deshalb an den ursprünglich dem Vereinszweck zugrunde gelegten Begriff von umfassender Demokratisierung erinnert: „Die Durchsetzung demokratischer Prinzipien im Gesundheitswesen ist allerdings abhängig von der allgemeinen Entwicklung des demokratischen Fortschritts. ... Er ist vielmehr eng mit der Wirtschaftsstruktur verbunden. Insofern ist die Demokratisierung stets im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu sehen. ... Für uns steht im Vordergrund ärztlichen Handelns die Orientierung an der sozialen Verantwortung unter demokratischen Arbeitsbedingungen“ (S. 14f.).

Nadja Rakowitz

*Institut für medizinische Soziologie
an der Uniklinik Frankfurt/M;*

*Mitglied der Redaktion des express. Zeitung
für sozialistische Betriebs- und
Gewerkschaftsarbeit, Offenbach*

Jugendliche Delinquenz als psychosoziale Krise!?

Thomas Enke: Sozialpädagogische Krisenintervention bei delinquenten Jugendlichen. Eine Längsschnittstudie zu Verlaufsstrukturen von Jugenddelinquenz. Weinheim/München. Juventa 2003. 248 S., 22 Euro

An der Schnittstelle zwischen devianztheoretischen Befunden und sozialpädagogischer Professionalität und Praxis verortet Thomas Enke ein Modell zur Erklärung und Bearbeitung von Jugenddelinquenz, das gleich zu Beginn klare Positionen setzt. Die Kritische Kriminologie habe mit Auswirkungen auf die Soziale Arbeit und insbesondere das pädagogische Element in ihr die letzten drei Jahrzehnte „eher“ geprägt (S. 13). Das Subjekt sei, so heißt es, dadurch in seinen Eigenanteilen entschuldigt und Verantwortung an soziale Strukturen transferiert worden. Wo man gesellschaftliche Strukturen radikal kritisiert habe, sei dies „immer mit einer weitgehenden Entschuldung der delinquent handelnden Personen verbunden gewesen“ (S. 22). Nun, in einer pluralen und individualisierten Gesellschaft, sei dies obsolet geworden, da das Individuum immer stärker in den Mittelpunkt rücke. Für die Sozialpädagogik habe dies zudem ein permanent schlechtes Gewissen bedeutet, da man sich nicht offensiv zu der Tatsache habe bekennen können, eine Instanz sozialer Kontrolle zu sein. Enke will dies ändern, und zwar explizit in dem Anspruch, zur Professionalisierung der Sozialen Arbeit beizutragen. Hierzu gehöre es, soziale Kontrolle als „eine (verhaltens-)wirksame Methode zur Generierung normativer Orientierungswechsel“ (S. 24) zu deuten und zu nutzen.

Eine Absetzung von der Etikettierungstheorie wird also zur Konturbestimmung der Studie genutzt. Man mag darüber uneinig sein, ob dies angezeigt ist. War die Soziale Arbeit von der Kritischen Kriminologie an der Entwicklung ihrer Professionalität gehindert? Die im Text zitierten Autoren und Werke zeugen eher von einer Vielzahl von Konzepten und Ansätzen der Bewältigung, des Empowerments, der Krisenbearbeitung, der präventiven Intervention u.a.m., die sich von entsprechendem Wissen nicht einschränken ließen oder es in den theoretischen und praktischen Bestand der Sozialen Arbeit in eigenständiger Interpretation integrierten. Wo Etikettierung „radikal“ gedeutet wurde, darauf wiesen Micha Brumlik oder Helge Peters vor längerer Zeit hin, zeigte Soziale Arbeit kein dauerhaftes Interesse. Derartige Deutungen bestimmten aber nie Diskurse über deviantes Verhalten, so dass die These, man müsse aufgrund neuerer gesellschaftlicher Veränderungen mit der Non-Intervention „brechen“ (S. 10), nicht plausibel ist.

Entscheidender aber ist, welches Konzept vorgelegt wird, um Jugenddelinquenz zu analysieren und sozialpädagogisch zu bearbeiten. Es wird im Umschlagtext und im Vorwort nicht nur als „sehr erfolgreich“ in der Praxis angewandt bezeichnet, sondern kann vor dem Hintergrund, dass ein Beitrag zur Professionalisierung der Sozialen Arbeit verfolgt wird, auch auf seine theoretische Tiefenschärfe hin untersucht werden, und damit auf die Berücksichtigung vorhandener Wissensbestände.

Enke positioniert sein Modell durch drei zentrale Begriffe: Bewältigung, Krise und Verlaufskurve. Im Kern geht es um ein Bewältigungsmodell, das Jugenddelinquenz als Versuch einer Bearbeitung psychosozialer Krisen interpretiert und dabei auf ein Trajektmodell rekurriert, um die Entwicklung von Delinquenz im Lebensverlauf zu

erklären. Aus der Vielzahl aktuell verteilter Bewältigungskonzepte wird ein Ansatz gewählt, der Delinquenz als Folge psychosozialer Krisen versteht, d.h. sie wird als (mögliche) Konsequenz von Ereignissen des Heranwachsenden und der Identitätsentwicklung interpretiert. Was nicht in dieses Schema passt, wird etwas ruppig beiseite geschoben. So heißt es zum Einfluss von Peergruppen: „Das, was die Jugendlichen durch Erziehung und Sozialisation in ihrer Kindheit geprägt hat, geht durch die Peerbeziehungen in der Jugendphase nicht verloren“ (S. 149).

Wie kann der Autor zu dieser Aussage gelangen? Geführt wurden Interviews mit insgesamt 22 Personen. Genauer handelte es sich um jeweils zwei Interviews, zwischen denen „mindestens ein halbes Jahr“ vergangen war (S. 31). Soweit dies ersichtlich wird, waren die Personen – „sieben Mädchen und 15 Jungen im Alter von 13 bis 22 Jahren“, die „zum Teil sehr viele und auch schwere Straftaten begangen“ hatten und „über einen längeren Zeitraum analytisch begleitet“ wurden (S. 31) – zum Zeitpunkt der Interviews seit längerer Zeit institutionell betreut. Dies bedeutet, die Lebensverläufe wurden zu wesentlichen Teilen durch zwei Interviews rekonstruiert, die im Vergleich zu den „Vorgeschichten“ (S. 66) nur einen relativ kurzen Zeitraum überdeckten; zudem scheinen die Delinquenzereignisse, die die Anlässe für die Kontakte mit den entsprechenden Institutionen begründen, in die Zeit vor den Interviews zu fallen. Erstkontakte mit formellen Instanzen bezogen sich auf die Polizei (S. 83).

Diese Voraussetzungen erscheinen mit Blick auf die unternommenen Interpretationen problematisch, da nicht ersichtlich wird, warum es sich um eine „Längsschnittstudie zu Verlaufsstrukturen von Jugenddelinquenz“ handeln sollte. Ein nur retrospektives Design wird aber explizit zurück-

gewiesen (S. 34) zugunsten des Anspruchs nachzuweisen, wie sich Lebensverläufe im längsschnittlichen Verlauf tatsächlich zuge tragen haben. Es wird mitgeteilt, man habe sich nicht nur an dem orientiert, was in den Interviews gesagt wurde, sondern auch an dem, „was die Interviewten mit ihren Aussagen eigentlich gemeint haben“ (S. 34), wozu auch Informationen von „einigen“ (S. 34) Eltern und Lehrern sowie sozialpädagogische und polizeiliche Akten ausgewertet wurden. Diese „Kontrollmaßnahmen“ (S. 35) aber seien unnötig gewesen, da die Interviews, auf die die Studie sich im wesentlichen stützt, authentisch gewesen seien. Es wird aber immer noch nicht deutlich, weshalb es sich um eine Längsschnittuntersuchung zu den genannten Verlaufsstrukturen handeln sollte. Obwohl behauptet wird, Delinquenz sei wesentlich auf ein Scheitern bzw. eine Überforderung der Herkunftsfamilie zurückzuführen (S. 83), fällt dieser angeblich zentrale Bereich weitestgehend in die Retrospektion. Der längsschnittlich überblickte Zeitraum erscheint demgegenüber sehr kurz, so dass der Titel der Arbeit problematisch wirkt, zumal die angestellten Interpretationen betreffend.

Wie sich dies auswirkt, sei am Beispiel der ausgeblendeten Einflüsse der Peergruppen beschrieben: Um die gruppenbezogene Sozialisationsthese zugunsten der Selektionsthese außer acht zu lassen, wie dies Enke vollzieht, ist dies bezüglich retrospektive Design nicht aufschlussreich genug. Es handelt sich um narrative Rückblenden, in denen gemäß vorherrschender Normen Lebensgeschichten wiedergegeben werden. Die Narrationen werden von Jugendlichen gezeigt, die längere Zeit institutionell betreut wurden und polizeiauffällig wurden. Demnach ist eine Darstellung gemäß der dort vertretenen Stereotypen zur Sozialisation von Delinquenten zu erwarten, die für die Jugendlichen in diesem Kontext funk-

tional sein konnte und vermutlich sein musste. Der Einfluss dieser Rahmenbedingungen wurde aber nicht systematisch berücksichtigt. Nicht nur Etikettierungstheoretiker hatten wiederholt auf die Strukturierung von Identitätskonstruktionen in Abhängigkeit von Erwartungen und Settings hingewiesen. Narrationen zu erheben, die stark institutionell geprägt sind, kann erkenntnisreich sein, aber nur, wenn die Interpretationen differenziert auf die verschiedenen möglichen Einflussquellen hin abgestimmt werden.

Alternative Deutungen werden zudem in einer Weise ausgeschlossen, die den Umgang mit den erhobenen Daten prekär erscheinen lässt. So heißt es: „Junge Menschen sind in ihren krisenhaften Entwicklungsphasen grundsätzlich auf die Unterstützung durch Erwachsene angewiesen. Dies trifft auch dann oder gerade dann zu, wenn sie das Gegenteil behaupten“ (S. 20). Und zur Konstanz von Handlungsausrichtungen, d.h. auch zum erneuten Auftreten von Delinquenz: „Die Jugendlichen behaupteten zwar oft, dass ihnen ‚alles egal‘ sei. Das stimmte aber gerade nicht. Sie versuchten, sich das nur einzureden“ (S. 150). So kann die Ausgangsthese, es handle sich bei jugendlicher Delinquenz um eine durch psychosoziale Krisen bedingte und durch sozialpädagogische Betreuung zu bearbeitende Problematik – um „krisogene Verlaufskurven“ (S. 21) – immunisiert werden, indem missliebige Antworten als Verzerrung der „echten“, „eigentlichen“ Sachverhalte interpretiert werden. Es wird außerhalb der Ausgangsthese des Autors nicht ersichtlich, warum bestimmte Antworten abgelehnt werden und andere nicht.

In Zusammenhang mit der Frage nach Retrospektion ist ein weiterer Punkt problematisch. Da es sich wesentlich um eine solche handelt, ist dem Konzept einer Verlaufskurve zur Erklärung der Delinquenz mit Skepsis zu begegnen. Jüngst wurde, im

gleichen Jahr und Verlag wie die Studie von Enke, eine quantitative Längsschnittanalyse unter Leitung von Karl F. Schumann publiziert, in der Delinquenz im Lebensverlauf ebenfalls anhand des Verlaufskurvenkonzeptes analysiert wurde. Hier wird explizit und differenziert auf die Problematik des Konzeptes hingewiesen, das in die Gefahr tendiert, sich selbst zu stabilisieren, wenn nicht die institutionellen und kriminalisierenden Einflüsse bedacht werden, die zur Konstruktion eines Trajektes beitragen. Dieses Reflektionspotential wird in den qualitativen Studie von Enke nicht sichtbar, in der als Anlass der unterstützenden oder repressiven Intervention die „Delinquenz“ (S. 151) gesetzt wird, nicht die polizeiliche Auffälligkeit, die faktisch den Anlass wiedergibt. Diese Differenz trägt dazu bei, das implementierte Verlaufskurvenmodell unter Absehung einer eingehenden Analyse von Auswirkungen der Kriminalisierung – auch auf die Darstellung von Lebensgeschichten im Interview – primär mit der individuellen Biographie zu assoziieren. Devianz erscheint als Ausdruck einer lebensgeschichtlichen Krise, was der These des Autors korrespondiert. Dadurch tendiert die Studie zuweilen in die Richtung einer Leidensdrucktheorie, in der Devianz vorrangig als „Hilfeschrei“ (S. 152) gesehen werden kann. Inwieweit die Verlaufskurve aber erst durch die soziale Auffälligkeit und den erhöhten Problemdruck als solche erscheint, einsetzt bzw. kulminiert, muss offen bleiben.

Gefunden werden relativ „normale“ Lebensorientierungen bei Jugendlichen, die – in der Absicht, nicht zu stigmatisieren – in vier Typen klassifiziert werden: einen maskulin-, einen hedonistisch-, einen familien- und einen subjekt-orientierten Typus. Dies, so die These Enkes, „legt eine adäquate Verteilung dieser Typen unter delinquenten Jugendlichen nahe“ (S. 63). Angesichts der selektiven Auswahl der interviewten Ju-

gendlichen, die als häufig kriminell auffällige und längerfristig betreute Personengruppe vorgestellt werden, kann ein solcher Schluss aber nicht gezogen werden, da die Mehrheit von Jugendlichen, die von strafrechtlichen Normen abweichen, nie institutionell auffällig wird. Dies zeigen Dunkelfelderhebungen einstimmig.

Nur angeschnitten sei die Frage, ob es angesichts des deutlich gewordenen problematischen Umgangs mit sozialen Normen und der Vernachlässigung der Frage nach den Effekten von Kriminalisierung zur Begründung sozialpädagogischer Professionalität angezeigt ist, in zentraler Weise auf ein pädagogisches Konzept zu rekurrieren, das bekannt dafür ist, selbst einen problematischen Umgang mit gesellschaftlichen Normen und Werten zu implizieren, gemeint ist der „pädagogische Bezug“ von Herman Nohl (S. 16f). Er erlaubt es kaum,

herrschende Wert- und Normsysteme systematisch zu analysieren und gegebenenfalls kritisch aufzunehmen. Genau dies kritisierte im Übrigen Hermann Giesecke, der zwar pauschal im Kontext des pädagogischen Bezuges zitiert wird (S. 16), dessen Kritik, deren Berücksichtigung sich für die Studie positiv hätte auswirken können, aber unterschlagen wird.

Inwieweit die im Buch besprochenen Interventionen auf Dauer tragfähig sind, bedürfte einer längerfristigen Beobachtung. Die Basis hierzu kann mit dem vorgestellten Konzept allerdings nicht zufrieden stellend gelegt werden.

*Dr. Bernd Dollinger
Lehrstuhl für Sozialpädagogik
Otto-Friedrich-Universität Bamberg
Markusplatz 3
96045 Bamberg*

Kleine Verlag *aktuell*

Michael Langhanky, Cornelia Frieß, Marcus Hußmann, Timm Kunstreich

Erfolgreich sozialräumlich handeln Die Evaluation der Hamburger Kinder- und Familienhilfezentren

Impulse Werkstatt Fachhochschule, Band 13
2004, ISBN 3-89370-396-9, 208 Seiten, € 20,60 / SFr 36,20

In der aktuellen sozialen Arbeit gibt es erfolgreiche sozial-räumliche Handlungsansätze und Praxen, die einer eingehenden Untersuchung wert sind. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie die theoretisch hinreichend ausbuchstabierte Forderungen nach Lebensweltorientierung, Regionalisierung Vernetzung und Sozialraumorientierung tatsächlich in die Praxis umsetzen.

In diesem Band werden anhand solch gelingender Praxen Arbeitsprinzipien sozial-räumlichen Handelns vorgestellt, mit deren Hilfe die Organisationen eine Versäulung von Hilfen, Selbstreferenz und Konkurrenz hinter sich lassen. Stattdessen orientieren sie sich am ‚Einzelfall im Feld‘ und an dort zur Verfügung stehenden Ressourcen. Sie stellen responsive Organisationsstrukturen und eine gewinnbringende Kooperation in den Mittelpunkt ihres Handelns.

Die Ergebnisse dieses Blicks auf gelingende Praxen weiterentwickelnd, skizzieren die Autoren eine empirisch fundierte generative Grammatik sozialräumlichen Handelns. Mit diesen Überlegungen soll die Debatte um Methoden und Könnerschaft in der Sozialen Arbeit bereichert werden.

Dissertation im Internet Jugendhilfe als Prävention: die Refiguration sozialer Hilfe und Herrschaft in fortgeschritten liberalen Gesellschaftsformationen

Im Zentrum der hier vorliegenden Dissertationsschrift steht die Analyse zentraler Veränderungen der Organisations- und Leistungserbringungsrationaltäten der Jugendhilfe. Jugendhilfe wird dabei als ein die Belange der nachwachsenden Generation fokussierender Bestandteil Sozialer Arbeit und somit als eine personen- und entwicklungsbezogene, institutionalisierte Form der politischen Regulierung und Konstitution ‚des Sozialen‘ verstanden. Die Veränderungen der Jugendhilfe werden vor dem Hintergrund zeitgenössischer Transformationsdynamiken zweier für sie wesentlicher Felder, dem ‚Feld des Sozialen‘ und dem ‚Feld der Kontrolle‘, analysiert. Beide Felder, so die zentrale These, sind ähnlichen Prozessen einer – teilweise paradoxen – ‚Entstaatlichung‘ unterworfen. Diese schlagen sich in verschiedenen Formen einer ‚Ökonomisierung‘, in einem Einzug ‚managerialistischer Logiken‘ in die Organisation von Institutionen sowie in einer verstärkten Verantwortungszuschreibung an individuelle wie ‚kollektive Subjekte‘ nieder. Verbunden mit diesen Dynamiken rücken in beiden Feldern Rationalitäten in den Mittelpunkt, die sich zwar weiterhin auf die Bearbeitung von individuellen und kollektiven Risiken, Lebensführungsproblemen sowie von Problemen der Erzeugung sozialer Koproduktion, Solidarität und Vertrauen richten, sich aber zunehmend ‚jenseits des Staates‘ vollziehen. In diesem Kontext gewinnen das ‚Humankapital‘ einzelner Akteure und das ‚soziale Kapital‘ territorial verorteter

Gemeinschaften und damit die beiden zentralen Macht- und Steuerungsmittel sozialpädagogischer Interventionen substantziell an Bedeutung für eine neue Form der ‚Governance‘ des Sozialen. Für die Jugendhilfe implizieren diese Verschiebungen nachhaltige Auswirkungen hinsichtlich ihrer Denk- und Handlungsstrategien, ihrer Technologien, ihrer Teleologien sowie ihres Ethos, oder kurz eine Refiguration und Verschiebung des Verhältnisses sozialer Hilfe- und Herrschaftsdimensionen der Jugendhilfe. In theoretischer Hinsicht schließt sich diese Arbeit an die heuristischen Angebote und Werkzeuge der jüngeren Traditionen der ‚Studies of Governmentality‘, der ‚École de la Régulation‘ und an die Arbeiten des französischen Soziologen Pierre Bourdieu an. Eine solche Perspektive ermöglicht es, diskursive Denkllogiken sowie Rationalisierungs- und Programmierungsstrategien auf die Ebene der Praxis der Akteure zu beziehen und einem durch vorausgegangene materielle wie symbolische ‚Kämpfe‘ vorstrukturierten, relationalen Beziehungsgeflecht gesellschaftlicher Positionen und sozialer Felder zuzuordnen, in denen sich symbolische und soziale Dynamiken artikulieren. Auf dieser Basis wird eine ‚Geschichte der Gegenwart‘ gezeichnet, die die ‚marxsche‘ Frage nach den gesellschaftlichen Verhältnissen und den Kräften ihrer Produktion und Reproduktion mit der ‚weberschen‘ Frage nach sozialen und politischen (Herrschafts-)Rationalitäten synthetisiert. In einem ersten Teil werden wesentliche Grundlagen im Sinne einer Rekonstruktion der materialistischen Anthropologie sozialer Herrschaft Bourdieus geklärt. Darauf basierend werden eine devianztheoretische Perspektive und eine allgemeine feld- und interventionslogische Fassung der Jugendhilfe formuliert, sowie die Frage des Stellenwerts des Präventionsdiskurses kategorial erörtert. Der zweite Teil wendet sich der Frage der Jugendhilfe im Zusammen-

hang mit den Entwicklungsdynamiken im Feld des Sozialen zu, während diese Frage in einem dritten Teil im Kontext der Entwicklungsdynamiken im Feld der Kriminalitätskontrolle analysiert wird. Neben einer Bilanzierung der zeitgenössischen Veränderungsdynamiken wird in einem abschließenden vierten Teil dieser Dissertation der Versuch unternommen, die Konturen eines alternativen Verständnisses und einer alternativen Verortung der Jugendhilfe auf einer gerechtigkeits-theoretischen Basis zu entwerfen.

Die Arbeit steht zum kostenlosen Download unter <http://bieson.uibielefeld.de/volltexte/2004/533/> bereit.

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung „Tales of two Cities/ Stadtgeschichten“

Diese Vortrags- und Diskussionsveranstaltung ist die sechste Veranstaltung der „Tales of two Cities/Stadtgeschichten“ – einer öffentlichen Veranstaltungsreihe des Historischen Seminars der Universität Hamburg zum zehnjährigen Bestehen der Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und Chicago (Organisation Prof. Dr. Claudia Schnurmann/Iris Wigger, MA). Unter der Überschrift „Stadt und Gewalt: Soziale Konflikte im Hamburg und Chicago der 1960er und 1970er Jahre“ werden referieren: Prof. Dr. David Farber, Temple University, Philadelphia, Pennsylvania (zum Thema „The Chicago Riots in the 1960’s“) und PD Dr. Klaus Weinbauer, Historisches Seminar, Universität Hamburg (zum Thema „Gewalt und Terrorismus im Hamburg der 1970er Jahre“). Moderiert wird die Veranstaltung von Prof. Dr. Bernd Greiner, Hamburger Institut für Sozialforschung. Das komplette

Programm der Veranstaltungsreihe „Tales of two Cities/Stadtgeschichten“ kann auf der website <http://www.phil-gesch.uni-hamburg.de> heruntergeladen werden. Die Veranstaltung findet am 02.12., 18:00–20:00 Uhr im Warburg-Haus, Heilwigstraße 116 statt. Außerdem finden zwei weitere Termine dieser Veranstaltungsreihe statt:

- ▷ Stadt und Luxus: Hotels, Parkanlagen und Architektur in Hamburg und Chicago, 08.12., 18:00–21:00 Uhr im Gästehaus der Universität, Rothenbaumchaussee 34
- ▷ Tore zur Welt?! Hafen, Bahn und Raumentwicklung in Hamburg und Chicago, 09.12., 18:00–21:00 Uhr im Gästehaus der Universität, Rothenbaumchaussee 34

Kontakt:

*Claudia.Schnurmann@uni-hamburg.de
oder Iris.Wigger@uni-hamburg.de*

Fachtagung Integration von deutschen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Eine Fachtagung zum Thema „Integration von deutschen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ findet am 8./9.12.2004 im Jugendhof Steinkimmen statt. Neben Erfahrungsberichten über die Medienarbeit des Jugendhof Steinkimmen zu diesem Thema wird den Fragen der Integration und Medienarbeit grundsätzlich nachgegangen.

Nähere Information:

*Jugendhof Steinkimmen, Christian Eitel,
Am Jugendhof 35, 27777 Ganderkesee,
Tel. 04222-408 27, Fax 04222-408 39,
eitel@jugendhof-steinkimmen.de*



Brigitte Doetsch (Hrsg.)

**Philosophinnen im dritten
Jahrtausend
Ein Einblick in aktuelle
Forschungsfelder**

Wissenschaftliche Reihe, Band 154

2004, ISBN 3-89370-395-0, 190 Seiten
€ 19,90 / SFr 34,90

*Das kleinste Gewicht kann, ans Ende eines Hebels gerückt,
einer beliebig großen Masse das Gleichgewicht halten,
es handelt sich nur darum,
die Gleichheit zwischen den virtuellen Kräften herzustellen.
Dieselbe Sache wiederholt sich in der Gesellschaft ...*

Sophie Germain, Mathematikerin und Philosophin (1776-1831)

Die Beiträge von Philosophinnen im dritten Jahrtausend zeigen einmal mehr das Potenzial qualifizierter, professioneller Wissenschaftlerinnen auf und geben einen Einblick in ihre aktuellen Forschungsfelder und vielfältigen interdisziplinären Ansätze, die einen Bogen spannen von der Erforschung der Philosophinnengeschichte, der Politischen Philosophie, der Wissenschafts- & Technikforschung, der Naturphilosophie, der Epistemologie und der Forschung zu Biopolitiken und Geschlechterverhältnissen.

Aus dem Inhalt:

Ruth Hagengruber versucht eine Neuorientierung im Verhältnis von Philosophie, Wissenschaft und Feminismus vorzunehmen. Aktuelle Perspektiven eröffnet *Herta Nagl-Docekal* in der feministischen Philosophie. Wie in einem Schattenbild führt *Teresa Orozco* in ihrem Beitrag „Der totale Staat aus Schwäche. Männlichkeitskonstruktionen im Denken Carl Schmitts“ vor, wie particular Subjektivitäts- und Gemeinschaftskonzepte konzipiert sind, die auf dem patriarchalen Mythos aufbauen. *Brigitte Rauschenbach* durchbricht in „Wenn Sokrates eine Frau gewesen wäre... Denken an der Grenze des Undenkbaren“ wenigstens intellektuell die Grenzen kultureller Normativität. Um Natur und Kultur geht es auch in Beiträgen von *Jutta Weber*, *Susanne Lettow* und *Elisabeth List*. Ist das „Natürliche“ noch eine relevante Grundlage der Wissenschaft? *Jutta Weber* plädiert in „Hybride. Technologien. Technowissenschaftsforschung als transdisziplinäre Übersetzungspolitik“ dafür, die Relation von Körper und Identität radikal umzuschreiben. „Das Dispositiv der Bioethik. Elemente einer feministischen Kritik“ von *Susanne Lettow* durchleuchtet die strukturellen Ausblendungen der Bioethik. *Elisabeth List* widmet sich mit „Grenzen der Erkennbarkeit. Thesen zur Epistemologie des Lebendigen“ den spezifischen Organisationsformen von Lebensprozessen.

Widersprüche

Eine Übersicht über alle noch lieferbaren Bände der Widersprüche unter www.widersprueche-zeitschrift.de

Lieferbar sind u.a.:

Heft 62: bildung perdu. der angriff von education und training auf den rest der persönlichkeit
116 Seiten, € 8,00

Heft 63: Management des Kriminellen Soziale Kontrolle als unternehmerische Dienstleistung
104 Seiten, € 11,00

Heft 64: Modernisierung der Wohlfahrt ... don't worry, be happy!
128 Seiten, € 11,00

Heft 65: Zur Politischen Produktivität von Gemeinwesenarbeit
128 Seiten, € 11,00

Heft 66: Gesellschaft ohne Klassen? Politik des Sozialen wider Ausgrenzung und Repression
256 Seiten, € 11,00

Heft 67: Multioptionale Männlichkeiten?
132 Seiten, € 11,00

Heft 68: '68 wird 30. Zur Kontinuität eines Bruches
116 Seiten, € 11,00

Heft 69: Soziale Politiken International
116 Seiten, € 11,00

Heft 70: abseits fallen. Abstieg bis zum Ausschluß?
108 Seiten, € 11,00

Heft 71: Biologisierung des Sozialen?
112 Seiten, € 11,00

Heft 72: Glücklose Arbeit - Arbeitsloses Glück. Zum gesellschaftlichen Diskurs über Arbeit und Arbeitslosigkeit
123 Seiten, € 11,00

Heft 73: Transversale Bildung – wider die Unbilden der Lerngesellschaft
120 Seiten, € 11,00

Heft 74: 1989 – 1999 – 2010: Brüche und Reformperspektiven
198 Seiten, € 11,00

Heft 75: Der „Dritte Sektor“: Modernisierung von Markt und Staat?
118 Seiten, € 11,00

Heft 76: Zivilgesellschaft von oben. Regulation der Kooperation
118 Seiten, € 11,00

Heft 77: Der kontraktuelle Sozialstaat – Herrschaft des Managements? Ende der Profession?
112 Seiten, € 11,00

Heft 78: Fragmente städtischen Alltags
130 Seiten, € 11,00

Heft 79: Alles im Griff. Prävention als Sozialtechnologie
118 Seiten, € 11,00

Heft 80: Wir können auch anders – Soziale Utopie heute
116 Seiten, € 11,00

Heft 81: Da war doch was ...!? Zugänge zur Erinnerung an Nazizeit
116 Seiten, € 11,00

Heft 82: Raum-Effekte. Politische Strategien und kommunale Programmierung
128 Seiten, € 11,00

Heft 83: Zur globalen Regulierung des Bildungswesens
128 Seiten, € 11,00

Heft 84: Der oder die Sozialstaat? Doing Gender europäischer Wohlfahrtsregime
108 Seiten, € 11,00

Heft 85: Politische Bildung – Bildung des Politischen?
120 Seiten, € 11,00

Heft 86: Safety first – Smile you're on camera
132 Seiten, € 11,00

Heft 87: Selbsttechnologien – Technologien des Selbst
104 Seiten, € 11,00

Heft 88: Neo-Diagnostik – Modernisierung klinischer Professionalität?
136 Seiten, € 11,00

Heft 89: Zum Umbau von Bildung und Sozialstaat
124 Seiten, € 11,00

Heft 90: Noch auf Kurs? – Zehn Jahre „Neue Steuerung“ in der Jugendhilfe
116 Seiten, € 11,00

Heft 91: Scheiternde Erfolge oder: Die Früchte politischer Emanzipationsprojekte
116 Seiten, € 11,00

Heft 92: Familienunternehmen – zur neoliberalen (Neu)Ordnung der Familie
136 Seiten, € 11,00

Kleine Verlag
Kleine Verlag